

5,-DM

zum 2. Juni '98
Endlich doch noch!

Texte zur Veranstaltungsreihe

30. Mai - 1. Juni 1997 in der SfE Mehringhof-Berlin

Der 2. Juni rät:

Etwas

Bewegung kann nicht schaden





Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Kritik der Diskussionen - Workshops/Filme/Ausstellung „Etwas Bewegung kann nicht schaden“	2-6
1. Texte zur Eröffnungsveranstaltung	
Kurzdarstellung - Entwicklung der BRD	7-10
Der kulturelle Aufbruch	11
2. Workshops	
Filmbeitrag „y de repente vimos el cielo“	12
Einführungstext für den Workshop „Stadtguerilla und Bewegung“	13-16
Arbeitsthesen	17-19
Zusammenfassung	20-25
und weiter... Aufruf zum FrauenLesben-Plenum!	26-27
3. Dokumentationen	
Zur Geschichte der „Bewegung 2. Juni“ - Ein Referat von W.Reimers (1980)	28-30
Programm der „Bewegung 2. Juni“ (1972)	31-32
Mit dem Rücken zur Wand - Eine Analyse (1975)	33-41
Zum Tunix-Kongreß (1978)	42-47
Auflösungspapier (1980)	48-49
Antwort auf das Auflösungspapier (1980)	50-55
Zum Komplex U.Schmücker - Eine Zusammenfassung	56-60

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vorbereitungsgruppe B2J der Veranstaltungsreihe
„Etwas Bewegung kann nichts schaden“ in der SfE Berlin, Mai/Juni 1997.

Kontaktadresse

Vorbereitungsgruppe B2J c/o Kommunikationsreferat AStA Fu - Kiebitzweg 23 - 14195 Berlin

Vorwort

In der Bundesrepublik Deutschland von 1997 wirkten eine Anzahl besonderer Jubiläen. In Artikelserien (Spiegel), Fernsehsendungen („Todespiel“) sind der studentische Aufbruch vom 2. Juni 1967 und die Ereignisse im Herbst 1977 thematisiert worden.

Im gesellschaftlichen Mainstream gilt die Erschießung Benno Ohnesorgs von einem Polizisten während der Anti-Schah-Demonstration als der Beginn der Radikalisierung der studentischen Bewegung. Der StudentInnenbewegung wird eine Demokratisierung der Bundesrepublik zugeschrieben. Es geht der Mythos um, sie habe die BRD grundlegend zu einer multikulturellen und liberalen Gesellschaft zivilisiert.

Dagegen gilt der deutsche Herbst und die RAF als Höhepunkt der terroristischen Eskalation von einer kleinen Gruppe, die dem Staat den Krieg erklärt hatte. In der Propaganda-Kolportage-Produktion „Todespiel“ des Heinrich Breloer wird aus dem SS-Mann Hanns-Martin Schleyer, der sich aktiv an der Säuberung von Universitäten von jüdischen Leuten beteiligt hatte und im Präsidialbüro der Industrie für Böhmen und Mähren die Kriegswirtschaft organisierte, ein Sympathieträger mit Opferbonus. Zu diesem Denken gab es nur grundsätzlichen Widerspruch aus dem kleinen Kreis der militanten Linken, obwohl ein allgemein großes Interesse an der Beschäftigung mit linker Geschichte zu erkennen ist.

Dabei hat die Medienpräsenz der RAF die Geschichte der Bewegung 2. Juni verdeckt. Im Gegensatz zur RAF als bewaffneter Avantgarde, sah sich die Bewegung 2. Juni als einen „Zusammenhang ohne Anführer und Gefolgschaft, in einem Kontext der völligen Gleichwertigkeit aller Genossinnen und Genossen“. In dieser Bewegung bildeten sich kämpfende Kollektive, „die sich nicht nur bei Aktionen trafen, sondern zusammen lebten und kleine oder große, bewaffnete oder unbewaffnete Aktionen planten und durchführten“ (Wernfried Reimers, Oktober 1980).

In der Bewegung 2. Juni ist am ehesten der anti-autoritäre Aufbruch der StudentInnenbewegung weitergeführt worden. Die Texte und Erklärungen stellen auch heute noch einen Gebrauchswert für den/die militante Linke/n dar.

In dem Reader wird die Veranstaltungsreihe „Etwas Bewegung kann nicht schaden“ (30. Mai - 1. Juni 1997) kurz dargestellt. Es folgen die Texte zur Eröffnungsveranstaltung, in denen die Inhalte, die am Wochenende behandelt wurden, kurz skizziert sind. Im 2. Teil - Dokumentationen - werden zum größten Teil Originaltexte aus dem Kontext der Bewegung 2. Juni dargestellt. Unsere Absicht war es, dokumentarisches Material vorzulegen, um eine Auseinandersetzung mit der Politik der Bewegung 2. Juni zu gewährleisten. Allerdings kann ein Reader nur einige exemplarische Texte fassen, eine größer angelegte Dokumentation wäre von Nöten. Die Vorbemerkungen geben einen Einblick in die jeweilige politische Situation und sollen die Originaltexte verständlicher machen.

• Wir kommen mit dem Reader erst jetzt auf den Markt, weil der Inhalt noch genau so aktuell ist wie vor einem Jahr. Außerdem hatten wir soviel anderes zu tun als uns wochenlang hintereinander die Nächte um die Ohren zu schlagen.



Kritik der Diskussionen Workshops/Filme/Ausstellung

Der 2. Juni rät:

Etwas Bewegung schaden kann nicht

(30. Mai - 1. Juni '97)



Vom 30. Mai bis zum 1. Juni 1997 fand in Berlin die Veranstaltungsreihe "Etwas Bewegung kann nicht schaden" zu antiautoritärer, bewaffneter und militanter Politik statt. Der 30. Jahrestag der Erschießung Benno Ohnesorgs wurde von Menschen aus verschiedenen Zusammenhängen zum Anlaß genommen, der herrschenden Geschichtsschreibung ein anderes Bild entgegenzusetzen und die Perspektiven militanter Politik zu reflektieren.

Es gab berechtigterweise viel Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit der Vorbereitungsgruppe: Wir hätten zu spät mobilisiert, kaum überregional, viele politische Projekte nicht einbezogen. Es sei für viele keine klare Trennung zum Benno-Ohnesorg-Kongreß erkennbar gewesen (dessen Fazit: „Der Sinn des Kongresses ist sein Scheitern“). Im folgenden versuchen wir, die wesentlichen Einwände oder positiven Aussagen an den Veranstaltungen zu dokumentieren.

Die Schwarze-Risse-Band rockte am Freitag das Haus mit dem Peter-Lorenz-Lied. Dies war für viele ein gelungener Auftakt für die Vorträge zu den historisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

der 68er Revolte. Dazu wurden Filmausschnitte gezeigt. Zu Beginn nannte ein Referent die wesentlichen entwicklungsgeschichtlichen Punkte der BRD-Entwicklung von 1945 bis 1967:

Grundlegend für die Entstehung widerständiger Politik in den 60er Jahren waren die nationalsozialistischen Kontinuitäten personeller und ideeller Art. Der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung und gegen den hegemonialen Antikommunismus bildeten die Bezugspunkte für die antiautoritäre Bewegung. Die Anfangs an den Universitäten entstehende Bewegung wandte sich über die Kritik an den Ordinarien einer grundsätzlichen Autoritätskritik zu. Der Referent beschrieb die Entstehung der Vorstellung von "befreiter Sexualität" gegen die prüde Moral der BRD-Nachkriegsgesellschaft. Zugleich entstand aus diesem antiautoritären Klima heraus die "neue" Frauenbewegung. Der Berliner "Aktionsrat zur Befreiung der Frauen" begann 1968 mit der Gründung von Kinderläden und machte mit der scharfen Kritik an der Ausbeutung von Frauen in Familie und Gesellschaft auf sich aufmerksam. Die Sexualität sollte von patriarchalen Herrschaftsansprüchen befreit werden.





Daraufhin gab es die Kritik einer Frau aus dem Publikum, die darauf hinwies, daß diese Entwicklung nicht grundsätzlich emanzipatorisch gewesen sei: Die Vorstellung von "befreiter Sexualität" sei patriarchal aufgeladen gewesen. So wurden Frauen nun als prüde beschimpft, wenn sie sich männlicher Annäherung widersetzen.

Die Frauen der "Weiberräte" kritisierten die "Macker" des SDS ("Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen"), die auf Versammlungen Frauen ignorierten oder belächelten und ihnen den Raum für die Darstellung ihrer Sichtweisen verweigerten. Die Wurfgeschosse auf Krahl waren die Initialzündung für viele Frauen, sich autonom zu organisieren.

Die zweite Referentin beschrieb als wesentlichen Polarisierungspunkt die Kritik am Engagement der USA in Vietnam. Über die Solidarität mit dem Vietcong (HoHoHo-Chi Minh) sei ein Bewußtsein für die weltweiten Kämpfe gegen Unterdrückung entstanden. Dieser Internationalismus habe viele mobilisiert, sich der Bewegung anzuschließen. "Entscheidender als die einzelnen Erfahrungen war aber das Bewußtsein, daß es eine weltweite Bewegung gibt. Wir haben erlebt, daß die alten Machthaber, die die kapitalistischen Staaten unterstützten, überall auf der Welt von bewaffneten Gruppen angegriffen wurden, daß sich überall Widerstand gegen das imperialistische System formierte".¹

Der dritte Referent beschrieb den subkulturellen Hintergrund des politischen Aufbruchs zur Revolte: Viele Jugendliche, die sich dem Zwang zur Arbeit verweigerten, sich lange Haare wachsen ließen und kiffen, seien mit dem repressiven

Unverständnis der bürgerlichen Erwachsenenwelt konfrontiert worden.

"Du hast kein Bier gekriegt, bist verprügelt worden. Manchmal haben irgendwelche Penner an den Ecken gelauert und wollten den Leuten die Haare schneiden. Es gab halt dauernd Probleme."²

Aus diesem Umfeld hätten sich dann militante Gruppen entwickelt, die sich gegenüber der Polizei zur Wehr setzten. Der "Blues" sei als eine antiautoritäre Lebensweise entstanden, dessen Aktivitäten von subkulturellen Praxen wie Haschrauchen bis zu militanten Aktionen, Bullenwagen anzünden oder Straßenaktionen gegen Bullen reichten. Teile des Blues-Spektrums gründeten später die Bewegung 2. Juni.

Diese Eingangsveranstaltung wurde generell positiv aufgenommen. Aufgrund der biographischen Einlassungen der ReferentInnen und ihre wenig abstrakte Sprechweise konnte der politische Aufbruch der 68er Revolte anschaulich vermittelt werden.

„Damit am Stück nicht zuviel gequatscht wurde, war das ganze durchbrochen von Videoeinschnitten über den 68er Zeitgeist. Unterhaltsam und informativ. Das Publikum hat's mit Begeisterung und Konzentration (...) gedankt-ein druide (Interim Nr. 421)“

Zum Abschluß der Eröffnungsveranstaltung wurde im Rahmen des 1. Workshops (Politisierung in der deutschen Film- und Fernsehakademie(DFFB).Ende der 60er Jahre / Diskussion anhand von Filmbeispielen) von Anfang an konzentriert den Ausführungen des Referenten zugehört. Für die

meisten war das Filmmaterial der deutschen Film- und Fernsehakademie völlig neu. Kurze Agitationsfilme (Nicht löschesbares Feuer-Harun Farocki), Filme über politische Ereignisse (Berlin 67- 2.Juni 1967-Th. Giefer) zeigten die zunehmende Radikalisierung in der Akademie Ende der 60er Jahre. Die äußerst interessanten Filmausschnitte und die spannende Vortragsweise des Referenten ließen keine Langeweile aufkommen.

Samstag, 31. Mai '97

„Vergleich von sozialrevolutionärem und antiimperialistischem Ansatz“. Den zweiten Workshop bereite die Teil der Vorbereitungsgruppe vor, die gegen eine strukturierte Vorgabe von zu diskutierenden Inhalten waren. Sie meinten, die Lektüre der Reader und der antiautoritäre Workshop-Charakter würden Wissenshierarchien entschärfen und eine gleichberechtigte Diskussion ermöglichen. Es fehlte daher eine ausführliche Einleitung in das Thema.

Der Workshop teilte sich in eine Frauen/Lesben-Gruppe und drei gemischte Gruppen. In den Diskussionen stellte sich sogleich heraus, daß wenige die Reader gelesen hatten. Zum einen stellte sich heraus, daß die Anzahl der Reader die große Nachfrage unterschritt, zum anderen wollten sich die Leute in den Workshops nicht das Thema vorgeben lassen, sondern diskutierten ihre eigenen inhaltlichen Bedürfnisse. In einem Workshop wurden zwar die inhaltlichen Unterschiede zwischen der Bewegung 2. Juni und der RAF herausgearbeitet, der sogenannte sozialrevolutionäre Ansatz und der antiimperialistische Ansatz militanter Politik konnte aber nicht perspektivisch gefasst werden. Es gab die Frage nach dem revolutionären Subjekt, also die Frage: Auf wen beziehe ich mich mit meinen Kämpfen? Es wurde dazu herausgearbeitet, daß die Vorstellung eines revolutionären Subjekts

ein kollektives Bewußtsein voraussetze, das nicht vorhanden sei. (Karl Marx: „Das Proletariat existiert nicht. Es existieren die Proletarier.“) Diese Situation mache die Kämpfe umso schwerer. Einige Leute sprachen von ihren „eigenen Bedürfnissen“ als Motor politischen Handelns.

Bei dieser Diskussion unter Leuten mit verschiedenem Wissensstand und aus völlig verschiedenen Zusammenhängen offenbarte sich eine wesentliche Schwäche: Es gibt kein gemeinsames Verständnis politischer Begriffe. So waren die Diskussionen zum Teil sehr konfus, aber auch sehr lebendig. Die Diskussionsleitungen hielten sich im wesentlichen zurück und beschränkten die Ausrichtung der Workshops nicht auf das vorgegebene Thema. Dies wurde teilweise kritisiert, von den meisten jedoch positiv aufgenommen. Denn es sei ein prinzipieller Fehler gewesen, nicht von den inhaltlichen Interessen der Szene auszugehen. In der Frauen/Lesben-Gruppe wurde auch mehr über das „Jetzt“ gesprochen, zum Beispiel wie und warum „Frauen Lesben-Räume“ immer weniger werden und wie einer Atomisierung der Frauen/Lesbenbewegung entgegnet werden kann.

In dem Workshop, in dem einige früher in der Stadtguerilla organisierte Leute diskutierten, wurden diese ins Zentrum der Diskussion gestellt und es drehte sich hauptsächlich um Geschichtsvermittlung.

Nach den Workshops wurde es von der Vorbereitung versäumt, die Ergebnisse noch einmal zusammenzufassen.

Am Samstag abend...

Der dritte Workshop war von uns als Filmbeitrag plus Diskussion gedacht. Es wurde der Film: „...und plötzlich sahen wir den Himmel! ... y de repente vimos el cielo / Frauen in Stadtguerilla und Alltagskämpfen“ gezeigt.

Der vierte Workshop wurde nach den Erfahrungen des Vortags ausführlich eingeleitet. Die Vorbereitungsgruppe dieses Workshops gab einige Thesen und Hintergründe zum Verhältnis von Bewegung und Stadtguerilla als



Schlüsselproblem für die Wirksamkeit linksradikalen Widerstands (s. Thesenpapier). Es wurden Begriffsdefinitionen und -aussagen von klassischen Vertretern (Che/Debray) vorgestellt.

Hierbei wurde kritisiert, daß die Konzeption der Roten Zora vergessen wurde.

Dann wurde in zwei Gruppen diskutiert. (s. *Text Zusammenfassung des Workshops Sa.*)

Trotz der strukturierten Vorbereitung konnten die Diskussionen von den Leuten der Vorbereitung nicht immer kanalisiert werden und es setzte sich oft die Bedürfnispolitik einiger Leute durch. Dies wurde allerdings zum größten Teil positiv aufgenommen. Ältere autonome Frauen vermittelten ihre Geschichte und betonten den Wert von Alltagskämpfen gegen die heroisierenden Männer-Guerilla-Konzepte. Es wurde diskutiert, wie und wo im Alltag gekämpft werden kann, und welche Optionen es gibt. Es wurde weiterhin explizit auf die patriarchal-militärische Aufladung des Begriffes Millitanz hingewiesen. Eine Person beschrieb die historischen Etappen der Diskussion der Gewaltfrage.

Die Ausstellung : „So ein Tag, so wunderschön wie heute“ wurde von uns als Visualisierung des Projekts Bewegung 2. Juni verstanden.

Es ging uns darum, mit dieser Ausstellung nicht-musealen Charakters eine andere Form der Wissensvermittlung zu versuchen. Dieses Projekt widersetzte sich der Vorstellung, die Bewegung 2. Juni sei vollständig rational zu erfassen.



Die Ziele einer Ausstellung lassen sich nicht vorkalkulieren. Allerdings versuchten wir, auf eine bestimmte Wirksamkeit und eine bestimmte Form der Rezeption hinzuarbeiten. Den gesellschaftlichen Vorgaben über Guerilla („Terroristen“)-Projekte sollte mit einer eigenen, differenten Reflexion gekontert werden. Die AusstellungsbesucherInnen sollten sich nicht nur reaktiv zu unseren Vorstellungen verhalten, sondern auch aktiv teilhaben können. Es war möglich, sich Texte zu kopieren und Videos eigener Wahl anzuschauen. Zudem sorgte die ständige Präsenz von Schokoküssen für gesteigertes Durchhaltevermögen beim Lesen der zahlreichen Textfelder.

Auf vier Ebenen sollte die inhaltliche Ausrichtung, Praxis und Struktur der Stadtguerilla Bewegung 2. Juni reflektiert werden: Im ersten Teil konnten inhaltliche Reflexionen ehemaliger Aktiver über das Projekt Stadtguerilla betrachtet werden. Es gab Textfelder zum Waffengebrauch, zur politischen Aufbruchsstimmung, zu der persönlichen Situation in der Illegalität und rückblickende Beurteilungen. Im zweiten Abschnitt wurde der gesellschaftliche Kontext der 60er/70er Jahre aufgezeigt. Eine Zeitleiste verdeutlichte die Phase des gesellschaftlichen Umbruchs und dokumentierte die Anschläge der Bewegung 2. Juni.

Im Mittelpunkt der dritten Wand stand die erfolgreiche Gefangenenbefreiung, die Lorenz-Entführung. Sie repräsentiert bis heute die Möglichkeit, staatliche Allmacht an einem Punkt zu brechen.

Der vierte Teil zeigte, in welchem subkulturellen Kontext sich die Guerilla entwickelt hatte.

Die Resonanz auf die Ausstellung war sehr groß, sie war ununterbrochen besucht. Die Leute schauten sich die diversen Videos (z.B. zur Lorenz-Entführung) an, lasen in den Broschüren und kopierten sich viel. Es fiel auf, daß ein Großteil der Leute wenig Wissen über die Bewegung 2. Juni hatte und in der Ausstellung ein starkes Interesse daran entwickelte.

Perspektiven / Abschlußveranstaltung:

Auf der Abschlußveranstaltung wurde das Für und Wider einer „Anti-Schönbohm-Kampagne“ diskutiert (Schönbohm, Ex-General, ist derzeitiger Berliner Innensenator, verantwortlich für ein eisiges Klima gegenüber MigrantInnen, HausbesetzerInnen und Obdachlosen). Die Innenstadtaktion-Vorbereitung verzichtete aus gutem Grund auf eine Fixierung auf Schönbohm, um auf verschiedenen Ebenen agieren zu können. Andererseits wurde es begrüßt, daß Leute praktisch an einem politischen Problem (Schönbohm plus Sicherheitsdiskurs) diskutierten. Von Einigen wurde es dabei als Qualität gewertet, daß noch einmal die Schwachstellen solcher Kampagnen aufgezeigt wurden.

Allgemein läßt sich sagen, daß sich die Wirkung solcher Veranstaltungen schwer fassen läßt. Das Interesse an militanter Politik überraschte uns, die „Stimmung“ wurde von fast allen Leuten als „gut“ beschrieben. Bewußt verzichteten wir auf referierende Prominente in den Workshops, damit die Definitionsmacht über linksradikale Geschichte und Entwicklungsperspektiven nicht an Autoritäten delegiert wird und alle sich trauen, etwas zu sagen. Dies funktionierte zum Teil sehr gut, zeitweise dominierten aber Polit-Profis, die keinerlei Redeängste kennen, die Veranstaltungen.

Für den Großteil der Leute waren die Veranstaltungen ein geglückter Versuch, verschiedenste Zusammenhänge miteinander ins Gespräch zu bringen. Trotz der inhaltlichen Unterschiedlichkeit der Workshops waren die Diskussionen, in deren Zentrum die Frage "Was heute?" stand, zum großen Teil sehr lebendig. Eine perspektivische Diskussion zu militanten Interventionen in der Gesellschaft entwickelte sich aber nicht. Vielleicht lag dies wirklich am fehlenden Geschichtsoptimismus. „Bereitschaft zu persönlichen Konsequenzen für eine politische Praxis gegen den gesellschaftlichen Mainstream entsteht nicht rein rational, sie braucht das Gefühl, den Wind der Geschichte im Rücken zu haben und die begründete Illusion, siegen zu können“³.

Eine andere Ursache könnten unsere zu abstrakt formulierten und hochgehängten Zielvorstellungen gewesen sein, die wenig zur Auseinandersetzung reizten. Vielleicht wäre es besser gewesen, bestimmte Eckpunkte der momentanen gesellschaftlichen Entwicklung zu skizzieren und dann zu diskutieren, welche Spielräume militante Konzeptionen darin haben könnten.

Wie das Problem fehlender Orientierungen aufzulösen ist, wäre Stoff für eine längere Abhandlung. Andreas Foitzik und Athanasios Marvakis fordern eine Kultur der Verantwortung und der Kritik, in der wir uns gegenseitig kritisieren, also wahrnehmen und uns nicht mit gegenseitigen Normvorstellungen traktieren.⁴ Ein lebendiges Umfeld von Nähe und Distanz sei notwendig, ein soziales Miteinander, um gesellschaftliche Prozesse beeinflussen zu können. Nur so bleibe mensch in Bewegung.

Andere machen den Verlust einer Bewegungskultur dafür verantwortlich, daß politische Projekte isoliert bleiben, neue Leute nicht mehr andocken und die militante Auseinandersetzung versiegt.

Die Frage, wie Entwicklungsperspektiven aussehen sollten, welche Orientierungen notwendig sind, um in den komplexen gesellschaftlichen Verhältnissen zu wissen, wo mensch steht und wo mensch hin will, konnte nicht bearbeitet werden.

Klaus Viehmann schreibt in ARRANCA Nr.12 unter der Überschrift "2002: Vorwärts zum Nicht-Vergessen!":

Es ist der Fehler von allen, die sich nicht distanzieren haben, daß sie nicht eine umfassende Geschichte vorlegen.(..) Sicher, es gibt wichtigeres zu tun, und niemand, der heute noch eine linke Praxis verfolgt, will zum Aktenstaubschlucker wer-

den. Aber es ist vermutlich besser, ein Jahr dafür zu opfern, als auf ewig unwidersprochen diesen Müll ertragen zu müssen.“⁵

Wir meinen, daß diese Geschichte zu wertvoll ist, als sie den Ex-Aktiven der bewaffneten Projekte allein zu überlassen. In diesem Sinne waren unsere Veranstaltungen auch ein bescheidener Versuch, Ex-Guerillas und andere daran Interessierte zusammenzubringen, um gemeinsam dem Vergessen entgegenzuwirken.

Vorbereitung Bewegung 2. Juni



*1 Irmgard Möller: „RAF-Das war für und Befreiung“, Hamburg 1997, S.36

*2 Reinders/Fritsch: „Die Bewegung 2.Juni“ Edition ID-Archiv

*3 Klaus Viehmann

*4 Andreas Foitzik/Athanasios Markvakis: Von guten Menschen und anderen Widersprüchen in: Tarzan-was nun?. Hamburg 1997 S.87

*5 Mit „Müll“ meint K.Viehmann die versuchten biographischen Reflexionen von Inge Viett („Nie war ich furchtloser“) und T.Meyer („Staatsfeind“)

1. Texte zur Eröffnungsvorveranstaltung

Kurzdarstellung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der BRD

Im August 1945 trafen sich die vier Siegermächte, USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich in Potsdam, um die Reparationsleistungen Nazideutschlands und die Aufteilung des besetzten Deutschen Reichs endgültig zu verhandeln. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt, Groß-Berlin ebenso. Es herrschte Einigkeit unter den Alliierten, daß nie wieder Nazideutschland und das mit ihm verbundene Großkapital eine so verheerende militärische und politische Macht in Europa erlangen dürfe. Schon wenige Monate später begann in Nürnberg unter Oberhoheit der neugegründeten UNO der Kriegsverbrecherprozeß gegen führende Nazigrößen, KZ-Kommandanten und Manager der mit den Nazis aufs engste zusammenarbeitenden Industrie, wie den Vorstandsherrn der IG Farben, Krupp oder Flick.

Kalter Krieg: Noch während des Angriffs der westlichen Alliierten auf Deutschland 1944 warnte der englische Premierminister Winston Churchill auf einer USA-Reise vor der kommunistischen Gefahr und dem Expansionsstreben Stalins und forderte einen „eisernen Vorhang,“ zur Eindämmung des Einflusses der Sowjetunion in Mitteleuropa. Nach dem Tod Roosevelts übernahm mit Truman ein erklärter Antikommunist die US-Präsidentschaft und rüstete das US-Militär auf die neuen Hauptfeinde Sowjetunion und China aus. 1946 wurde im besetzten Deutschland die sogenannte BI-Zone geschaffen, die wirtschaftliche Zusammenlegung der britischen und US-amerikanischen Besatzungszone gegen den Widerstand Stalins und unter Verletzung des Potsdamer Abkommens. Der Bruch des alliierten und politischen Bündnisses gegen Nazi-Deutschland wurde endgültig auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 durch die USA herbeigeführt.

Westintegration unter Hegemonie der USA: Die USA waren während des 2. Weltkriegs zur führenden Wirtschaftsmacht in der westlichen Welt aufgestiegen, sie diktierten den alten Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien eine neue Weltwirtschaftsordnung mit dem Dollar als Weltgeld und einer Welthandelspolitik ohne Zollmauern, der sogenannten „Open-door-policy“.

Die USA waren der Hauptkreditgeber für die alten Kolonialmächte, die durch die Kriegsausgaben hochverschuldet waren. Militärisch war die USA bis Anfang der 50er die alleinige Atommacht und diktierte nach dem Ausbruch des Kalten Kriegs die Nachkriegsordnung in den westlichen Besatzungszonen des besiegten Deutschen Reichs.

1948 wurde dort eine **Währungsreform** durchgeführt, die einseitig die besitzende Klasse, die Bauern und die Industrie begünstigte. Es fand eine erste große Umverteilung zugunsten des Großkapitals statt. Wie durch ein Wunder gab es am Tag der Währungsreform plötzlich fast alles wieder zu kaufen und der vorher weit verbreitete Schwarzmarkt kam schnell zum Erliegen.



Clay 1962 am Potsdamer Platz

Nicht nur in der sowjetisch besetzten Zone sondern auch in den Westzonen war eine breite Bevölkerungsmehrheit für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie und wurde in einigen Länderverfassungen wie in Bayern und Hessen festgeschrieben. Auf Druck der USA wurde über den

Korea-Boom, Wirtschaftswunder in den 50er Jahren für das Kapital: Durch den Koreakrieg der USA entstand ein erhöhter Importbedarf für die US-Wirtschaft aus Westeuropa. Die westdeutsche Nachkriegsindustrie war einerseits durch die Rationalisierung während der Nazizeit auf dem neuen Weltmarkt sehr schnell wieder konkurrenzfähig und hatte andererseits durch die von den USA bereitgestellten Marshallplangelder die zerstörten Produktionskapazitäten und die dafür notwendige Infrastruktur modernisieren können. Binnen drei, vier Jahren nach Gründung der BRD setzte ein ungeheurer Wirtschaftsboom ein. Während die Gewinne für das Kapital sehr schnell in die Höhe schnellten, machte sich das in den Lohntüten der ArbeiterInnenklasse zunächst nicht bemerkbar. Zwar war die Zeit der Massenarbeitslosigkeit Mitte der 50er Jahre vorüber, doch durch die Zurückhaltung der Gewerkschaften und die vielen Klassenkompromisse merkten die ArbeiterInnen in ihrem Geldbeutel erst Anfang der 60er Jahre etwas von dem Wirtschaftswunder. Die sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften (die recht starken Kommunisten waren schon 1950/51 aus dem DGB ausgeschlossen worden) hatten in den meisten Punkten wie in der Montanmitbestimmungsfrage (die paritätische Mitbestimmung in der Kohle- und Stahlindustrie wurde den Gewerkschaften für ihren Verzicht auf die Verstaatlichung der Montanindustrie von den Kapitalisten und der Regierung Adenauer zugestanden) den Klassenkompromiß geschlossen. CDU und SPD hatten mit Gründung der BRD den Antikommunismus zur Staatsdoktrin erhoben. Kommunisten erhielten überall Berufs- und Organisationsverbot. Höhepunkt der politischen Hatz war das KPD-Verbot von 1956 durch das Bundesverfassungsgericht. Mehrere tausend KommunistInnen wurden zu Haftstrafen verurteilt. Die sogenannte „freiheitlich demokratische Grundordnung“ (FDGO), die in dem KPD-Urteil festgeschrieben wurde, formulierte noch einmal überdeutlich den antisozialistischen und staatsautoritären Charakter des Grundgesetzes.

1959 verabschiedete sich die SPD dann endgültig von den letzten sozialistischen Flauseln in ihrem Programm und formulierte das **Godesberger Programm**. Staatsbejahend und vaterlandstreu war die Partei ja schon immer, nun kam auch noch die absolute Bejahung des Kapitalismus in seinem modernen Gewand der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ hinzu.

Ich erwähnte es schon, viele **Nazigesetze hatten auch in der BRD weiterhin Gültigkeit**. So fußte die reaktionäre Familienpolitik, mit dem Kuppelei-



Ludwig Erhard vor seines Gleichen

paragraph, dem Mütterorden und dem Abtreibungsverbot auf der Übernahme entsprechender Gesinnung und Paragraphen aus der Nazizeit. Himmlers Polizeigesetze mit dem Verhütungsverbot galt bis 1961, der Kuppeleiparagraph wurde erst 1967 aufgehoben. Damals machten sich eure Eltern strafbar, wenn unverheiratete Paare bei ihnen zusammen schliefen.

Zum **restaurativen Charakter der Bundesrepublik** gehörte auch das reaktionäre Verständnis der führenden Politiker über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Wirtschaftsminister Erhard prägte den Begriff der „formierten Gesellschaft“: Darunter verstand er die Alleinherrschaft der Parteien und des Kapitals und die Unterordnung aller gesellschaftlichen Organisationen und Gruppierungen unter das Diktat des Obrigkeitsstaats. Die Demokratie war eine rein formale Angelegenheit. Von Konflikt, Diskussion, Minderheitenschutz und (system-) kritischer Opposition

war in diesem Modell nicht die Rede. Es war eine bruchlose Anknüpfung an das Weimarer Demokratieverständnis. Erhard propagierte eine festgefügte, ständische Organisationsstruktur der Gesellschaft, gepaart mit einer gehörigen Portion Spießbürgertum („Keine Experimente“, so der CDU-Wahlslogan von '65) und Intellektuellenfeindlichkeit (als „Pinscher“ wurde der Autor Rolf Hochhuth, der den berühmten Roman „Der Stellvertreter“ über die Nazikollaboration des Vatikans geschrieben hatte, vom damaligen Kanzler Erhard beschimpft). Hinzu gesellte sich die Verleugnung des Klassenantagonismus beim DGB und der SPD aufgrund ihrer antimarxistischen und antikommunistischen Ideologie. Alle Parteien und wichtigen Staatseinrichtungen beförderten die kollektive Verdrängung der Verbrechen der Naziherrschaft.



Über die ungeheuren Verbrechen, die nur wenige Jahre zurücklagen, wurde in der politischen Öffentlichkeit geschwiegen. Die nur formale Einlösung des Demokratieverprechens des Grundgesetzes wurde kompensiert durch „Schaffe, schaffe Häusle baue“, durch eine ausschließliche Orientierung auf Konsum und Wohlstand.

In der **Außenpolitik** stützte die BRD die reaktionärsten Regime in Europa und der 3. Welt - Franco in Spanien, Salazar in Portugal, Tschombe im Kongo, den Schah in Persien. Die BRD begriff sich als Juniorpartner der imperialistischen USA und gewährte milliardenschwere Unterstützungszahlungen an die Yankees im Vietnamkrieg, hinzu kam die höchst wichtige logistische Unterstützung, die in den 70er ein Angriffsziel der Guerilla wurde.

Die SPD betrieb von Beginn an eine **systemstabilisierende Oppositionsrolle**. Nur halbherzig organisierte sie den Widerstand gegen Wiederbewaffnung und NATO-Eintritt. Schon die Anti-Atomtodbewegung, aus der die Ostermarschbewegung hervorging, fand in der Parteiführung keine einheitliche Unterstützung mehr. Über die **Notstandsgesetze** wurde im Bundestag zwar jahrelang gestritten, aber schließlich stimmte die SPD 1968 der faktischen Aufhebung des Grundgesetzes im Fall der sogenannten Notstands zu. Es verwundert daher auch nicht, daß bereits 1961 die SPD den SDS aus ihrer Partei wegen sozialistischer Programmatik verbannte.

1966 kam es dann zur **Großen Koalition** in Bonn, mit dem Altnazi Kurt G. Kiesinger als Kanzler und Willi Brandt als Außenminister. Schnell wurde die erste kleine Wirtschaftskrise überwunden und jetzt gelang es auch endlich, die Notstandsgesetze über alle parlamentarischen Hürden zu hieven - trotz heftigster Gegenwehr des außerparlamentarischen Bündnisses von IG-Metall und StudentInnenbewegung. Damit wird im Falle eines vom Parlament verkündeten Verteidigungsfalls oder Notstands u.a. das Recht auf Unverletzlichkeit der Privatwohnung, die Aufhebung des Postgeheimnisses, die Koalitionsfreiheit aufgehoben. Diese Notstandsgesetze gelten auch heute noch und sind schon einmal - ohne formellen parlamentarischen Beschluß - im sogenannten Deutschen Herbst 1977 während der Schleyer-Entführung, durch SPD-Kanzler Schmidt und sein Notstandskabinett mit Strauß und Zimmermann an der Spitze, in die Praxis umgesetzt worden.

Berlin war in der ganzen Zeit die Frontstadt des Kalten Krieges, das Schaufenster des Westens, der kapitalistischen Wohlstandsgesellschaft. Hier in Westberlin war der reaktionärste Flügel der SPD und des DGB zu Hause. „Antiamerikanisch“ wurde über Jahrzehnte gleichgesetzt mit prokommunistisch. Aufgrund alliierter Bestimmungen war Berlin eine entmilitarisierte Zone und so flohen zehntausende von jungen Männern vor der Bundeswehr nach Westberlin. Die nach dem Krieg von den USA gegründete „Freie Universität“ und das darin angesiedelte OSI wurden zum Zentrum kritischen Denkens. Hier lehrten namhafte Überlebende des Holocaust bzw. aus dem Exil zurückgekehrte Intellektuelle. Es war daher nicht verwunderlich, daß in der Frontstadt während der beginnenden Vietnamsolidarität die Widersprüche am heftigsten aufeinander prallten.

Der kulturelle Aufbruch

Wer den kulturellen Aufbruch in den 60er Jahren erklären will, muß vorher was zu den 50er Jahren sagen.

Die 50er Jahre wurden von Menschen gestaltet, die noch durch die Kaiser- und Nazizeit geprägt waren. Die „Tugenden“, die man ihnen eingetrichtert hatte, wollten sie nun der nächsten Generation weitergeben. Diese „Tugenden“ waren in der Hauptsache: Obrigkeitdenken, Autoritätshörigkeit, Gehorsam, Sauberkeit und Fleiß. Kinder und Jugendliche, die mit diesen „Tugenden“ nichts anfangen konnten, wurden in den Schulen oder von den Eltern zur Gehorsamkeit geprügelt.

An den Schulen herrschte sowas wie militärischer Drill. Die Lehrer waren oft umgeschulte ehemalige Soldaten. Sie achteten besonders auf kurze Haare, saubere Fingernägel, ordentliche Kleidung und Disziplin. Mädchen, die geschminkt zur Schule kamen, hatten den gleichen Ärger wie Jungs in Jeans.

Das politische Programm der Herrschenden war der Antikommunismus. Die Nazi- und Kriegsverbrecher waren dadurch wieder gesellschaftsfähig. Sie hatten wieder denselben Feind, und der stand im Osten: es waren die Russen.

Wer Feindbilder außerhalb des Landes aufbaut, muß die kulturelle und politische Entwicklung innerhalb seines Landes unter Kontrolle halten. Kommunisten wurden verboten und eingesperrt. Kontakte zur DDR standen unter Strafe. „Keine Experimente“ war eine Parole Adenauers und seines Wirtschaftsministers Erhard. Das politische und kulturelle Leben in der BRD sah dementsprechend aus. Es gab zwar immer wieder Versuche, diese Eiszeit zu durchbrechen. Aber mittels Verboten und Zensur wurden alle fremden und freiheitlichen Ideen in Schach gehalten. Progressives Theater und Kino war verboten, dafür gabs reichlich rassistische Indianerfilme, Nazifilme oder anti-sowjetische Kriegsfilme. Liebesfilme aus den USA wurden nach den verklemmten bundesdeutschen Moral- und Sexualvorstellungen zensiert.

Die Inhalte der Film- und Schlagerindustrie waren vorgegeben: Verliebt, verlobt, verheiratet.

Ab 1963 änderte sich einiges. Bei den Jugendlichen hatte die tote Adenauerzeit ein totales kulturelles Vakuum hinterlassen. Wie eine Erlösung kam aus England eine neue Musik. In der BRD gab es noch diese öden Hitparaden mit 90% deutschen Schlagern. Es war noch schwierig die Musik aus England zu empfangen, denn die Sender wie „Radio Luxemburg“ waren über Mittelwelle



schlecht zu hören. So saßen viele Jugendliche um irgendein Kofferradio rum und liessen sich von den Beatles oder Stones antönnen. Die erstarrte Gesellschaft war schockiert und reagierte mit Beschimpfungen. Der Satz, „langhaarige Affen machen Urwald- und Negermusik“, machte die Runde. Die neue Musik war bahnbrechend für die Jugendrevolte. Männer ließen sich die Haare lang wachsen und Frauen schnitten ihre kurz. Männer zogen schlampige Klamotten an und Frauen sahen mensch in Hosen oder kurzen Röcken. Alles eigentlich ganz harmlos, aber die selbsternannten Autoritäten im Land sahen ihre „Werte“ davonschwimmen. Das wird heute leicht vergessen: Viele Leute haben damals ihre Arbeitsstelle verloren, sind aus der Lehre rausgeflogen, weil sie lange Haare hatten. Aus den Kneipen sind sie rausgeflogen, haben kein Bier gekriegt, sind verprügelt worden. Manchmal haben auch irgendwelche Penner in den Ecken gelauert, die den Leuten die Haare schneiden wollten. Viele führten eine Zeit lang ein Doppelleben. Zur Arbeit gingen sie mit Elvistolle (mit Fett nach hinten gekämmt) und in der Freizeit mit langen Haaren. Mit den Bullen gab es häufig Ärger, gerade bei Konzerten.

Viele Jugendliche begriffen in der Zeit, daß sie nur deswegen angegriffen wurden, weil sie anders aussehen und anders sein wollten. Uns verband plötzlich etwas mit Schwarzen in den USA. Die Musik, die wir hörten, war die Musik der Schwarzen und die kämpften zur selben Zeit in den USA um ihre Menschenrechte. Die Schwarzen kämpften für minimalste Rechte. Es wurde ihnen das Schulrecht verweigert, sie durften nicht in Bussen fahren, wo Weiße drinsäßen. Alles nur, weil sie anders aussahen. Die Radikalität der Schwarzen imponierte uns. Die Busse, die sie nicht benutzen durften, brannten aus und die Städte, wo das Elend besonders groß war, gingen in Flammen auf. Vom Gefühl her wollten viele hier ähnlich handeln, nämlich das kaputt machen, was uns kaputt machte.

Dazu mußten wir aber erst lernen, die Vereinzelung aufzuheben und uns politisch auszudrücken. Das gelang aber erst im Zusammengehen mit der StudentInnenbewegung.

2 Workshops

Filmbeitrag

„Y de repente vimos el cielo“
„und plötzlich sahen wir den Himmel!“

Workshop am 31. Mai '97

Der Workshop begann mit einer kurzen Einführung zu dem Frauenfilm „und plötzlich sahen wir den Himmel“. Dieser Film entstand in einer etwas außergewöhnlichen Form. Deutsche Frauen aus der Soli-Szene reisten nach Uruguay, um dort die Lebensgeschichten von zwei Tupamara-Frauen filmisch einzufangen. Eine dieser Frauen kommt dann etwas später mit zwei Begleiterinnen nach Deutschland, um sich hier mit der Geschichte von Frauen aus sozialen Bewegungen und dem bewaffneten Widerstand auseinanderzusetzen. Die Geschichten, die bei diesen Begegnungen zu Tage treten, sind im Film in zeitlicher Chronologie miteinander verwoben und stehen doch jede für sich, als eigenständige Biografien, mit ihren Utopien und Brüchen, ihren Ängsten und Freuden, mit ihren jeweiligen individuellen Geschichten und Geschichtchen.

Es sind aus Uruguay Yessie Macchi und Graciela Jorge, die beide Mitte der sechziger Jahre sich den TUPAMAROS angeschlossen haben. Beide wurden Anfang der siebziger verhaftet und saßen zwischen 13 u. 15 Jahren im Knast. Yessie Macchi gehörte darüber hinaus für eine befristete Zeit zu der Gruppe der Staatsgeiseln, mit denen das uruguayische Militär jeglichen wiederaufflammenden Widerstand im Keim erstickte. Zunächst bekommt Graciela, später aber auch Yessie, ihre Tochter im Knast, die ihnen nach einer „Schonfrist“ dann abgenommen werden. Beide werden im Zuge der Amnestie dann im März 1985 entlassen und sind seither auf der Suche nach neuen persönlichen und politischen Perspektiven.

In Deutschland ist es einmal die über siebzigjährige Gisela Wiese aus Hamburg, die als Pax Christi Mitglied in den 50er Jahren die jüdischen ZeugInnen bei den Naziprozessen begleitet und unterstützt hat. Aufgrund dieser Erfahrungen mit der deutschen Nachkriegsgerichtsbarkeit, übernahm sie mehr und mehr Prozeßbeobachtungsaufgaben in politischen Prozessen, so auch später in Stuttgart-Stammheim beim Prozeß gegen Ingrid

Jakobsmeier von der RAF. Die andere deutsche Hauptprotagonistin ist Monika Berberich, Ex-RAF-Gefangene. In ihrer Geschichte gab es sehr unterschiedliche Etappen, wie z.B. ihr Engagement als Fluchthelferin Anfang der sechziger Jahre in Berlin. Dann, nach kurzzeitigem Knast in Prag, ihr Eintauchen in die Studentenbewegung und danach der Schritt zur RAF. Ihre Festnahme erfolgte noch vor offizieller Gründung der RAF. Sie wurde wegen Bankraub verurteilt und saß über 17 Jahre im Knast.

Mit den Geschichten dieser Frauen wird auch ein Stück politischer Zeitgeschichte vermittelt, allerdings ausgehend von den unmittelbaren Erfahrungen der Protagonistinnen, die von den Filmemacherinnen so gut wie nicht kommentiert wurden. Daher stehen bei Filmende unglaublich viele Fragen im Raum, die auch viel Diskussionsraum bieten.

Während des Workshops gab es nach gut 80 Minuten Film eine technische Panne, deren Behebung gut 20 Minuten erforderte. Die meisten Anwesenden sind dennoch geblieben. Eine intensivere Diskussion konnte jedoch aufgrund der wenigen verbliebenen Zeit (es war ein Uhr nachts) danach nicht mehr stattfinden. Lediglich Fragen zum Film, zur Entstehungsgeschichte, zur Auswahl der Frauen usw. konnten von der Filmemacherin beantwortet werden.



Einführungstext für den Workshop: Stadtguerilla/Bewegung

Verhältnis/Wechselbeziehung von linker Bewegung und Stadtguerilla am Beispiel der Bewegung 2. Juni.

Dieser Einführungstext sowie das ab Donnerstag (29.5.97) zur Verfügung stehende Thesenpapier (s. S.) und der Reader bildeten die Arbeitsgrundlage für den Workshop.

Was zeichnet eine 'Bewegung' und eine 'Stadtguerilla' aus?

Bei den folgenden Zeilen handelt es sich mehr um eine begriffliche Bestimmung als um eine eingehende Analyse der Phänomene 'Bewegung' und 'Stadtguerilla'. Es können hier nicht die umfassenden Zusammenhänge dargestellt werden, unter welchen Bedingungen 'Bewegungen' entstehen, welchen Verlauf sie nehmen und welche Faktoren für ihr Ende verantwortlich sind. Ähnlich können hier auch nur grob der Ursprung und die verschiedenen Varianten der metropolitane Übertragung von Stadtguerillastrukturen angerissen werden. Wichtig ist, daß wir in etwa einen Begriff von dem haben, was Thema des Workshops sein soll.

'Bewegung'/ 'Szene':

Allgemein ist eine 'soziale Bewegung' durch ein unkonventionelles, nicht institutionalisiertes und auf öffentliche Resonanz setzendes Protestverhalten gekennzeichnet. Eine 'soziale Bewegung' unterscheidet sich einerseits von 'spontanem sozialem Massenverhalten' (Aufruhr, Krawall) durch einen höheren Grad interner Strukturierung und ein zielgerichteteres politisches Verhalten. Andererseits unterscheidet sie sich von 'organisiertem politischem Gruppenverhalten' (Parteien, Interessenverbände) durch vielfältigere Partizipationsformen außerhalb formeller Mitgliedschaft und unkonventionelle, nicht unbedingt an die Legalität gebundene Aktionsformen. „Soziale Bewegungen werden durch einen 'Prozeß des Protestes' (O. Rammstedt) charakterisiert und von Individuen oder Gruppen getragen, welche die bestehende Sozial- und Herrschaftsstruktur negierend, gesamtgesellschaftliche Veränderung erstreben und dafür Unterstützung mobilisieren“ (Gilcher-Holtey, in: „Die Phantasie an die Macht“, Mai 68 in Frankreich). Eine 'Bewegung' muß agieren, um Kräfte zu mobilisieren, organisatorische Formen entwickeln, um sich zu stabilisieren und ihr spontaneistisches Potential aktivieren, um



nicht zu erstarren. „Eine soziale Bewegung muß, so die Bedingung ihrer Existenz, in Bewegung bleiben. Stillstand bedeutet das Ende der Bewegung“ (ebd.).

Bewegungen erscheinen im Rückblick oft als einheitliche und geschlossene Handlungsabläufe, die gleichsam zielgenau auf einen Punkt hinsteuern. Doch sind Bewegungsverläufe nicht determiniert, sondern situationsbedingt und offen. Aufgrund ihrer labilen inneren Struktur sind sie permanent von Spaltungen und vom Zerfall bedroht.

Die 'Neue Linke' hat sich im Rahmen des 68-Aufbruchs nicht als Partei oder einheitliche Organisation konzipiert, sondern als 'Bewegung'. Es hat zwischen der 'Alten' und der 'Neuen Linken' ein Musterwechsel stattgefunden von der Parteienfixiertheit zum Bewegungsgedanken. Die 68-Bewegung gilt als letztmaliger Versuch eines sozialistischen und kulturevolutionären Gegenentwurfs zur bestehenden gesamtgesellschaftlichen Ordnung. Dies unterscheidet sie von den Mitte der 70er Jahre entstehenden 'Neuen Sozialen Bewegungen' (NSB), die i.d.R. 'Teilbereichsbewegungen' waren, punktuelle Bedrohungsszenarien (ökologische Krise, Anti-AKW) aufgriffen und sich nicht unbedingt über ein linkes Politikverständnis vermittelten. Lediglich 'Subbewegungen', die aus den Prozessen der 'NSB' erwachsen sind, können für sich in Anspruch nehmen, einen revolutionären Ansatz offensiv vertreten zu haben, viele vermuten, was jetzt kommt - und tatsächlich: die autonome Bewegung, die FrauenLesben-Bewegung und das antiimperialistische Spektrum.

Zu fragen ist, was denn nun eine ausdrücklich linke/linksradikale Bewegung ausmacht? Sie sollte unserer Ansicht nach als inhaltliche Grundlage den Kampf gegen rassistische- antisemitische, patriarchale und kapitalistische Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen haben und sich auf ein internationalistisches Solidaritätsverständnis stützen. Eine linke/linksradikale Bewegung müßte sich, was die praktische Seite angeht, durch vielfältige Aktionsformen hervortun und klandestine/militante/bewaffnete zumindest akzeptieren und nicht als ‚bewegungsschädlich‘ abqualifizieren. Was die Struktur einer solchen ‚Bewegung‘ betrifft, so sollte den sich bildenden informellen Hierarchien innerhalb der ‚Bewegung‘ schon im Ansatz entgegen gearbeitet und ein gleichberechtigtes Mitwirken ermöglicht werden. Bei solch hohen ‚Einlaßhürden‘, so könnte mensch ketzerisch einwenden, werden wir als Linksradikale konstant das bleiben, was wir sowieso sind: randständig. Aber eine (taktische) ‚Programmenschärfung‘ würde vor allem bedeuten, daß wir den Anspruch, eine antagonistische Opposition zu sein, beiseite legen müßten.

In Zeiten eines bewegungsarmen oder -losen Zustands kann nicht mehr von einer intakten linken Bewegung gesprochen werden, sondern nur noch von einer ‚subkulturellen Polit-Szene‘, die eine gewisse Infrastruktur als möglichen Ausgangspunkt neuer Bewegungsanläufe aufrechterhält.

‘Stadtguerilla‘ und das Verhältnis zu (Massen-)Bewegungen:

Bevor wir kurz auf verschiedene Stadtguerillakonzepte eingehen, wollen wir die Positionen von Vertretern der ‚klassischen‘ ländlichen Guerillatheorien (Che Guevara, Régis Debray) umreißen:

Che betrachtet den Guerillakrieg als eine Kampfmethode und Ausgangspunkt für die Aufstellung eines Volksheeres, das im Zuge eines Volkskrieges als reguläre Armee der Unterdrückterarmee Paroli bieten kann und in der Lage ist, das strategische Ziel der Eroberung der politischen Macht umzusetzen. Für Che sind aus der kubanischen Revolution drei wesentliche Lehren zu ziehen: a) die Volkskräfte können einen Krieg gegen die Armee gewinnen; b) nicht immer muß abgewartet werden, bis alle Bedingungen für die Revolution gegeben sind; der Guerillafocus kann sie schaffen; c) der bewaffnete Kampf der Guerilla muß im unterentwickelten Lateinamerika hauptsächlich in ländlichen Gebieten geführt werden und erreicht erst in dessen Verlauf die städtischen Ballungszentren.

Der Guerillakrieg ist nach Che keine Angelegenheit von einem kleinen Kreis von entschlossenen RevolutionärInnen, sondern im Gegenteil „der Krieg des ganzen Volkes gegen die herrschende Unterdrückung“ (zitiert nach: Löwy, M: Che Guevara). In seiner Schrift „Guerillakrieg - eine Methode“ schreibt Che, „daß der Guerillakrieg ein Volkskrieg (ist), eine Massenkampf (ist). Diese Art von Krieg ohne die Unterstützung der Bevölkerung verwirklichen zu wollen, ist der Auftakt zu einer unvermeidlichen Katastrophe. Die Guerilleros sind die kämpferische Avantgarde des Volkes (...)“ (in Guerillakampf und Befreiungsbewegung).

Das zweite wesentliche Charakteristikum der Focus-Theorie Ches ist, daß neben den objektiven Rahmenbedingungen (Massenelend und Diktatur) subjektive und psychologische für die Vertiefung des Guerillakampfes entscheidend sind: das Bewußtsein von der Notwendigkeit der revolutionären Änderung der gesellschaftlichen Situation und das Bewußtsein von der Möglichkeit dieser Änderung. D.h., daß nicht alle (vermeintlich) objektiven Bedingungen erfüllt sein müssen, um den Guerillakampf aufnehmen zu können; der Aufstandsfocus kann solche selbst initiieren.

Ches Konzept ist in erster Linie eines für den ländlichen (ruralen) Guerillakampf. Infolgedessen „(stellt) in Lateinamerika die arme Landbevölkerung eine gewaltige potentielle revolutionäre Kraft dar“ (in: Zweite Deklaration von Havanna) und bildet zugleich die soziale Basis der ländlichen Guerilla. Die ländlichen Gebiete sind für die Entfaltung eines Volkskrieges ein günstiges Gelände, da sie mehr Sicherheit, Bewegungsspielraum und Rückzugsmöglichkeiten bieten, als es das städtische Terrain aufweisen kann. Die Bildung einer Landguerilla ist für Che demnach der sicherste Weg zur Schaffung einer revolutionären Volksarmee.

Die ländlichen Basen und Rückzugsgebiete bedeuten für Guerilleros/-as einen Ruheraum, der für städtische KämpferInnen aufgrund der räumlichen Begrenztheit nicht gegeben ist. „Die eventuelle Zerschlagung dieser (städtischen, Anm.) Gruppen würde die Seele der Revolution, ihren Führungsstab, nicht töten, der von seiner ländlichen Festung aus fortfahren würde, als Katalysator des revolutionären Geistes der Massen zu wirken (...)“ („Guerillakrieg - eine Methode“, in: Guerillakampf und Befreiungsbewegung).

Dennoch betont Che, daß „die große Bedeutung des Guerillakampfes in den Vorstädten oftmals unterschätzt (wird)“ („Der Guerillakrieg“, in: Guerillakampf und Befreiungsbewegung). Die (vor-)städtischen Guerillagruppen stehen allerdings unter dem Kommando von Guerillaeinheiten anderer Gebiete und ihre Aktionen haben (zunächst) nur eine unterstützende Funktion und bleiben auf Sabotageakte beschränkt. Die Stadtguerillagruppen können erst dann eine wichtigere Rolle spielen, wenn „die Aufstandsbewegung einen derart breiten Umfang angenommen hat, daß die Eroberung der Stadt in Angriff genommen werden kann und sie als aktive Kampfeinheit in die Operationen um die Stadt eingreifen müssen“ (ebd.). Die Stadtguerilla erscheint hier in erster Linie als Nebenprodukt der Landguerilla.

Wenn bei Che die Stadtguerilla zumindest eine wichtige Unterstützungsfunktion erfüllt, so hält Debray deren Praxis im Grunde für aussichtslos, da der Kampf des Guerillafocus am schwächsten Kettenglied der Repression - auf dem Land - geführt werden muß, „da die städtische Guerilla auf einem bestimmten, von Natur aus begrenzten Gebiet operiert, kann man sie leicht fixieren. In der Tat hat sie weder die Wahl des Zeitpunkts noch die des Ortes“ („Der Castrismus: Der lange Marsch Lateinamerikas“, in: Der lange Marsch). Die mangelnde Bewegungsfreiheit weist auf den äußerst verwundbaren Charakter einer illegalen bewaffneten Gruppe in der Stadt hin. Sie ist zudem militärisch nicht in der Lage sich in eine Bewegungsguerilla umzuwandeln, „geschweige denn in eine reguläre Volksarmee, die sich in der Endphase mit der Unterdrückungsarmee messen könnte, was das Ziel eines jeden Focus ist“ (ebd.). Das Fehlen einer festen Basis bedeutet gleichzeitig das Fehlen einer soliden sozialen und ökonomischen Basis, weil sich eine Stadtguerilla nicht den bäuerlichen Massen vermitteln und in deren Umgebung verankern kann.

Guerillagruppen in lateinamerikanischen Ländern mit anderer sozio-ökonomischer und geographischer Gegebenheit sind zu entgegengesetzten Schlüssen gekommen. Für die MLN-Tupamaros in Uruguay hat die Stadtguerilla nicht nur eine rein taktische Funktion, sondern „die Stadtguerilla (wird) in dieser Revolution 'strategisch-militärisch' wichtig; während einer ausgedehnten Periode des Kampfes kann sie das ganze Gewicht des Krieges tragen“ (in: Wir, die Tupamaros). An anderer Stelle heißt es, daß „Montevideo groß genug (ist) (...), daß sie genügend Schutz für ein aktives revolutionäres Kontingent bietet. Wir haben hier günsti-

gere Bedingungen für einen städtischen Kampf als andere revolutionäre Gruppen“ (zitiert nach: Nunez, C.: Die Tupamaros, in: Schubert, A.: Stadtguerilla). Der Kampf der Guerilla ist für die MLN das wichtigste Politisierungsinstrument der Massen und „ohne die Unterstützung des Volkes ist es für die Guerilla überhaupt nicht möglich, den Kampf aufzunehmen“ (in: Wir, die Tupamaros). Der Guerillakrieg ist nach Ansicht der MLN ein politischer Krieg, „jede Guerilla, die praktisch im Herzen der Bevölkerung kämpft, in direktem Kontakt mit den Massen, führt einen politischen Krieg“ (ebd.). Ähnlich äußert sich der Anführer der brasilianischen ALN, Marighela „Die Stadt erfüllt die erforderlichen objektiven und subjektiven Voraussetzungen für eine erfolgreiche Auflösung (im Sinne von „wie ein Fisch im Wasser“, Anm.) der Guerilla. Die Situation auf dem Land ist bedeutend ungünstiger“ (zitiert nach: „Pour la Liberation du Brasil“. Kampf der Stadtguerillas, in: Redaktion diskus (HG.): Küß den Boden der Freiheit). In der Anfangsphase tragen die städtischen Guerillastrukturen die Hauptlast des Kampfes, während die Landguerilla später folgt; „indem wir von der Stadt ausgehen und die Unterstützung des Volkes dort gewinnen, wird die Stufe der Landguerilla schnell erreicht (...), während in den Städten die Rebellion weitergeht“ (in: Marighela, C. Handbuch des Stadtguerillero). Auch Marighela argumentiert nach dem Muster, daß sich, wenn die Stadtguerilla sich mit den Interessen des unterdrückten Volkes solidarisiert, sich das Volk mit ihr solidarisiert. Demnach „muß (es) die ständige Sorge des Stadtguerillero sein, sich mit der Sache des Volkes zu identifizieren, um dessen Unterstützung zu gewinnen“ (ebd.).

Vor diesem theoretischen und praktischen Hintergrund von Guerillagruppen anderer Kontinente haben sich im Verlauf der linken Widerstandsgeschichte in den westeuropäischen Metropolen verschiedene städtische Guerilla-Modelle herauskristallisiert; Die antiimperialistische Metropolenguerilla (metropolitane Arm der trikontinentalen Befreiungsbewegungen), wofür über längere Phasen die RAF stand; das Modell der BR-PCC (Rote Brigaden - Kämpfende Kommunistische Partei), die sozialrevolutionäre Basis- oder Bewegungsguerilla in Form der RZ (militanter/bewaffneter Arm metropolitane Massen- oder Teilbereichsbewegungen); oder die autonome 'guerilla diffusa' (militante Aktionen unmittelbar aus Basiskämpfen heraus).

Bei all den Modellen steht das Verhältnis bzw. die Wechselbeziehung zwischen der Politik verschiedener städtischer Guerilla-Strukturen und linken Bewegungen im Mittelpunkt. Bei bewaffnet kämpfenden Gruppen dreht sich die Auseinandersetzung zudem um drei konzeptionelle Ansätze. Zum einen um den Ansatz, daß der bewaffnete Kampf der Stadtguerilla als Strategie und Zentrum revolutionärer Politik zu verstehen ist, und daß sich um den Guerillakern die Bewegung entwickeln muß. Zum anderen um den Ansatz, daß der bewaffnete Kampf der Stadtguerilla als eine Methode revolutionärer Politik zu begreifen ist, und sich die Guerillapolitik an den Interessen der Basisbewegungen orientieren muß. Des weiteren wird der Ansatz vertreten, daß sich die legale linke Bewegung und die bewaffnete Struktur parallel in einer 'dialektischen Wechselwirkung' entfalten müssen.

In der BRD versuchte u.a. die 'Bewegung 2. Juni' die in anderen Kontinenten und Ländern gemachten Erfahrungen auf die hiesigen Verhältnisse anzupassen und zu übertragen. Im 'halboffiziellen' Programm der 'Bewegung 2. Juni' heißt es, daß „die Bewegung sich als Anfang einer Organisation verschiedener autonomer Gruppen der Stadtguerilla (versteht)“, und daß „die Linie der Bewegung 2. Juni einheitlich politisch-militärisch (ist)“. Es ging nicht darum, eine geschlossene, illegale Kaderorganisation aufzubauen, sondern eine revolutionäre 'Guerilla-Bewegung', die möglichst viele linke Strukturen miteinbezieht. Die inhaltlich-praktische Ausrichtung war sowohl durch den Versuch gekennzeichnet, die weltweiten antiimperialistischen Kämpfe zu unterstützen, als auch das eigene sozialrevolutionäre Profil zu schärfen und mit Betriebs- und Stadtteilgruppen in den proletarischen Vierteln Berlins zusammenzuarbeiten.

Vorbereitungsgruppe B2.J



Arbeitsthese für den Workshop: Stadtguerilla/Bewegung

Arbeitspapier zum Workshop Verhältnis von linker Bewegung und Stadtguerilla am Beispiel der Bewegung 2. Juni.

Positionen der Bewegung 2. Juni bzw. von Ex-Guerilleros/as zum Verhältnis von Bevölkerung, linker/linksradikaler Bewegung und ihrer Stadtguerilla-Gruppe:

Das Verhältnis der Bewegung 2. Juni zur Bevölkerung:

Anspruch:

-“(...) die Hauptaufgabe (ist) nicht der Aufbau einer Partei, sondern die Auslösung der revolutionären Aktion, die Schaffung einer Organisation der bewaffneten, revolutionären Gegengewalt des Volkes gegen die organisierte Gewalt des Staatsapparates“ (in: Bewegung 2. Juni-Programm);

-“(...) Wir gehen davon aus, daß jede Gruppe durch das Schaffen eines reichen theoretischen Fundamentes in der Lage ist, nur solche Aktionen auszulösen, die geeignet sind dem Volk zu dienen“ (ebd.);

-“,(...) Natürlich werden wir niemanden von der Notwendigkeit revolutionärer Politik überzeugen, wenn sich diese Politik gegen ihn selbst richtet.

(...) Wir haben alle und immer gesagt, die Aktion und Politik der Guerilla richtet sich niemals gegen das Volk, immer gegen die Herrschenden“ (in: Tunix-Papier).

Reflexion/Selbstkritik:

-“Was ist das für eine Guerilla, deren Aufgabe es nie sein soll, sich der Bevölkerung gefällig zu zeigen, um ihren Beifall zu bekommen? Für was und vor allem: mit wem will diese Guerilla dann kämpfen?(...) Na klar sollten die Aktionen der Bewegung 2. Juni populistisch sein - im wahrsten Sinne des Wortes: volkstümlich. (...) Es ist keineswegs besonders revolutionär, auf die Sympathien des Volkes zu scheißen“ (in: Zu der angeblichen Auflösung der Bewegung 2. Juni),

-“Sich nicht um seine Basis zu kümmern, die Verbindung zum alltäglichen Kampf des Volkes verlieren, die politischen und konkreten nationalen/regionalen Bedingungen des Kampfes falsch analysieren - das sind die Kardinalfehler!“ (in: Zu

der angeblichen Auflösung der Bewegung 2. Juni);

-“Eine Bevölkerung, die einem Hitler (...) zugejubelt hatte, die ungerührt der millionenfachen Verschleppung und Ermordung ihrer jüdischen Mitbürger zugesehen (hatte) (...). Diese Bevölkerung würde sich in größter Mehrheit auf die Seiten des Staates schlagen und der kleine Rest würde stumm, entsetzt und überfordert der Konfrontation zusehen“ (in: Viett, I.: Nie war ich furchtloser);

Der Bewegung 2. Juni ging es nicht um die Bildung einer neuen Partei, der sich die Massen anschließen hätten, sondern im Gegenteil: Die Guerilla sollte die erste Etappe auf dem Weg der Entwicklung einer Volksarmee sein. Von daher sei es notwendig, daß Aktionen der Guerilla gegen die Herrschenden gerichtet sind und nicht das Volk treffen.

Die Möglichkeit der Mobilisierung der Massen fällt durchaus unterschiedlich aus. Zu erwarten, daß große Bereiche der Bevölkerung revolutionären Projekten der Linken gegenüber aufgeschlossen seien, ist aufgrund der Erfahrung mit dem NS - zumindest im Rückblick für Inge Viett - fraglich.

Verhältnis der Bewegung 2. Juni zur linken Bewegung:

Anspruch:

-“(...) Und der Begriff ‘Bewegung’ müsse sein, weil uns vorschwebte, keine geschlossene Kaderorganisation aufzubauen, sondern eine breit gefächerte Bewegung, zu der sich alle zählen konnten, die das machten, was wir machten: Stadtguerilla“ (in: Meyer, T.: Staatsfeind. Erinnerungen),

-“Also von Stadtteilgruppen, von Basisgruppen in den Betrieben, von daher die Militanz aufzurollen, von daher eben Fabrikguerilla, Stadtguerilla im wahrsten Sinne des Wortes werden“ (in: Baumann, B.: Wie alles anfing);

-“Zur ständigen Arbeit der legal arbeitenden Genossen der Bewegung gehört es (...), innerhalb der Organisationen, in denen sie wirken, die

Schaffung revolutionärer Milizen zu propagieren und zu initiieren“ (in: Bewegung 2. Juni Programm);

Reflexion/Selbstkritik:

-“Insgesamt liefen die Diskussionen damals viel offener und breiter. (...) Es hat schon so etwas wie eine breitere Verankerung gegeben - (in: Reinders/Fritsch: Gespräche über Haschrebellen, Lorenz-Entführung, Knast. Die Bewegung 2. Juni);

-“Wir hatten in Berlin stabile logistische Strukturen mit einem ausladenden Unterstützerkreis und mit einem breiten Sympathisantenfeld auch eine politische Basis. (...) 1973 hatte die Bewegung 2. Juni noch eine breite Sympathie und Unterstützung in der linken Szene. Es existierte in den nicht akademischen Teilen der schon ermatteten Revolte noch ein „Bewegungs“bild, in dem die Illegalen der organisierte Guerilla-Kern der ineinander fließenden sozialrevolutionären legalen Gruppen waren“ (in: Viett, I.: Nie war ich furchtloser);

-“Wir aus der Guerilla (haben) uns zu fragen, inwieweit wir unsere Isolation nicht selbst mit verschuldet haben. (...) Wir haben damit das uns zugewiesene Ghetto akzeptiert, anstatt aus ihm auszubrechen. Sicherlich hat auch das Fehlen der öffentlichen Auseinandersetzung mit den anderen Teilen der Linken dazu beigetragen (...)“ (in: Tunix-Papier);

-“Der Kampf muß aus dem alltäglichen Widerstandsverhalten kommen (...) Nur von dieser Alltagssituation konkretisiert sich jeglicher Widerstand. Wenn er statt dessen nur den imperialistischen Überbau angreift, ohne in den Fabriken und Stadtteilen verankert zu sein, kann der kapitalistische Staat ihn ohne große Schwierigkeiten mit polizeitaktischen Mitteln einkreisen und vernichten“ (Werner Sauber, zitiert in: Tunix-Papier);

-“Wir erreichten mit der bewaffneten Politik selbst in der Linken nur noch marginalisierte Bereiche. Die neuen militanten Massenkämpfe bezogen sich nicht auf die Guerilla-Konzepte, sondern auf konkrete politische Projekte mit eigener Dynamik. Der bewaffnete Kampf hatte keine Perspektive und damit hatte ich auch keine“ (in: Viett, I.: Nie war ich furchtloser)

-“Die einen, die sich Freiräume erkämpft zu haben glaubten, machten sich mit Eifer daran, sie mit

Alternativprojekten zu füllen (...) Was alternativ zur Gesellschaft gedacht war, endete als Alternative zum Kampf. Das Widerstandsbewußtsein verkümmerte zur Sozialarbeiterhaltung. Die Kompromisse zur Sache summieren sich zur Kompromittierung des Bewußtseins“ (in: Tunix-Papier);

-“Und wo sind die Marschierer durch die Institutionen? Sie haben sich angepaßt oder sind geflogen. Verändert haben sich nur die Marschierer, der Apparat dient der Reaktion wie eh und je. (...) Diese Genossen sehen im Staat ein technisches Vehikel, (...) ein neutrales Gemeinwesen. (...) Die Genossen übersehen, daß der Staat ein Instrument mit ganz bestimmten Funktionen ist“ (ebd.);

Die Zielvorstellung des 2. Juni war es, keine elitäre Kaderorganisation aufzubauen, sondern in einer Vielzahl von linken Strukturen verankert zu sein und dort Stadtguerilla-Politik zu propagieren. Der Verlust eines gemeinsamen Austausches mit der legalen Linken und die Nicht-Präsenz in Basiskämpfen führt unweigerlich zu Formen der Selbstghettoisierung/Selbstisolierung. Das Wegbrechen einer organisatorischen Basis in der Linken nimmt Guerilla-Konzepten die Perspektive. Kritik wird gegenüber jener Linken geübt, die sich in Alternativstrukturen eingerichtet hat und diese nicht mehr als Ausgangspunkt für weitere Kämpfe betrachtet.

Fragen zu Perspektiven hinsichtlich des Verhältnisses von Bevölkerung, linker Bewegung und Stadtguerilla

Verhältnis von Stadtguerilla und Bevölkerung:

Ist Deutschland mit seiner revolutionslosen Tradition ein Spezialfall (das Land der Halb- und Konterrevolutionen)? Ist es nach '89 (vorläufig) passe, daß sich ein linkes Bewußtsein von der Notwendigkeit einer revolutionären Änderung der gesellschaftlichen Situation und ein Bewußtsein von der Möglichkeit dieser Änderung herausbildet, das breite Schichten erfaßt? Ist mit dieser Bevölkerung jemals eine Revolution zu machen? Oder liegen zwischen Linksradikalen (und besonders der Stadtguerilla) und der Bevölkerung Welten, die unüberbrückbar sind? Sollten aus taktischen Gründen und der Vermittlung wegen bestimmte politische Inhalte abgemildert oder bestimmte Aktionsformen eingestellt werden? Kann bewaffnete Politik mit ihren

notwendigen/möglichen Konsequenzen (Tötungen von EntscheidungsträgerInnen/Unbeteiligte als Opfer etc.) überhaupt in der Bevölkerung mehrheitsfähig werden?

Kann aus all dem nur die notwendige Aufgabe einer gesamtgesellschaftlichen Revolutionsperspektive folgen? Was ist dann unsere politische und soziale Basis? Sollen sich Linksradikale auf spezifische gesellschaftliche Gruppen konzentrieren (MigrantInnen, ArbeiterInnen, Kids)? Liegt bei diesen Gruppen ein systemsprengendes Potential? Kann revolutionäres Bewußtsein aus einer materiellen Unterdrückungssituation abgeleitet werden? Sind Separatismuskonzepte (befreite Gebiete, freie Republik) erstrebenswert, oder entspricht dies einer auf die Spitze getriebenen Ghetto mentalität?

Verhältnis von Stadtguerilla und linker Bewegung

Konzeptionelle Ansätze zum Verhältnis von Stadtguerilla/linker Bewegung:

- a) der bewaffnete Kampf der Stadtguerilla ist als Zentrum und Strategie revolutionärer Politik zu verstehen, um den Guerillakern entwickelt sich die Bewegung;
- b) der bewaffnete Kampf der Stadtguerilla ist als eine Methode revolutionärer Politik zu begreifen, die Guerillapolitik orientiert sich an den Interessen der Bewegung;
- c) die legale linke Bewegung und die bewaffnete Struktur entfalten sich in einer dialektischen Wechselbeziehung.

Welches der Stadtguerilla-Modelle findet am ehesten Zustimmung in Basisbewegungen? Bleibt nur die populistische Variante, um massenfähig zu werden? Ist eine einseitige Ausrichtung der Stadtguerilla auf die Politik von Basisbewegungen der Weisheit letzter Schluß? Kann die Bewegung aufgrund ihrer unübersichtlichen und amorphen Struktur ein verlässlicher Orientierungspunkt für Stadtguerillapolitik sein? Wieviel Autonomie kann/soll sich eine Stadtguerilla bei ihrer Aktionsmittelwahl und -durchführung herausnehmen? Hat die Bewegung dennoch eine Korrektivfunktion? Existiert ein unauffhebbarer Widerspruch zwischen den legalen Politikformen der Bewegungen und der illegalen Praxis einer Stadtguerilla? Ist eine dauerhafte gegenseitige

Bezugnahme aufgrund der Repression, die Stadtguerillapolitik auslöst, denkbar? Ist infolgedessen eine Distanzierung/Diskreditierung von bestimmten Aktionsformen der Stadtguerilla durch Teile der Bewegung unumgänglich (oder sogar ein notwendiger Schutz für legale Strukturen?)

Zwei Kernfragen bleiben:

Welche spezifischen Bedingungen müssen gegeben sein, um den bewaffneten Kampf aufnehmen zu können, oder müssen diese überhaupt ausnahmslos vorhanden sein? Werden revolutionäre Tendenzen eher einen spontanen Aufstandscharakter annehmen, oder ist von der Notwendigkeit eines kontinuierlichen und langanhaltenden Prozesses auszugehen?

Der bewaffnete Kampf einer Stadtguerilla oder anderer bewaffneter Formen ist nur unter günstigen Rahmenbedingungen (zahlenmäßig starke Linke, die in gesellschaftlichen Bereichen Fuß gefaßt hat; Legitimationsverlust der Herrschenden; repressives Klima; weltweite Aufbruchstimmung) führbar und hinsichtlich des Ziels perspektivreich. Nur unter diesen Voraussetzungen ist bewaffneter Kampf führbar, ansonsten ist er einzustellen und die Struktur aufzugeben. In einer explosiven gesellschaftlichen Situation werden sich die Massen alle erforderlichen Mittel nehmen (einschließlich bewaffneter), um politisch durchzukommen. Langfristige Planungen sind zwecklos revolutionäre Prozesse sind weder detailliert planbar noch vorhersagbar.

Der bewaffnete Kampf ist relativ unabhängig von den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen aufrecht zu erhalten, allerdings je nach Situation zu dosieren. Bewaffnete Strukturen können nicht kurzfristig improvisiert werden, sondern erfordern längere logistische Vorbereitungen. Erst dauerhafte bewaffnete Organisationsformen der Linken, die sich kontinuierlich erweitern, eröffnen die Möglichkeit des Stellens der Machtfrage. Ein staatenloser und unterdrückungsfreier gesellschaftlicher Zustand ist nur durch einen langfristigen und von Beginn an organisierten bewaffneten Kampf erreichbar.

Zu dem Workshop: „Verhältnis/Wechselbeziehung von linker Bewegung und Stadtguerilla am Beispiel der Bewegung 2. Juni“

Zusammenfassung des Workshops am Sonntag,
den 01.06.1997 in der SFE im Mehringhof.

Unsere Zielvorstellung bei der Vorbereitung der Veranstaltungsreihe war es, durch die Auseinandersetzung mit (einem Teil) der linksradikalen Widerstandsgeschichte der BRD - über deren grundsätzlichen Aneignung und Eigenbesetzung zum „Jahrestag“ hinaus - Ansätze für wirkungsvollen linksradikalen Widerstand heute zu entwickeln. Durch die Vermittlung von Erfahrungen und das Analysieren von Fehlern sollte ein Beitrag zu einer perspektivischen Weiterentwicklung militanter Politik geleistet werden.

Im Mittelpunkt der Diskussion des 2. Workshop stand dann jedoch nicht die Beschäftigung mit dem Stadtguerillakonzept der Bewegung 2.Juni bzw. - wie für diesen Workshop geplant - mit dem Verhältnis und der Wechselbeziehung von linker Bewegung und Stadtguerilla, sondern vor allem die Auseinandersetzung mit linker Bewegung und linker Basis an sich.

Dies war angesichts der derzeitigen Situation der Linken aber auch in Bezug auf die Entwicklung der letzten 30 Jahre, nur konsequent, da es schwierig ist, über die Aktualität von Stadtguerillakonzepten bzw. deren möglichen Weiterentwicklung zu reden, wenn deren grundlegende Voraussetzung, nämlich eine tragfähige linke Bewegung, auf die sich die Stadtguerilla beziehen kann und in die sie eingebunden ist, nicht gegeben ist.

Positiv an dieser Diskussion war, daß sie im großen und ganzen nicht von der sonst üblichen resignativen „Wir sind ja so in der Krise“ - Haltung bestimmt war, sondern, daß sie darauf ausgerichtet war, Ansatzpunkte zur Überwindung der Krise herauszufinden.

1. Vergleich der ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen in den 70er (80er) und 90er Jahren.

Die Bewegung 2. Juni bezog sich im Gegensatz zu vorwiegend antiimperialistisch orientierten Stadtguerillagruppen (wie beispielsweise der RAF) aufgrund ihres sozialrevolutionären Ansatzes schwerpunktmäßig auf die Bevölkerung und Linke der BRD beziehungsweise West-Berlins.

Ihr programmatisches Ziel war es, zum Aufbau einer „Massenfront“ in den Metropolen beizutragen und die Befreiungskämpfe im Trikont indirekt durch die Schaffung einer revolutionären Massenbewegung in der BRD zu unterstützen.

Ihre Strategie war der Aufbau militanter Stadtguerillagruppen die, eingebunden in eine linke Basisbewegung (und auf sie Bezug nehmend), vermittelte Aktionen durchführen sollten, um die Angreifbarkeit des (übermächtig erscheinenden) Systems und die Möglichkeit revolutionärer Veränderung aufzuzeigen.

Dieses Konzept funktioniert aber nur dann, wenn eine stabile linke Basis existiert, auf die sich die Stadtguerilla in ihren Kämpfen stützen kann bzw. in die sie eingebunden ist, und wenn die militanten Aktionen in der Bevölkerung tatsächlich entsprechend vermittelt werden können.

Am Anfang der Diskussion stand dementsprechend (neben eher technischen bzw. Detailfragen) die Frage an die teilnehmenden Ex-AktivistInnen der Bewegung 2.Juni, wie sie selbst (im nachhinein) ihr Verhältnis zur linken Basis einschätzen und ob sie ihren Ansatz der Vermittlung in der Bevölkerung und der Rückkopplung mit der linken Basis nicht als gescheitert betrachten.



Die Bewegung 2. Juni hatte den Anspruch, ein offenes und solidarisches Verhältnis zur linken Basis zu entwickeln. Das gelang nicht immer, denn Kritik einstecken muß genauso erlernt werden, wie Kritik auszuteilen.

Menschliche und politische Fehler ließen einige gute Ansätze in der gemeinsamen politischen Arbeit scheitern. Die theoretischen Ansätze waren richtig, die Fehler mußten korrigiert werden. Einige Fehler waren: nicht eingestehen der eigenen Schwächen, wie Faulheit, Unzuverlässigkeit, Angst usw. oder der beleidigende Ton in den Diskussionen. Die politische Arbeit der anderen Gruppen wurde gering bewertet und die eigene zum Nabel der Welt erklärt. Mit der Parole, die Einheit in der Vielfalt suchen, hat die Bewegung 2.Juni versucht, allen legalen und illegalen Kampfformen die gleiche Wichtigkeit zu geben.

Es gibt für eine Guerilla dazu keine Alternative, entweder sie arbeitet mit der Basis solidarisch und gleichberechtigt zusammen oder sie gerät in die politische Isolation.

Wollen wir erfolgreich sein, kann es der Guerilla nicht nur um die linke Basis gehen. Linke Politik muß sich vermassen, will sie jemals erfolgreich sein. Ein Ziel unserer Politik muß sein, die Herzen und Hirne der Bevölkerung zu erobern. Aktionen und Agitation müssen darauf ausgerichtet sein, die Mehrheit der Bevölkerung für uns gewinnen bzw. einen großen Teil so zu neutralisieren, daß sie nicht gegen uns arbeiten.

Mit der Lorenzaktion und den Schokoküssen ist das der Bewegung 2.Juni ein wenig gelungen.

Propaganda und Vermittlung unserer Aktionen und unserer Politik, daß darf nicht Sache des Gegners sein. Wir kommen gegen die riesigen Manipulationsmöglichkeiten unserer Gegner eh kaum an.

Der Ansatz der Bewegung 2. Juni, die Aktionen zu vermitteln ist nicht gescheitert, eher kann gesagt werden, es wurde teilweise zu wenig vermittelt. Politische Konzepte können nicht von damals auf heute übertragen werden, aber die Art und Weise der Vermittlung schon.

Die DiskussionsteilnehmerInnen waren sich darin einig, daß das Konzept der Bewegung 2.Juni aufgrund der veränderten nationalen und internationalen Rahmenbedingungen nicht ohne weiteres auf die heutige Situation übertragbar ist.

Daraufhin wurde diskutiert, wie sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von heute und damals unterscheiden.

Inwiefern war Anfang der 70er Jahre (infolge der 68er Revolte) eine „vorrevolutionäre“ Situation gegeben, in der die Stadtguerilla als Katalysator hätte fungieren können? - Wodurch ist eine vorrevolutionäre Situation gekennzeichnet?

Es wurde festgestellt, daß es Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre eine weltweite ökonomische und politische Krise des kapitalistischen Systems gab (Befreiungskämpfe im Trikont, Vietnam, 68er Bewegung, Ende des Wirtschaftswunders in der BRD) und infolgedessen es zu einer Legitimationskrise des Staates kam. Die sozial-liberale Koalition unter Brandt/Scheel ab 1969 war der Versuch des Systems mittels einer begrenzten Reformpolitik Teile der Bewegung zu integrieren bzw die Legitimationskrise des Staates abzubauen. Im Zuge der 68er Revolte kam es auch in der BRD zu einer revolutionären Aufbruchstimmung und einer Art „Revolutionseuphorie“ in der Linken.

Uneinigkeit bestand über die Vermittelbarkeit von militanten Aktionen. Der Bewegung 2. Juni gelang es mit einigen spektakulären Aktionen, wie den Schokokuß-Banküberfällen, eine breitere Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Auch das BVG-Fahrkartennachdrucken durch die RZ 1974 fand breite Zustimmung.

Auch in einigen Teilbereichsbewegungen wie der Anti-AKW-Bewegung und der Startbahn-West-Bewegung in den 80er Jahren wurden militante Aktionen von vielen BürgerInnen als integraler Teil des Widerstands begriffen.

In den 90er Jahren präsentiert sich das kapitalistische System trotz seiner schwerwiegenden strukturellen Krise als historischer Sieger. Von „Revolutionseuphorie“ in der deutschen Linken kann keine Rede mehr sein.

Inwiefern die Ereignisse von 1989 für die Niedergeschlagenheit und Resignation in der Linken verantwortlich sind, war in der Diskussion umstritten.

Die einen waren der Meinung, daß allein die Existenz der realexistierenden sozialistischen Länder - auch wenn die westdeutsche Linke sich mehrheitlich nicht mit deren Konzept zur Umsetzung des Sozialismus identifizieren konnte, dazu beigetragen hat, die Hoffnung auf die Möglichkeit revolutionärer Veränderung und Realisierung des Sozialismus aufrechtzuerhalten. Andere hielten dagegen, daß der Zusammenbruch der realexistierenden sozialistischen Länder von ihnen eher als befreiend empfunden worden sei, da mit diesem System auch die mit ihm verknüpften Illusionen verloren gingen.

In der Diskussion wurde aber auch deutlich, daß für die, die sich nach 1989 politisiert haben, der Zusammenbruch der DDR (und der anderen realexistierenden sozialistischen Länder) nur noch eine untergeordnete Rolle spielt.

2. Die 68er Bewegung und die radikale Linke in den 70er / (80er) und 90er Jahren.

Dabei ging es zunächst darum, welchen Charakter die Revolte 1968 hatte bzw. wie tiefgreifend sie tatsächlich war.

Drei entscheidende Beweggründe für die Revolte, über die trotz aller Differenzen innerhalb der Bewegung Konsens herrschte, wurden genannt:

- der Kampf gegen die Kontinuität des Faschismus nach 1945 in allen gesellschaftlichen Bereichen der BRD (in Wirtschaft, Politik, Familien etc.)
- der Kampf um persönliche Befreiung (u.a. sexuelle Befreiung)
- Kulturrevolutionärer Aufbruch und die Verwirklichung der eigenen Individualität (z.B. durch lange Haare, Blues, Drogen etc.)

Darüber hinaus gab es in der Bewegung jedoch äußerst unterschiedliche Vorstellungen davon, wie weit die Revolte tatsächlich gehen sollte und welches Ausmaß die angestrebten Veränderungen haben sollten. Innerhalb kürzester Zeit spaltete sich die Bewegung in untereinander zerstrittene und (später) voneinander isolierte Kleinstgruppen auf und die Bewegung flaute ab.



Von den Zugeständnissen, die der Staat der 68er-Generation (und später) machen musste, ist in den 90er Jahren nur noch wenig geblieben.

So ist in den 90er Jahren kulturell gesehen zwar fast alles erlaubt und es wurden Möglichkeiten geschaffen sich (solange es auf den persönlichen/privaten Bereich beschränkt bleibt) innerhalb der Gesellschaft selbst zu verwirklichen. Viele der in den 70er und 80er Jahren erkämpften Freiräume gingen aber aufgrund staatlichem und finanziellem Druck verloren bzw. wurden inhaltlich stark reduziert, d.h. sie wurden nicht mehr als Ausgangspunkte für weitergehende Kämpfe und Selbstrevolutionierung begriffen, sondern verkümmerten zu Rückzugszonen vor zunehmender Repression und Resignation (z.B. Kommunen- und Häuser-idee). Zudem fand spätestens (!) seit 1989 ein sich verschärfender gesellschaftlicher und staatlicher Rechtsruck statt, in dessen Zuge traditionelle und reaktionäre Wertevorstellungen einen erneuten Aufschwung erlebten und Verbreitung bis in liberale Kreise fanden.

Im politischen Bereich in den 90ern kann zwar mehr öffentlich diskutiert werden ohne sofort auf Grenzen zu stoßen, aber es sind kaum noch Provokationen durch Aktionen in „traditioneller“ Form möglich.

Zudem dringt diese Scheinliberalität des öffentlichen Raums sowohl in Bezug auf kulturelle als auch politische „Freiheiten“ meist nicht in die „kleinsten Zellen des Staates“ vor; und was in der Stadt als alternative Lebensform vielleicht noch toleriert wird, wird in der Provinz noch lange nicht hingenommen.

Fazit: Vergleich der Linken 70/90

Intensiver wurden die Gründe für die gesellschaftliche Isolierung der Linken diskutiert.

Als grundlegende Ursache dafür kann die allgemein zunehmende Anonymisierung der Gesellschaft und die weiter fortgeschrittene soziale Isolierung der Menschen voneinander gelten.

Darüber hinaus hat sich die Linke aber auch selbst bewußt von dem „Rest“ der Gesellschaft abgetrennt. Diese Ghetto mentalität bildete sich (insbesondere bei Teilen der Autonomen) als Reaktion auf die Repression und Terroristenhysterie Ende der 70er Jahre infolge der mangelnden Perspektive ihrer revolutionären Praxis heraus - Ausnahmen: z.B. Solidarisierung der KreuzbergerInnen mit den HausbesetzerInnen - In Teilbereichsbewegungen waren die Autonomen Teil dieser Bewegungen.

Durch die räumliche Trennung von der „Normalbevölkerung“ gibt es kaum noch „gemeinsame Orte“, an denen Kontakt aufgenommen und miteinander kommuniziert werden kann. 1976 während der Lorenzenführung, als es diese starke räumliche Aufteilung noch nicht gab, war es - so berichteten Linke, die schon damals aktiv waren - möglich, direkt mitzubekommen, was die „Normalbürger“ von der Aktion hielten und die Ereignisse mit Ihnen zu diskutieren. Der direkte Kontakt mit radikalen Linken trug vielleicht auch zu der damals höheren Akzeptanz bei.

Im linken Ghetto hat sich zudem auch eine eigene Sprechweise entwickelt, die die Kommunikation oft schon im Ansatz verhindert. Einige TeilnehmerInnen kritisierten zudem die ausgrenzende Politik der Linksradiكالen, die PC-Mentalität und das mensch sofort nach dem Outfit eingestuft wird.

Auch thematisch schafft es die Linke heute nicht, im Alltag der Leute präsent zu sein. Viele linksradikale Inhalte konnten nicht vermittelt werden, (was sicher nicht nur an der Art der Vermittlung lag). Als eine These wurde in den Raum gestellt, daß der Mythos und der Kult der linksradikal/autonomen Bewegung zerstört werden müßte, um Akzeptanz und Unterstützung in der Bevölkerung zu bekommen. Eine zusätzliche Schwierigkeit in diesem Zusammenhang sei die gewollte Anonymisierung der autonomen Bewegung, d.h. daß ihre Politik nicht, wie in der repräsentativen Demokratie üblich, über die Identifikation mit Personen abläuft. Das eigentliche Ziel dieser Politik der 1. Person, nämlich einer (vermeintlich) damit einhergehenden Hierarchisierung vorzubeugen, wurde nicht erreicht.

Dem gegenübergestellt wurde aber die Notwendigkeit, politische Utopien neu zu formulieren. Die alten seien spätestens nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus „verbraucht“. Darin eingeschlossen wäre die überfällige Auseinandersetzung, ob die Linksradiكالen wie die alten marxistischen/leninistischen Revolutionskonzepte (an denen sich mehr oder weniger auch die RAF orientierte) noch heute unhinterfragt „anwenden“ kann. Hier wurde u.a. das Konzept der Machtübernahme des Staatsapparats hinterfragt. Grundsätzlich müßten wir auch überlegen, ob die revolutionäre Linke überhaupt noch die

Machtfrage stellen kann, wenn nicht die Macht auf neuer Stufenleiter wie z.B. in El Salvador oder Nicaragua nur reproduziert würde. Bei den neu zu formulierenden Utopien geht es auch um die Selbstveränderung und Selbstbefreiung als Teil des revolutionären Prozesses.

3. Ansätze zur Entwicklung einer linksradikalen Perspektive.

Eine linksradikale Bewegung könnte als inhaltlichen Minimalkonsens den Kampf gegen rassistische/antisemitische, patriarchale und kapitalistische Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen haben und sich auf ein internationalistisches Solidaritätsverständnis stützen. Sie müßte sich, was die praktische Seite betrifft, durch vielfältige Aktionsformen hervortun und klandestine/militante/bewaffnete Aktionen zumindest akzeptieren und nicht als „bewegungsschädlich“ abqualifizieren. Das schließt jedoch massive Kritik an bestimmten militanten Aktionen, wie z.B. denen der AIZ nicht aus.

Was die Struktur betrifft, sollte den sich bildenden informellen Hierarchien innerhalb der Bewegung schon im Ansatz entgegengearbeitet werden um gleichberechtigtes Mitwirken zu ermöglichen.

Zu fragen wäre, inwiefern in Zeiten des Stillstandes der Bewegung (bzw. in bewegungslosen Zuständen) verbindlichere Organisationsstrukturen aufgebaut werden müssen, um die noch gebliebenen, geschwächten linken Kräfte zu konzentrieren. Bei solch einer Struktur muß darauf geachtet werden, daß sie von Anfang an ein sehr breites Bündnis der unterschiedlichsten, sich aber als radikal links verstehenden Gruppen beinhaltet. Zum einen, um Widersprüche unter uns schneller mitzukriegen und konstruktiv einzugreifen, zum anderen um mit gemeinsam erarbeiteten Positionen auch leichter projektgebundene Bündnisse mit Gewerkschaften, eher liberaleren Gruppen etc. einzugehen, um unsere gesellschaftliche Isolation zu durchbrechen, aus dem wunderschönen Ghetto rauszukommen, auf andere Menschen um uns herum zuzugehen, schlichtweg „Basisarbeit“ zu leisten.

Denkbar wäre der erneute Versuch einer Netzstruktur, in der jedoch ständig darauf geachtet werden müßte, daß sich keine Kaderhierarchien (beispielsweise durch unterschiedliche Gewichtung „geleisteter“ politischer Arbeit) herausbilden. Angesichts der zunehmenden internationalen Vernetzung der herrschenden Kräfte sollte in die-

sem Zusammenhang auch eine tragfähige internationale Struktur der Linken - beispielsweise auf europäischer Ebene - erarbeitet werden.

Wenn mensch sich die Schwierigkeiten vor Augen führt, die bereits bei bundesweiten Organisationsversuchen auftreten, scheint dies endgültig zu hochgegriffen. Um also mal bewußt auf niedrigen Niveau zu beginnen.: wie wärs erstmal mit einer berlinweiten Vernetzung?

Die derzeit noch existierende „subkulturelle Polit-Szene“ ist nur noch mit Unterstützung linksliberaler Kreise dazu in der Lage, gesellschaftlichen Einfluß auszuüben.

Sollten auch noch die letzten linksliberalen Bastionen im Zuge des konservativen „Rollbacks“ fallen, wäre es dem Staat ein leichtes dieser weitgehend subkulturell beschränkten Szene ihre noch vorhandenen Freiräume zu nehmen und somit auch deren Infrastruktur als möglichen Ausgangspunkt für neue Bewegungen zu zerschlagen.

Inhaltlich muß sich die europäische Linke auf der Basis einer grundlegenden Analyse der veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen darüber klar werden, ob sie mittelfristig eine revolutionäre Veränderung nur noch in Ländern des Trikonts für möglich hält, oder ob sie die Option auf eine gesamtgesellschaftliche Veränderung auch in den Metropolen aufrechterhält.

Im ersten Fall könnte sie sich weitgehend auf subversives Handeln in den Metropolen und die Unterstützung von Befreiungskämpfen im Trikont beschränken. Falls die europäische Linke jedoch an dem Versuch festhalten sollte, auch in den Metropolen revolutionäre Bewegungen aufzubauen, muß sie sich darüber Gedanken machen, wie sie wieder Zugang zu den (noch) nicht vollständig marginalisierten Bevölkerungsschichten finden kann.

Dazu wäre die Überwindung der relativen Theorielosigkeit der autonomen Bewegung und die Entwicklung einer über die Subversion hinausgehenden theoretischen Grundlage notwendig.

Um die Konsequenzen des Zusammenbruchs der realexistierenden sozialistischen Länder – die er zumindest im Bewußtsein der Bevölkerung hatte – zu überwinden, wäre die Entwicklung eines (zumindest groben) theoretischen Schemas notwendig, daß in konkreten Punkten der Bevölkerung eine Alternative zum kapitalistischen System veranschaulicht.



Dazu gehört die grundlegende Aufarbeitung der Fehler und Erfahrungen der gescheiterten realexistierenden sozialistischen Länder ebenso, wie das inhaltliche Füllen und Ausarbeiten von Begriffen wie Revolution, Räte-demokratie, Sozialismus etc.

Nur dann, wenn wir es schaffen, über die notwendige Destruktion der Systemfunktionen hinaus eine konstruktive Perspektive zu erarbeiten und zu vermitteln, können wir der Lüge vom „Sieg“ des kapitalistischen System mehr als nur Verweigerung entgegensetzen, zur Überwindung der Hoffnungslosigkeit und (scheinbaren) Alternativlosigkeit in den Köpfen der Menschen beitragen, und von der Unzufriedenheit der Menschen zum Aufbau einer dauerhaften und fundamental systemkritischen Opposition gelangen.

Praktisch müsste die radikale Linke dazu neben den zunächst inhaltlich nur schwer vermittelbaren „traditionell“ linksradikalen Themen an konkreten sozialen Problemen der „Durchschnittsbürger“ ansetzen und sie zur Radikalisierung und Antagonisierung nutzen.

Falls die Einschätzung überwiegen sollte, daß die ältere Generation in weiten Teilen nicht mehr mit revolutionären Inhalten erreicht werden kann, soll-

ten konkrete Probleme der Jugendlichen und Kids aufgegriffen werden, um zumindest diese zu radikalieren. Aber auch dann muß, wenn die Politisierung nachhaltig und dauerhaft sein soll, eine theoretische Grundlage neben der subversiven Praxis erarbeitet werden.

Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen müßte auch über neue, vielfältigere Aktionsformen nachgedacht werden, die die Aufmerksamkeit der übersättigten, inzwischen an fast alles gewöhnten 90er- Generation noch auf sich ziehen können.

Die Notwendigkeit und Richtigkeit militanter Politik wurde zu keiner Zeit in Frage gestellt.

Trotzdem wurde deutlich, daß falls mit militanter Politik Erfolge über Teilbereiche hinaus erzielt und die Option auf eine gesamtgesellschaftliche Veränderung erhalten werden soll, neue Formen vermittelten, militanten Widerstands gefunden und die Politik inhaltlich überdacht und strategisch neu ausgerichtet werden muß. Nur so kann die radikale Linke über Defensiv- und Teilbereichskämpfe hinaus ernstzunehmenden Einfluß auf die politische Entwicklung in Deutschland und Europa nehmen.



und weiter....

Frauen ! Lesben !



Da stehen sie nun die beiden Glücklichen und fragen sich, was tun ?

Geschichte wird gemacht - es geht voran !?

„... daß wir FrauenLesben wieder zu einer öffentlichen Diskussion über Ziele und Wege militanten Frauenwiderstands und zu einer stärkeren Organisation finden“

ROTE ZORA

Wer sind WIR, was WOLLEN wir, wie kommen wir DAHIN?

Wir haben uns auf dem 2. Juni Kongress 1997 im Mehringhof getroffen, um über die Politik der Guerillagruppen in der BRD und Westberlin zu sprechen. Im FrauenLesben Workshop war das Interesse an der Geschichte groß, noch größer aber war die Unzufriedenheit über unsere aktuelle Situation. Bei nachfolgenden Treffen mit weniger Frauen wurde eine Idee aus dem Workshop, mit vielen Frauen zusammenzukommen, uns kennenzulernen und auszutauschen, zu streiten und uns zu koordinieren, wieder aufgegriffen.

Mit der Parole im Kopf „Gemeinsam sind wir stark“, irren wir einzeln rum, verzetteln uns in unseren Kleinst-Frauen-Lesben-Gruppen in der immerwährenden Polit-Perspektiv-Diskussion, arbeiten zu bestimmten Themen, ohne nur den blassesten Schimmer davon zu haben, ob das in der Stadt noch eine andere tut.

Wir bleiben getrennt in „wir“ und „ihr“, wobei das „wir“ immer kleiner wird. Wir, das heißt radikale Frauen und Lesben in in Berlin, sind getrennt in proletarische und Mittelschichtsfrauen (Klassenunterschiede), Migrantinnen und Deutsche (Rassismus), aber auch in Lesben und Heteras und in Ost- und West- Frauen und in alt und jung, und und...

Was spaltet uns? Was unterscheidet uns? Was könnte eine gemeinsame Grundlage sein, um unsere Stärke wiederzuentdecken?

Denn: Es gibt viele Gründe sich zu trennen, aber noch viel mehr, wieder verstärkt nach Gemeinsamkeiten zu suchen.

Es gehen nicht alle unter einen Hut. Bei allen Versuchen, rigide Abgrenzungen zu überwinden, gelingt es bis jetzt nicht, Unvereinbares zu identifizieren und unsere Position zu klären; zurück bleiben diffuse, ungreifbare Widersprüche, im Nebel verborgen.

Tatsache ist, daß das Wissen, die Erfahrungen und die Fähigkeiten von Frauen und Lesben groß sind, aber es ist auch eine Tatsache, daß diese Schatztruhe brach liegt, da wir nicht mehr kommunizieren und somit die Chance, voneinander zu lernen, nicht mehr nutzen.

Nicht Friede, Freude, Eierkuchen, - sondern die Erarbeitung von politischen Positionen und Ermutigung zu streiten, Kritik zu äußern oder sie anzunehmen, Konflikte auszutragen und auszuhalten und differenziert gemeinsam weiter zu kämpfen, darum geht es uns.

Auf keinen Fall über den eigenen Tellerrand blicken?

Wir laufen immer wieder Gefahr, in unseren Beziehungen, WGs, AGs, in unseren persönlichen und politischen Auseinandersetzungen bürgerliche Strukturen zu reproduzieren. Auch unter uns spielen Konkurrenz, Machtgerangel, abgeschlossene Cliquenbildung, Profilierungsdrang ... eine Rolle. Der Kampf um eine befreite Gesellschaft ist untrennbar verbunden mit der Veränderung von uns, von unseren Strukturen und Beziehungen. Haben wir das vergessen ?

**Laßt die Parole
„Gemeinsam
sind wir stark“
in unserem Alltag
wieder lebendig
werden**

**Zusammen
Kämpfen**

**Viele von euch denken jetzt bestimmt:
„Was für eine Moralpredigt!“**

Aber wie sieht es denn aus in unseren Zusammenhängen, wenn viele sich nicht trauen, Fragen zu stellen und ihre Position einzubringen? Statt anziehend, Wärme ausstrahlend, für alle Interessierten offen zu sein, haben wir eine Atmosphäre geschaffen, in der Angst und Kälte, Tabus und Abgrenzung triumphieren, FrauenLesben-Gruppen sind kaputtgegangen, nicht nur weil wir nicht mehr wußten wie weiter, sondern auch, weil die Beziehungen untereinander unausstehlich wurden. Wir werden nicht darum herumkommen, uns mit diesen Mechanismen und Strukturen auseinanderzusetzen, wenn wir gemeinsam diskutieren und handeln wollen.

Wir wissen, daß es nicht reicht, sich „nur“ zum Austausch zusammenzusetzen. Die unzähligen Versuche innerhalb der FrauenLesben-Szene, die mit powervollen Diskussionen anfangen und sich in schleppende lustlose Auseinandersetzungen verwandelten, reichen uns. Auf eine Wiederholung haben wir keinen Bock.

Ohne Praxis keine Organisierung!

Wir wollen mit unseren Träumen ja nicht gleich so hoch greifen - was wir als ersten Schritt umsetzen möchten, ist eine spürbar größere FrauenLesben-Präsenz auf diversen Politikveranstaltungen, dh. Demos, Kundgebungen.... Statt vereinzelt oder als versprengte Frauenketten in gemischten Demos, wieder: vorbereitete FrauenLesben-Blocks z.B..

Wir bereiten eine FrauenLesben-Vollversammlung vor für Ende Oktober, um mit Euch allen zu diskutieren, ob es einen Bedarf gibt, wie es funktionieren könnte und ob sich eine solche Struktur selbständig tragen kann. Habt Ihr Ideen dazu oder ist das alles schon mal dagewesen und als Idee verbraucht?

Was würden wir gern alles diskutieren!

-Die Geschichte der Berliner FrauenLesben-Bewegung.

-Die Geschichte des bewaffneten Kampfes, indem wir Geschichte bearbeiten, Erfahrungen dieser Jahre vermitteln, diskutieren und begreifen, was sich verändert hat..

-Wie können wir als FrauenLesben das Zuckdrängen feministischer Positionen verhindern, dem antifeministischen Rollback in der Scene begegnen, ohne uns thematisch auf dieses Gebiet festnageln zu lassen und unsere Energien daran zu verpulvern? Eine revolutionäre feministische Perspektive entwickeln ...

Wir möchten zwei aufeinanderfolgende Treffen vorbereiten. In denen es um die Geschichte des Widerstandes geht, für ein drittes Treffen werden wir FrauenLesben-Gruppen ansprechen, ihre Arbeit vorzustellen (zu Flüchtlingen, Rassismus, Mexico, u.a.).

Mit dem Beginn solcher Diskussionen die sowohl Gruppen als auch Einzelnen die Möglichkeit geben, einzugreifen und sich zu verorten, erhoffen wir uns auch eine Vernetzung unter uns.

Wir können uns vorstellen, einen solchen Prozess anzukurbeln, aber auf keinen Fall wollen wir die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung auf einen längeren Zeitraum allein tragen.

**Etwas Bewegung
kann nicht schaden !**

3 Dokumentationen

Zur Geschichte der Bewegung 2. Juni

Referat von Wernfried Reimers

Als ich aufgefordert wurde, was zur Geschichte der „Bewegung, 2. Juni“ zu erzählen, erschien mir das nicht besonders schwierig - aber je mehr Papier ich dazu gelesen habe und je länger ich am Kugelschreiber gekaut habe, desto deutlicher ist mir geworden, daß es sowas wie eine Geschichtsschreibung der Bewegung nicht gibt; es gibt allenfalls verstreute Kommandoerklärungen einiger Gruppen über Aktionen - oder Artikel der bürgerlichen Presse. Außerdem ist die „Bewegung 2. Juni“ nicht eine historische Phase oder sowas, kein endgültig abgeschlossener Prozess, sondern eine immer noch lebendige Bewegung, deren Spuren sich in allen Basisbewegungen finden: in der Frauenbewegung, genau wie in der Anti-AKW-Bewegung, Basisbewegungen, die unabhängig voneinander und unabhängig auch von ihren „Vorläufern“, zu denselben Inhalten und Kampf- formen gekommen sind wie der „2. Juni“.



Keine Geschichtsschreibung also, das heißt: es gibt keine wechselnde Vorsitzenden, an deren Wahl oder Sturz sich Jahreszahlen festmachen lassen, es gibt keine verbindlichen Vorstandsbeschlüsse über die politische Linie, keine Säuberungswellen, keinen Kassenwart und niemand, der speziell für die Kalaschnikow-Ausgabe zuständig wäre, stattdessen läßt sich eine politische Linie über alle die Jahre hinweg verfolgen, wenn wir uns die Aktionen der Bewegung ansehen: es sind immer fast Aktionen, die von der eigenen direkten Betroffenheit ausgehen und sich als Widerstandsaktionen sozusagen „von selbst“ vermitteln, weil sie nur das ausdrücken, was viele gerne machen würden, aber noch nicht tun.

Die Genossen sagen heute dazu, das „der Unterschied zwischen Terrorismus, der undifferenziert jeden treffen kann, und revolutionärem Kampf der ist, daß eine revolutionäre Aktion sowohl in Stoßrichtung als in der Art der Durchführung eindeutig ist, - gezielt gegen den Klassenfeind und seine Handlanger - und den Bullen keine billigen Argumente liefert“. Das ist kennzeichnend von Anfang an, das sich die Aktion nie gegen das Volk richten, daß sie aber auch nicht so einen „belehrenden Charakter“ haben nach dem Motto: die Avantgarde zeigt der bewußtseinsverkrüppelten Masse mal, wo's politisch/militärisch längs geht - sondern daß hier Teile des Volkes angefangen haben, sich für ihre Sachen entschieden einzusetzen, die sie für richtig und erfolgversprechend halten. Welche Mittel das sind, wird jeder selbst zu entscheiden haben. Das können die Schläge für die Kölner Verfassungschützer sein, die sie '77 bezogen, als ihnen ein Kommando vor ihrer Stammkneipe auflauerte - das kann aber auch eine Broschüre über die Praktiken von Staats- und Verfassungsschutz am Beispiel - sagen wir mal - in Hamburg sein ... , das kann im Einziehen von Revolutionssteuern bestehen, wie '69 bei zwei Restaurants der Drei-Sterne-Kategorie einer westdeutschen Großstadt - das kann auch die freundliche Bitte einer Landesregierung an ihre Regierten sein, wie jüngst in Bremen oder Niedersachsen, doch zukünftig ein wenig Atommüll zu Hause zu lagern, weil kleine Mengen bekanntlich weniger gefährlich sind. Kurz: es gibt keine Vorschriften, keine Befehle, wie es in einem Papier einer anderen westdeutschen Guerillagruppe heißt - ihr Name

ist mir leider entfallen. Diese Gruppe legt Wert darauf, daß Aktionen unterhalb eines bestimmten militärischen Niveaus nicht mehr unter ihrem Markenzeichen zustande kommen dürften. Der „Bewegung 2. Juni“ dagegen gehören alle an, die sich ihr zugehörig fühlen. Das sind nicht wenige. Es sind nicht wenige, weil die „Bewegung 2. Juni“ nicht so entstanden ist, das sich einige Denker zusammengehockt haben, und die Gründung der bundesrepublikanischen Guerilla beschlossen haben, sondern die Entwicklung zu militanten Widerstandskernen entstand überall in der BRD innerhalb der Jugendbewegung nach '66 - und aufgrund ihrer Zusammensetzung und ihres in erster Linie antiautoritären Inhalts konnte sich in diesem Gemisch aus Arbeitern, abgebrochenen Schülern und Studenten, Lehrlingen usw. auch nie sowas wie eine Führung entwickeln, kein Politbüro.

Für Berlin gibt ein Teil der „Bewegung 2. Juni“ die Entstehung so wieder (Zitat aus:“ Zu der angeblichen Auflösung der Bewegung 2. Juni“ - Text komplett in diesem Reader!). So weit Berlin. In Hamburg entwickelte sich - wie in vielen anderen Städten auch - zur gleichen Zeit ähnliches. Ich war dabei und vielleicht schaffe ich das ja, die Verbindung klar zu machen, die zwischen dem Sturm auf das PAN AM-Büro 1980 und dem Sturm auf das PAN AM-Büro 1968 bestehen, denn schon '68 wurden im Verlauf einer antiimperialistischen Demo neben portugiesischen und griechischen, auch amerikanische Einrichtungen zerstört.

Als die Studenten 1966 immer öfter auf die Straße gingen und als immer mehr langhaarige Freaks in der Innenstadt auftauchten wurde was ganz Neues eingeführt: man redete plötzlich zusammen. Das ganze Klima, die Atmosphäre änderte sich, politisierte sich. Überall in der City standen Gruppen von Leuten rum und diskutierten.



Vorher war es so, daß keiner mit dem Anderen zu tun hatte. Ob das nun ne speziell Hamburger Erscheinung ist, weiß ist nicht. Jedenfalls wurde erst nur geredet bzw. sich gegenseitig beschimpft, und dann wurden die Gespräche bestimmt von den politischen Aktionen und Diskussionen der Studenten.

Wer aus seinem Alltagsmuff raus wollte, traf sich automatisch, immer wieder an bekannten Orten: Am Alsterhaus, am Mönckebrunnen oder -vom Senat schnell errichtet, um die Politik wieder aus der Stadt ins Ghetto zu holen- auf der "Mackerweide", dem Platz vor dem Bahnhof Dammtor, wo perverserweise auf Schildern stand, daß hier jeder sagen kann, was er will.

Dort, im RC, auf dem Campus, bzw. im Keller des SDS traf man, mit denen man dann bei den Demonstrationen gemeinsam einen in die Fresse kriegte, bzw. mit denen man gemeinsam zurückschlug oder -warf. Diese Gemeinsamkeit in der Aktion führte irgendwie zwangsläufig dazu, daß sich so langsam sowas wie Kollektive bildeten, die dann auch nicht mehr nur zu irgendwelchen Teach-in's oder Demos kamen, sondern auch sonst zusammen hingen, im Alltag, und der Alltag war eben oft anders als der der Studenten, die der Anziehungs- oder Orientierungspunkt waren. Das was bei Zigarettenreklame „Geschmack von Freiheit und Abenteuer“ heißt, haben wir bei vielem, was „die von der Uni“ gesagt und getan haben, wiedergefunden; sie haben uns einen genaueren Begriff von dem gegeben, wie es mal für uns alle sein könnte.....

Und diese völlige Veränderung des alten Daseins, das Zerschlagen der bisher hingenommenen Autoritäten des Alltags, das man also ERLEBT, wie man selbst Teil einer Bewegung von vielen ist, die ein greifbar nahes und besseres Ziel zu haben scheint, daß man einen Vorschuß auf das Ziel nimmt und auch jetzt schon mal lebt - diese völlige Veränderung hat ganz sicher bei allen, die diese Phase mitgemacht haben - und sie nicht nur betrachtet haben - ihre

Spuren hinterlassen.

Viele von uns sind deshalb noch nicht ausgeflüpt ins Bürgerdasein oder sonstwohin, weil wir wissen, WOFÜR wir hier eigentlich kämpfen.

Wir haben das Licht am Ende des Tunnels gesehen und haben deshalb eine Ahnung von dem, wie es sein könnte - wenn die Schweine nicht wären.

Daß es sie gibt, die Schweine, und das man nicht gegen sie ankommt, wenn man sich nicht organisiert, daß man nicht gegen sie ankommt, wenn man sich an ihre Spielregeln hält, war 1967 die Schlußfolgerung aus den Erfahrungen vieler Genossinnen und Genossen bei ihren Auseinandersetzungen mit dem Apparat des Staates. Die Konsequenz war die Bildung von kämpfenden Kollektiven, die sich nicht nur bei Aktionen trafen, sondern zusammen lebten und kleine oder große, bewaffnete oder unbewaffnete Aktionen planten und durchführten.

Ein Beispiel für die Kontinuität dieser Kampfform und ihres Inhalts ist die von vielen vergessene Aktion einer Hamburger Gruppe gegen eine portugiesische Fregatte. Dieses in den Jahren 68/69 bei der Werft Blohm und Voss gebaute Kriegsschiff war für den Einsatz gegen die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien bestimmt. Ein aus Westdeutschen und



Kämpfern der Befreiungsbewegung zusammengesetztes Kommando brachte eine Sprengladung am fast fertig ausgerüsteten Schiff an und - nachdem durch eine Vorwarnung für den Schutz der Werftarbeiter gesorgt war - jagten es in die Luft: die Bordelektronik wurde völlig zerstört, die Geschütze im Eimer - der Schaden belief sich auf einige Millionen, die Auslieferung des Schiffes war um etliche Monate verzögert worden.

Was ich damit sagen will, ist folgendes: die „Schwarze Ratten Internationale“ in Hamburg, die „Tupamaros“ in München oder die „Rast- und Ruhelosen Wermutsrebell“, eine Splittergruppe der „Umherschweifenden Haschrebell“ aus Berlin, sind die Vorläufer der „Grundeinheiten“ der Bewegung 2.Juni. Ihre Politik findet sich nicht zuletzt in Bremen wieder, im Angriff auf eine provokatorische Rekrutenvereidigung - und ihre Politik wird sich zwangsläufig in j e d e r Basisbewegung wiederfinden, die an einen bestimmten Punkt ihrer Entwicklung kommt: die Basis bestimmt - unabhängig von einer Führung - den Grad der Militanz ihrer Aktionen und ihrer Stoßrichtung.

Der Staat und seine Medien haben zwar immer wieder versucht, die „Anführer“ der Bewegung 2.Juni zu präsentieren, haben versucht, vergessen zu machen, aus welchem Zusammenhang diese Bewegung kommt, nämlich aus einem Zusammenhang ohne Anführer und Gefolgschaft, aus einem Zusammenhang der völligen Gleichwertigkeit aller Genossinnen und Genossen - und fast wäre es ihnen ja zumindest teilweise gelungen, aber dann ist ihnen das Alibi von Fritz Teufel, dem einzigen Intellektuellen der in Berlin Angeklagten, dazwischengekommen.

Das Eingeständnis, daß der von den Medien immer als Chefdenker aufgebaute Kopf der Bewegung 2.Juni gar nicht mitgedacht hat, sich an den Aktionen, die er angeblich genial geplant hat, gar nicht beteiligt hat, hat die Verbindung zum Ursprung der Bewegung mit einem Schlag wiederhergestellt: die Namenlosen bestimmen die Politik des 2. Juni.

Wernfried Reimers
(Oktober 1980)

Programm der Bewegung 2. Juni

Das Programm wurde von der Bundesanwaltschaft im Lorenz-Drenkmann-Prozeß verlesen. Der Vorsitzende Richter Geus wollte von den Angeklagten wissen, „wer das denn verfaßt hätte“. „Wir auch!“ kam die prompte Antwort von den Angeklagten. Bis heute kennt niemand die AutorInnen des Programms. Geschrieben ist es höchstwahrscheinlich 1972 und gibt den Diskussionsstand von damals als ganz gut wieder.



1. Die Bewegung versteht sich als Anfang einer Organisation verschiedener autonomer Gruppen der Stadtguerilla.
2. Die Bewegung ist bemüht, dauernd revolutionäre Praxis zu treiben. Nur so kann sie den Anspruch erheben, revolutionär zu sein. Sie versteht sich als antiautoritär, allerdings dürfen niemals der strategische Plan, theoretische und praktische Prinzipien und eine der Guerilla spezifische Disziplin fehlen.
3. Die Bewegung zählt sich nur insoweit zur Avantgarde, als sie „zu den ersten zählt, die die Waffe ergreifen“. Sie wird nicht dadurch zur Avantgarde, daß sie sich einfach so nennt. Das Gewehr allein und der Vollzug „revolutionärer Aktionen“ genügen nicht, den Anspruch zu rechtfertigen. Die Bewegung muß zur Aktion übergehen, eine überzeugende revolutionäre Praxis treiben, sich den Massen durch K o n t i n u i t ä t und vermittelte Aktionen verständlich machen. Sie muß zeigen, daß allein die Aktion die Avantgarde schafft und daß jegliche Avantgarde überflüssig geworden ist, wenn die Aktionen vom Volk aufgegriffen und vermasselt sind.
4. Im Zeitalter des entwickelten Imperialismus bedurfte es keiner neuen Analysen, daß die Hauptaufgabe nicht der Aufbau einer Partei ist, sondern die Auslösung der revolutionären Aktion, die Schaffung einer Organisation der bewaffneten, revolutionären Gegengewalt des Volkes gegen die organisierte Gewalt des Staatsapparates.
5. Die ersten Aufgaben der Bewegung bestehen darin, sich systematisch den von ihr geleiteten Aktionen zu widmen, wenn diese anfänglich auch noch begrenzt sind.
6. Entscheidend für die Arbeit der Organisation ist die Fähigkeit der Gruppen und Initiativen. Kein Kommando und keine Koordinationsstelle, kein Zentralkomitee und keine Vollversammlung besitzt das Recht, die Autorität, die Initiative einer Gruppe zu verhindern, die darauf gerichtet ist, eine revolutionäre Aktion auszulösen. Wir gehen jedoch davon aus, daß jede Gruppe durch das Schaffen eines reichen theoretischen Fundamentes in der Lage ist, nur solche Aktionen auszulösen, die geeignet sind, dem Volk zu dienen.

7. Die militärische Linie der Bewegung 2. Juni ist nicht von der politischen Linie getrennt und ist ihr nicht untergeordnet. Wir betrachten beide Linien als untrennbar verbunden. Sie sind zwei Seiten derselben revolutionären Sache. Die Linie der Bewegung des 2. Juni ist einheitlich politisch-militärisch. Sie ist revolutionär. Die legal arbeitenden Genossen arbeiten an der Basis, in den Stadtteilen, Betrieben, Basisgruppen, in den Schulen und Universitäten und sind bemüht, an der Vereinheitlichung der städtischen Massenfront mitzuwirken.

8. Die Genossen der Bewegung betrachten ihre Arbeit in der Massenfront, in der Logistik und in den bewaffneten, taktischen Einheiten als Vollzeitarbeit. Im Zuge der zunehmenden Faschisierung der westlichen Industrienationen, im Zeichen der Prometheus- und Notstandspläne, im Zeichen der Handgranaten- und verschärften Ausländergesetze angesichts der Militarisierung der Klassenkämpfe seitens des Kapitals und der verstärkten imperialistischen Bemühungen des Metropolenkapitals besteht die Arbeit der Bewegung 2. Juni darin, durch Aufzeigen revolutionärer Interventionsmethoden zur Lösung des Grundwiderspruchs in kapitalistischen Ländern beizutragen. Dazu gehört die direkte Unterstützung von Massenkämpfen, gehört die Propagierung von Kampfmethoden nationaler und internationaler Lohnabhängigenmassen, gehört die Aufklärung über Möglichkeiten neuer Kampfmethoden. Deshalb hängt der Erfolg der revolutionären Praxis der Bewegung von der dauernden, direkten und persönlichen Teilnahme der Mitglieder der Kommandos ab.

9. Die Bewegung des 2. Juni ist nicht der bewaffnete Arm einer Partei oder einer Organisation. Die bewaffneten, taktischen Einheiten der Bewegung sind die selbständigen politisch-militärischen Kommandos der Organisation. Zur ständigen Arbeit der legal arbeitenden Genossen der Bewegung, die noch nicht in den Untergrund gezwungen worden sind, gehört es jedoch innerhalb der Organisationen in denen sie wirken, die Schaffung revolutionärer Milizen zu propagieren und zu initiieren. Wir unterscheiden nicht zwischen „legal“ und „illegal“. Erfolg bringen nur Aktionen, die die Herrschenden „illegal“ nennen. Eine erfolgreiche legale Aktion der Basis wird illegalisiert. Wer das nicht in Kauf nimmt, kann nicht revolutionär genannt werden.

10. Die Bewegung 2. Juni ist keineswegs dem „romantischen Mythos“ der „Untergrundarbeit“ verfallen. Die Kader der Bewegung schätzen ihre Arbeit und ihr Risiko realistisch ein. Sie sind sich klar darüber, zusammen mit anderen Guerilla-Organisationen, wie z.B. der RAF, als Vorhut zur Schaffung einer Armee des Volkes zu hochgradigen Staatsfeinden erklärt zu werden. Daß der revolutionäre Tod im Zuge der verschärften Klassenauseinandersetzungen zunehmen wird, ist uns klar. Der Terror, der sich jetzt gegen die Kader und Propagandisten der Stadtguerilla wendet, ist nur Vorbereitung auf bevorstehende Klassenkämpfe. Der Krieg gegen Staat und Kapital wird ein langwieriger Krieg werden. Und gerade das Studium der deutschen Arbeiterbewegung zeigt uns überdeutlich, daß wir das Kriegführen lernen müssen. Das Kriegführen aber lernen wir nur in der Praxis. Praxis heißt für uns: Schaffung militanter legaler Gruppen, Schaffung von Milizen, Schaffung von Stadtguerilla - bis zur Armee des Volkes.

11. Der Kampf gegen Kapital und Staat ist kein Kampf gegen Charaktermasken. Es ist der Kampf gegen die 1,3% der Bevölkerung, die über 74 % des Produktionsvermögens verfügen, samt ihren Handlangern in Uniform und zivil. Unser Ziel ist nicht die Schaffung einer „Diktatur des Proletariats“ sondern das Zerschlagen der Herrschaft der Schweine über die Menschen, ist das Zerschlagen der Herrschaft des Kapitals, der Parteien, des Staates. Das Ziel ist die Errichtung einer Rätedemokratie. Das Regime der Schweine wird nicht durch Formeln beseitigt, sondern durch den revolutionären Kampf. Dieser Kampf kann nicht national geführt und gewonnen werden, er ist international. Die Bewegung arbeitet mit allen sozialistischen Guerilla-Gruppen der Welt zusammen, ja, dieses Programm lehnt sich an das unserer brasilianischen Freunde der MLB an. Die Bewegung 2. Juni ist Teil einer weltweiten sozialistischen Offensive, sie kämpft Schulter an Schulter mit der IRA, den Weathermen, der Gauche Proletarienne, den Roten Brigaden und allen anderen Guerilla-Organisationen.

Die revolutionäre Guerilla aufbauen!

Der organisierten Gewalt des Staatsapparates die organisierte revolutionäre Gewalt entgegensetzen!
Sieg im Volkskrieg!

Alle Macht dem Volk!



Mit dem Rücken zur Wand ?

Eine Analyse von Werner Sauber (Januar 1975)

Werner Sauber arbeitete in den 70er Jahren, unter anderem mit Karl Heinz Roth, am Aufbau von militanten Fabrikgruppen im Ruhrgebiet. Dieses Papier fand in der militanten Linken und auch in der „Bewegung 2.Juni“ breite Beachtung. Werner Sauber wurde 1975 von den Bullen erschossen.

Die Krise

Die Arbeiter haben sich nach den Kämpfen der letzten Jahre zurückgezogen. Der Angriff der Unternehmer, der zunächst vor allem den ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern und den jungen deutschen Hilfsarbeitern galt, trifft jetzt die ganze Arbeiterklasse.

Jede verallgemeinernde Beschreibung der Krise wirkt neutralisierend und ist zu weit weg von der brutalen Wirklichkeit. Wir alle ahnen nur, was auf uns zukommt. Weil mit dem Arbeitsplatz zunächst die Sicherheit und dann das Selbstbewußtsein verlorengeht, kann Entlassung nur als Versagen gegenüber Frau, Kindern und Gesellschaft begriffen werden. Das Gefühl der Ohnmacht schafft Verzweiflung.

Der Sommer '73 war der kurze Sommer des Aufatmens, des Muts, der Hoffnung auf neue Menschlichkeit in den Betrieben. Für die Unternehmer war es ein Sommer der Kopflösigkeit, der Unsicherheit und der Angst. Gerade deshalb kam ihre Antwort auf die Forderungen - langsamere Bänder, kürzere Arbeitszeit, keine Lohngruppen, mehr Pausen und mehr Urlaub - schnell und militärisch. Sie reagierten erst mit Knüppelaktionen, dann mit gezielten Entlassungen, und zuletzt nahmen die Massenentlassungen den Charakter eines schweren Rundschlages gegen die Unruhe und Wut über verschärftes Arbeitstempo, Gesundheitsverschleiß und sinnlose Arbeitsinhalte an. Im Mai '74, mit Amtsantritt von Helmut Schmidt, werden die Unternehmergehäuse zur gehobenen Norm.

Die deutschen Facharbeiter spüren den Druck nicht in der gleichen Härte wie die Türkinnen, Griechinnen, Jugoslawinnen, Spanierinnen und ihre Männer. Der Druck ist vielfältig: Massenentlassungen, Razzien, Abschiebeaktionen, Kindergeldkürzungen bei den ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern. Lehrstellenstop, Druck in den Berufsschulen, Räumung vieler Jugendzentren bei den Lehrlingen. Der Druck setzt sich bei denen fort, die oft schwankend zwischen den Ausgebeuteten und der Staatsseite stehen: Vertragskürzungen und

Beschneidung der Aktionsmöglichkeiten bei den Sozialarbeitern, Versetzungen, Kündigungen, Berufsverbote bei den Lehrern und anderen Berufen des öffentlichen Dienstes. Auch bei den linken Gruppen, die versuchen, in den proletarischen Minderheiten aufzugehen, ist die Schonzeit vorbei. Die Aktion „Winterreise“¹ war der bisher größte Polizeiangriff in der bundesrepublikanischen Geschichte. Der Sturm auf die 100 Wohnungen und Wohngemeinschaften war alles andere als sinnlose Bullendemonstration. Es war eine Aktion, die Angst und Schrecken genau da verbreiten sollte, wo sich soziale Widerstandsbewegungen in Betrieben, Ausländerghettos, Jugendzentren und Knästen zu verbinden drohen.

Seit Mai 1974, seit Helmut Schmidt, wird die Krise einerseits als Instrument der Kontrollerneuerung über die arbeitenden Massen benutzt; sie wird andererseits gezielt gegen die rebellierenden Minderheiten eingesetzt, an denen Vernichtungs- und Abschiebehaft praktiziert wird.

Zur Lage in den Betrieben

Danach gefragt, fassen sich heute die meisten kurz: „Entlassungen wohin du siehst; dagegen kannst du nichts machen, nicht auffallen, sehen, wie du über die Runden kommst, mehr ist nicht drin.“ Allerdings ist die Entlassungswelle erdrückend. Insgesamt sind jetzt über eine Million arbeitslos. Am stärksten betroffen sind: Frauen, Ausländer und junge deutsche Hilfsarbeiter.

Die erste große Entlassungswelle setzte vor ein- einhalb Jahren in den Streikzentren der Auto- und Autozulieferindustrie ein. Ihr folgten mehrere Phasen der Kurzarbeit. Eine neue große Entlassungswelle läuft gegenwärtig ab. Ihr Vorspiel, „freiwillige Entlassungen“ mit Abfindungen, hat schon stattgefunden. Abfindung heißt hier: es wird nach dem vorangegangenen Monatslohn kalkuliert, wie lange das zusätzlich gezahlte Geld zum Leben reichen muß, erst dann gibt es



Arbeitslosengeld. Wie viele Millionen DM sind die Unternehmer eigentlich bereit zu zahlen, um Fabrikbesetzungen zu verhindern und die erstickten Klassenkämpfe unter Kontrolle zu halten.

Gerade die langfristige Entlassungsstrategie ist stärkstes Mittel der Disziplinierung. Wer aufmuckt, fliegt zuerst. Dann folgen die, mit denen in der neuen Arbeitsorganisation nichts angefangen werden kann. Denn gegen sie zielt letztenendes der Hauptangriff der Unternehmer. Aufgrund der letzten Streikerfahrungen wird das bisherige Fließbandssystem als wirkungsvollstes Ausbeu-

tungsinstrument infragegestellt. Es wird offen anerkannt: die bisherigen Spaltungsmechanismen können die Arbeiter in diesen Sektoren nicht mehr in Schach halten. Die Unternehmer begegnen ihnen in zwei Richtungen.

Die 1. Richtung versucht, durch eine scheinbar überschaubar gemachte Arbeitsorganisation im Bewußtsein des Arbeiters eine neue Identität mit dem Arbeitsprodukt und damit mit dem Ausgebeuteten herzustellen. Die Fließbandarbeiter werden immer häufiger in „homogene Gruppen“ organisiert. Dadurch soll die Kontrolle über die Arbeitsleistung an die Arbeiter selbst delegiert werden (neue Gruppenprämien). In einigen Autokonzernen werden die Arbeiter zusätzlich hinsichtlich ihrer Gruppeneignung überprüft und in besonderen Anlernverfahren zu neuen künstlichen Facharbeitern aufgemöbelt.

Beispielhaft für die 2. technologische Richtung des Kapitals ist die Einführung des neuen Doppelgurtfließbands von Bosch, wo klassische Fließbandstrecken mit zwischengeschalteten teilautomatisierten Einzelarbeitsplätzen oder gar Arbeitsautomaten kombiniert sind. Dadurch soll zweierlei erreicht werden: einerseits die Isolierung der Arbeiter am Band voneinander, andererseits sollen die Arbeiter ständig ihre mögliche Ersetzbarkeit durch computergesteuerte Produktionsabschnitte vor Augen haben. Nicht zuletzt wird dadurch an allen Arbeitsstellen durch die nochmalige Zerlegung aller Handgriffe in Kleinstzeiten die Ausbeutung intensiver. Die Arbeiter müssen sich dieser Konkurrenzsituation unterwerfen. Es ist klar, daß die erste Richtung, die scheinbare Arbeitshumanisierung, die Aufgabe hat, das Alibi für die zweite - die totale Versklavung in der Arbeitsgemeinschaft von Industrierobotern - zu liefern. Der Zwang zur Mehrwertproduktion führt nicht zur Aufhebung, sondern zur Neustrukturierung der Massenarbeit. Es kann sein, daß eine Menge stumpfsinniger Teilarbeiten der Fließbandepoche verschwindet - aber nur deshalb, damit der Automatenkontrolleur und der Arbeiter, der mehrere teilautomatisierte Maschinen gleichzeitig bedienen muß, noch mehr als je zuvor an die Produktionsanlage gekettet wird.

So scheint es, als würde gegenwärtig eine Endstufe kapitalistischer Herrschaft erreicht. Das große Aufräumen hat bis in die Konstruktions- und Entwicklungsabteilungen hinein begonnen. Auch die hier zusammengeballten Arbeiten werden mittels des Computers in monotone Routinearbeiten zerlegt. Es kann nur eine Frage der Zeit sein, bis

die davon betroffenen Kollegen Kopfarbeiter ihre Lage klar erkennen und dagegen zu rebellieren beginnen.

Aber davon ist gegenwärtig weder hier noch in den unmittelbaren Produktionsbereichen etwas zu spüren. Das liegt nicht zuletzt daran, daß die Unternehmer seit dem Schock des Sommers 1973 nicht mehr kurzfristig und kopflos vorgehen, sondern ihre Investitionen innerhalb einer auskalkulierten gesamtwirtschaftlichen Taktik verändern. Nicht alles Fließbandkapital wird abgeschafft. Dafür ist die Mehrwertmasse, die aus der Ausbeutung am Fließband hervorgeht, zu bedeutend. Wenn die Fließbänder in der Metropole BRD nicht mehr reibungslos laufen, stellen die Unternehmer sie entweder um - oder aber sie entschließen sich, sie an die europäische Peripherie und mehr noch in die stabilsten außereuropäischen Wirtschaftsgebiete zu exportieren. Seit neuestem werden beispielsweise die Fordarbeiter durch Gerüchte verunsichert, Ford Europa plane, wichtige Produktionsabschnitte nach Spanien zu verlegen. Das ist kein Einzelfall. Die meisten Konzerne operieren so, sobald der Arbeiterwiderstand in der BRD für sie zu teuer wird.

Zur Lage in den Ballungsräumen

Die Verschärfung der Betriebssituation hat unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeiterviertel. Je nachdem, welche Konzerne die regionale Umgebung kontrollieren, fallen die gesellschaftlichen Folgen aus. Je mehr ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen werden, desto härter gehen die regionalen Behörden gegen sie vor, und das vor allem in den Gebieten ihrer stärksten Konzentration. Vor allem auf dem Weg zur Arbeit, auf der Straße oder in der Bahn werden illegale Ausländer kontrolliert, gejagt und abgeschoben. Zuzugssperren sollen die Ausländerghettos wieder für die Staatsgewalt durchschaubar machen. Die Familienzusammenführung, eine entscheidende Überlebensfrage der Emigranten, um nicht nur als Industrieklaven in Wohnbaracken zu vegetieren, wird durch Kindergeldkürzungen und Aufenthaltsbeschränkungen erschwert.

Aber nicht nur die Emigranten sind bedroht. Auch den jungen deutschen Arbeitern geben die Unternehmer zu verstehen, daß sie sie angesichts der gegenwärtigen Produktionsveränderung zum Ausschluß zählen. Je nach Industriegebiet machen die jungen Arbeitslosen ohne Schulabschluß bis zu 15% aller Stillgelegten aus. Gesamtwirtschaftliche Maßnahmen zur Fortbildung (Ausbau des Schul- und Berufssystems, Berufsförderung) werden von

den Kapitalisten glatt abgelehnt. Um so lauter rufen sie nach einem noch perfekteren Polizeiparapparat, um jeden sozialen Widerstand der jungen Arbeitslosen von vornherein zu ersticken. Die Ansätze dazu, etwa Jugendzentren, werden regelmäßig angegriffen. Die Jugend- und Rockerdezernate werden ausgebaut.

Schließlich wird bei Leuten, denen es ohnehin schon am schlechtesten geht, den proletarischen Frauen, die Schraube weiter zuge dreht. In den Betrieben werden die Leichtlohngruppen wieder eingeführt - soweit sie nicht trotz der Kämpfe der letzten Jahre unangefochten geblieben waren. Fortschrittliche Abtreibungsparagrafen werden von der Justizmafia gestrichen. Die Rebellion der Frauen wird plattgetreten. Nichts soll weiterexistieren, was den Befreiungskampf der Arbeiterinnen ermutigt. Gegen die überausgebeuteten Schichten der Arbeiterklasse ist der Belagerungszustand verhängt, während sich die Lage der gesamten Arbeiterklasse zunehmend verschlechtert.



Die Regierung Schmidt: Knüppel aus dem Sack für eine neue imperialistische Großmachtspolitik

Auf dem Hintergrund einer Spionageaffäre gelang es dem westdeutschen Kapital im Mai 1974, einen Kurswechsel in der Regierungsspitze durchzusetzen. Schmidt-Genscher ist die derzeit rechteste Regierung der BRD, die möglich ist. Angesichts der laufenden Umwälzungen in der Produktion benötigen die Manager der großen Wachstumsindustrien ein Regime, das es schafft, wirtschaftspolitische Veränderungen großen Stils mit schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber allen

Widerstandsansätzen aus den Reihen der Ausgebeuteten zu verbinden. Dazu wäre eine CDU/CSU-Regierung niemals fähig.

Diese Austauschregierung war zumindest im ersten Jahr in der Lage, größere Zusammenstöße mit den Arbeitern zu umgehen. Und das kann nur Sozialdemokraten gelingen in einer Zeit des faktischen Lohnabbaus und des schnellsten Anstiegs der Arbeitslosenquote gegenüber dem Ausland. Schmidt-Genscher verstehen das alles so zu verkaufen: „andernfalls könnte alles noch viel schlimmer kommen.“

Mit der Schmidt-Genscher-Regierung wurden alle Ansätze zur verstärkten staatlichen Investitionskontrolle abgebaut. Die massive Drosselung der Sozialpolitik erweiterte schnell den kapitalistischen Bewegungsspielraum. Verschwunden ist die Propaganda von der Verbesserung des Gesundheitswesens, des Bildungssektors, von mehr Umweltschutz, von besserem Leben. Jetzt, da die Inflation den Exportboom von Waren und Kapital immer mehr gefährdete, kam der Kurswechsel gerade richtig. Er wurde mit dem Reizwort „Stabilitätspolitik“ verkauft, und seine Folgen sind 1,5 Millionen Arbeitslose.



Inzwischen ist die Schmidt-Genscher-Regierung zur unverblümt offenen Unterstützung der Kapitalisten aus den den Arbeitern abgepreßten Steuermilliarden übergegangen. Im neuen Wirtschaftsprogramm vom 12.12.74 erklärte die Bundesregierung, daß sie 7,5 % aller Kosten für Neuinvestitionen übernimmt, daß sie für jede Neueinstellung von Arbeitern an die veränderten Arbeitsplätze bis Mitte 1975 60% aller Lohnkosten bezahlen wird ! Dank Schmidt und Genscher wird die gesamte Arbeiterklasse zur Kasse gebeten. Erst gibt es Massenentlassungen, dann folgen befristete Einstellungen an revoltesichere Arbeitsplätze, und, wenn die Rechnung aufgeht, eine neue Einstellungswelle, die dankbar aufgenommen werden soll.

Aber das ist noch nicht alles. Während die Brandt-Regierung mit den außereuropäischen Befreiungsbewegungen noch taktierte und in Westeuropa auf leisen Schuhen trat, folgt die Schmidt-Regierung dem harten Kurs des Wachstumskapitals: in Europa sind die westdeutschen Unternehmer die erste Macht, sie werden mit ihren Arbeiter noch am ehesten fertig. EWG-Entwicklungen werden vom BRD-Kapital abhängig gemacht. So wird ein Zwei-Milliarden-Kredit an Italien gekoppelt mit der Forderung nach dem weiteren Ausschluß der KPI aus der Regierung und zugleich als Schweigegegeld benutzt, daß die Vertuschung der Beteiligung des BND an den Bombenattentaten in Mailand garantiert werden soll.

Wo aber Exportkapital und Kreditpolitik nicht ausreichen, da hilft mit Sicherheit die militärische Gewalt. Die Brandt-Regierung zögerte noch vor einem direkten Transportengagement der Bundeswehr auf USA-Seite im letzten Nahostkrieg. Im nächsten Nahostkrieg werden im Fall einer US-Intervention gegen die Ölquellen die Bundeswehrstützpunkte zum Hauptumschlagplatz des Nachschubs werden. Seit Schmidt ist die Achse Washington-Bonn endgültig Wirklichkeit. Für die USA ist Bonn zum Hauptverbündeten bei der Auseinandersetzung mit den Rohstoffländern geworden, die BRD ist jetzt in allen wichtigen Punkten imperialistische Großmacht. Mit Helmut Schmidt ist klar, daß auch die westdeutschen herrschenden Machtgruppen lieber einen dritten Weltkrieg als einen Durchbruch der internationalen Arbeiterklasse riskieren werden.

Welches sind die gegenwärtigen Widerstandsbedingungen - wo können wir ansetzen ?

Wo gibt es noch oder schon wieder Möglichkeiten von Gegenmacht? Während die Arbeiter zur Defensive gezwungen werden, scheint die Linke tausendfach zerstückelt. Gemeinsame Einschätzungen des Klassenfeindes finden nicht mehr statt. Angesichts der kleinlichen fraktionellen Auseinandersetzungen, der ängstlichen Einschätzung bewaffneter Aktionen und entmutigender Erfahrungen haben sich viele zurückgezogen. Die Lage ist deprimierend wie fast immer, wenn der Klassenfeind die Initiative an sich gerissen hat.

Besser ergeht es scheinbar den Reformisten. Sie verschieben seit eh und je das Problem der Arbeitermacht auf den Tag X, um von dieser sicheren Warte aus über die äußerst komplizierten Vorbedingungen der antikapitalistischen Bewußtseinsentwicklung zu sinnieren. Dieses Prinzip hat sie seit über einem Jahrhundert dem kapitalistischen Fortschritt gegenüber immer aufgeschlossener gemacht. Wie die Sommerstreiks 1973 gezeigt haben, hat dieser Fortschrittsglaube gelitten. Die IG Metall erklärte den Ford-Streik zu ihrer ernstesten Krise - und in den Herbstmonaten '73 versuchte sie alles, um hinter die Versäumnisse zu kommen, die einen derart harten Arbeiterwiderstand hervorgerufen hatten. Ein solcher Skandal durfte sich nicht wiederholen. Die reformistische Presse argwöhnte bis hin zur DKP: „bei den Arbeitern sinkt die Moral, sie haben keine Lust zu arbeiten, sie machen montags immer blau, sie interessieren sich einen Dreck für Vertrauensleute, Betriebsrat, Gewerkschaft, sie wollen nur noch fressen, saufen, ficken.“ Und das ist Sabotage an Produktion und Fortschritt. Die Angst, die der Ford-Streik den Gewerkschaften und Reformisten verursachte, beantworteten sie mit betriebsnaher Tarifpolitik, Schritten zur „Vermenschlichung“ des Arbeitslebens und zur „Minderung der unmittelbar gegebenen Belastungen und Dequalifizierungstendenzen“. Keine gewaltsamen Aktionen sollen die Ausbeutung zerschlagen, ein „politisiertes“ Arbeiterwohlverhalten wird die „antikapitalistischen Strukturreformen“ in Gang bringen. Die Kapitalisten dagegen setzten auf Zeitgewinn, und dafür kam ihnen ein befristetes Bündnis mit den Reformisten gerade gelegen. Noch im Herbst 1973 machten sie der IG Metall in Baden-Württemberg folgende Zugeständnisse: Festschreibung maximaler Taktzeiten, 30 Minuten bezahlte Pausen in Schichtbetrieben, abgesicherter Akkordlohn auf 125 % im Betriebsdurchschnitt, Weiterzahlung des

Nettolohns bis 72 Wochen nach Arbeitsunfällen und Garantielöhne für ältere Arbeiter. Das waren reale Zugeständnisse, die Reformisten jubelten. Wenige Monate später konnte sich kein baden-württembergischer Metallindustrieller mehr richtig an diese Zugeständnisse erinnern. Jetzt fordern die Reformisten bei jeder Massenentlassung, daß selbst die beschissensten Arbeitsplätze erhalten bleiben müssen. So drehen sie ihre Fahne im Wind, je nach Stand der kapitalistischen Entwicklung.

Bei den antireformistischen Gruppen scheint der einzige gemeinsame Nenner in der Ablehnung der Reformlinie zu liegen, und das mehr im verbalen als in einem praktischen Sinn. Die nichtdogmatischen Gruppen, die der Zeitung „Wir wollen alles“ nahestehen, sahen ihre vor einigen Jahren begründete Orientierung am Widerstandsverhalten des „multinationalen“ Arbeiters der Massenproduktion bestätigt. Dabei ist es leider auch geblieben. Keine dieser Gruppen hat sich in den Widerstand der Proleten integriert und ihn militant weitergetrieben. Die K-Gruppen wurden dagegen nur sehr begrenzt durch die Arbeiterkämpfe radikalisiert. Es kam nur selten vor, daß sie ihre an vergangenen und verlorenen Arbeiterkämpfen orientierten Parteidoktrinen in Frage stellten.

Die in sich zersplitterte antireformistische Linke war aufgrund ihrer Schwäche allenfalls zum agitatorischen Verhalten während des Arbeiterkampfes im Sommer 73 fähig. Eine wesentliche Initiativkraft konnte sie nicht mehr sein, obwohl gerade die undogmatischen Gruppen, Stadtteilinitiativen, roten und schwarzen Hilfen und die Emigrantengruppen - beispielsweise das spanische Zentrum in Essen - sich wesentlich stärker als die K-Gruppen mit den Emigranten, den Arbeiterinnen und den proletarischen Jugendlichen verbunden fühlen. Das Problem liegt also nicht so sehr im fehlenden Kontakt zwischen den sozialen Widerstandsbewegungen und den antireformistischen Tendenzen, sondern mehr in der Unfähigkeit, autonome Organisationsansätze zu schaffen, die als Grundlage proletarischer Gegenmacht den offen und subversiv geführten Widerstand ermöglichen.

Hier sehen wir den derzeit entscheidenden Ausgangspunkt bei der Diskussion um die aktuellen Möglichkeiten von realer Gegenmacht.

Wirkliche proletarische Gegenmacht ist bewaffnete Arbeitermacht !

Zwei Bewegungen - Rote Armee Fraktion und Bewegung 2. Juni - haben bis heute versucht, sich an dieser Grundvoraussetzung praktisch zu orientieren.

Zur RAF

Als Offensivkraft ist der antiimperialistische Terrorismus der RAF durch die Repression seit etwa 2 Jahren gefesselt. Wir anerkennen, daß die Genossen der RAF als Partisanen der ersten Stunde die Trennung zwischen Person und Politik aufgehoben und sich ohne Bausparverträge mit Risikodeckung für den bewaffneten Kampf hier und heute entschieden haben.



Ihre revolutionäre Praxis und ihre Erfahrungen wiegen schwerer als zigtausend Tonnen Papier, mit der viele Linke der RAF in den Rücken fielen. Ihre Bomben in Frankfurt und Heidelberg waren die richtige Antwort zur richtigen Zeit. Gegenüber dem Klassenfeind sind diese Genossen unsere Schwestern und Brüder und ihre Vernichtung ist unsere Vernichtung. Deshalb kann die Kritik an der RAF auch nur eine solidarisch-praktische sein: die Verwirklichung der bewaffneten Massenlinie hier und heute. In den folgenden Punkten fassen wir unsere Kritik zusammen.

Der RAF fehlt die Orientierung an den Kampfformen der am meisten Ausgebeuteten: Frauen, Ausländer, junge deutsche Hilfsarbeiter. Eine praktische Auseinandersetzung über die Verbindung des bewaffneten Kampfs mit militanten Proleten wurde von der RAF nicht akzeptiert. Stattdessen machten sich die Genossen als revolutionäre

„Geheimdiensttruppe“ stark, die nur in den Befreiungsbewegungen der drei Kontinente ihre Basis sah. Ihrem antiimperialistischen Konzept entsprechend wäre es besser gewesen, sich einer Befreiungsbewegung der Dritten Welt anzuschließen und von dieser konkreten Basis aus gegen die Metropolen zu kämpfen. So aber war die RAF weder Fisch im Wasser noch Vogel in der Luft. Mit unterdrückten Randgruppen oder den Linken wurde nur zusammengearbeitet, um neue Kräfte für den antiimperialistischen Terrorismus zu gewinnen, nicht aber, um die unterdrückten Klassenkämpfe in der Metropole selbst stark zu machen. Bis 1972 war dieses Verhalten verständlich. Spätestens aber nach dem Sommer 1973 hätten Auseinandersetzungen über den jetzt für jedermann sichtbar gewordenen Arbeiterwiderstand geführt werden müssen.

Der Kampf muß aus dem alltäglichen Widerstandsverhalten kommen, mit dessen Hilfe die Arbeiter mehr schlecht als recht unter dem kapitalistischen Belagerungszustand leben. Nur von dieser Alltagssituation aus konkretisiert sich jeglicher Widerstand. Wenn er stattdessen nur den imperialistischen Überbau angreift, ohne in den Fabriken und Stadtteilen verankert zu sein, kann der kapitalistische Staat ihn ohne große Schwierigkeiten mit rein polizeitaktischen Mitteln einkreisen und vernichten.

Die Folge ist schließlich, daß am Aufbau einer Roten Armee gearbeitet wird, die zunächst als Gerippe für sich steht. Die Bomben, die sie schmeißt, hofft sie ins Bewußtsein der Massen zu werfen. Als ob die Entfaltung des Massenwiderstands vorrangig eine Bewußtseinsfrage über die beschissene Situation der Betroffenen wäre. Die revolutionäre Gewalt wird so zur Aufklärung reduziert. Sie entsteht nicht aus den Kampf- und Unterdrückungserfahrungen der Klasse und wird folglich auch nicht Mittel der Gegenmacht. Daraus ergibt sich eine sympathisierende Zuschauerhaltung, solange die Gejagten nicht gefaßt werden, eine ohnmächtige Passivität bei der Auseinandersetzung zwischen dem Terror des Staates und dem antiimperialistischen Kampf der RAF.

Auch im Gefängnis führen RAF-Genossen die Elite-Linie fort. Es scheint so, als ob die verschärfte Einzelhaft extra ihretwegen erfunden worden wäre. Der Justizapparat benutzt die verschärfte Einzelhaft gegen alle proletarischen Gefangenen, die sich wehren. Es ist die Aufgabe der Folterkomitees wie auch der RAF-Anwälte, sich für die vielen unbe-

kannten proletarischen Widerstandskämpfer genauso einzusetzen wie für ihre eigenen Genossen. Das ist für die undogmatischen Roten und Schwarzen Hilfen immerhin selbstverständlich. Die Kampagne, d.h. die Mobilisierung der Klassengewalt gegen Methoden der Vernichtungshaft ist absolut lebensnotwendig. Die Verantwortlichen müssen am Schreibtisch wie auch in den Haftanstalten zur Rechenschaft gezogen werden. Der Aufstand gegen die Zuchthausbedingungen von innen und außen ist seit Jahrhunderten das erste Zeichen der beginnenden Revolution.

Eine Alternative: Die Bewegung 2. Juni in Berlin

Während der Studentenbewegung entstand neben der RAF, weit weniger spektakulär, eine zunächst militante, dann bewaffnete Bewegung. Jedoch im Gegensatz zur RAF werden die bewaffneten Aktionen der Berliner Bewegung im wesentlichen von proletarischen Genossen bestimmt, sie fanden nicht bei der linken Prominenz und im liberalen Bürgertum, sondern in ihrer sozialen Umgebung Unterstützung. Aus den Haschrebellen und der proletarischen Subkultur formierte sich eine Gruppe, die vor allem die Justizkampagne mit militanten Aktionen unterstützte und vorantrieb. Über die Untergrund-Zeitung 883 agitierte sie für eine organisierte Massenmilitanz und für Kommandoaktionen. So wurde z.B. 1970 während des Einmarsches der US-Armee in Kambodscha noch in derselben Nacht das von Bereitschaftspolizei bewachte Amerika-Haus in West-Berlin von 20 Genossen mit Mollis, Steinen und Stangen angegriffen. Wenige Tage später aus der Massendemonstration heraus gingen die letzten Scheiben dieses imperialistischen Kulturzentrums zu Bruch. Von den in die Demonstranten hineingetriebenen Polizeipferden wurden zwei abgestochen. Den bewaffneten Bullen gegenüber verteidigten sich die Militanten mit Steinen, Stahlkugeln und aufgeschweißten Eisenplatten.

Im Verlauf dieser Frühphase wurden die meisten illegalisiert. Über 3 Jahre versuchten die Genossen ein bewaffneter Teil der undogmatischen Berliner Linken zu werden. Das Ziel war: im Rahmen anti-imperialistischer Massenkampagnen Einrichtungen vor allem der USA nicht nur symbolisch anzugreifen, sondern größtmöglichen Schaden zu erzielen; und zweitens exemplarische Aktionen in Zusammenarbeit mit undogmatischen Betriebs- und Stadtteilgruppen in den proletarischen Zentren Berlins durchzuführen. Bei Zwangsräumungen, Entlassungen, Mieterhöhungen, Betriebs-

schließungen usw. sollte der Haß der Betroffenen in militanten und letztlich bewaffneten Widerstand umgesetzt werden. Obwohl die Berliner Bewegung immer wieder von vielen Genossen solidarisch unterstützt wurde, waren es gerade die Kontaktgenossen zu den Basis- und Betriebsgruppen, die offensiv bewaffnete Aktionen in Fabrik und Stadtteil passiv verhinderten. Sie sperrten notwendige Informationen zur Intervention, verpennten oder mußten dringend verreisen. So wurde die Zusammenarbeit bei konkreten gemeinsamen Aktionen unterbrochen und sabotiert. Die wenigen Flugblätter und Erklärungen der bewaffneten Bewegung wurden zum Teil unterdrückt und noch nicht einmal in der linken Presse veröffentlicht. Auf jeden Fall wollten aber auch die Genossen jeden Pressewirbel vermeiden, solange es ihnen nicht gelang, den Widerspruch zwischen Ziel und sichtbarer Praxis zu überwinden.



In diesem Zusammenhang ist es leicht zu verstehen, daß hauptsächlich spektakuläre Banküberfälle das Bild über die bewaffnete Bewegung in Berlin bestimmten. Auch bei konsequentem Sparprogramm benötigten die Genossen Geld um handlungsfähig zu bleiben, aber ein Teil wurde auch an die undogmatische Bewegung abgegeben.

Georg von Rauch wurde erschossen, viele Genossen wurden verhaftet, andere gaben auf, einige versuchten sich durch Verrat freizukaufen. Trotz dieser folgenschweren Rückschläge - die Infrastruktur der Gruppe wurde von den Bullen mehrmals durch Verrat zerschlagen - gelang es der politischen Polizei bis heute nicht, die Bewegung aufzureiben oder sie aus der Stadt zu treiben.



Ein Beispiel: im Herbst 1973 wurde die intensiv gesuchte Genossin Ina Siepman durch den Verrat von H. Brockmann verhaftet. In einer beispiellosen Kampagne suchte die Polizei im Ghetto Kreuzberg nach einer konspirativen Wohnung. 25.000 Polizeiflugblätter, verstärkt durch Lautsprecherwagen, forderten zur Denunziation auf. Eine anarchistische Stadtteilgruppe intervenierte mit Gegenflugblättern und Wandparolen, die

das Ziel des bewaffneten Widerstandes erklärten und zur Solidarität aufforderten. 2 Tage später schrieb der Tagesspiegel von „4 eingegangenen Hinweisen“. Die Wohnung wurde von den Bullen nicht aufgespürt.

Festzuhalten ist: Die Bewegung 2. Juni wurde in einer Phase von antiimperialistischen Massenkämpfen geboren. Sie hat zunächst versucht, aus ihrer politischen Geschichte eine politische Perspektive zu machen. Sie hat dann aber erfahren und gelernt, daß eine Guerilla mit aufklärerischem Konzept keine wirkliche Verbindung zum Volk bekommt, wenn sie nicht von den täglichen nahen Konflikten der Betroffenen ausgeht und versucht, daraus bewaffnete Gegenmacht zu entfalten. Die Bewegung hat gelernt, daß nicht die linke Szene die revolutionäre Kraft ist, sondern die Massenarbeiter, der Lehrling, die gefangenen Proleten, die rebellierenden Frauen in der Fabrik und im Stadtteil. Es ist aber auch klar, daß die Bewegung diese Strategie noch nicht hat sichtbar werden lassen, da sie es ablehnt, geringe Ansätze mit großem Aufwand propagandistisch aufzublasen. Zusätzlich ist festzuhalten, daß die Bewegung auch andere revolutionäre Aktionen, die in bestimmten Situationen notwendig sind, zu verwirklichen versucht, so z.B. gegen Vertreter der reaktionären Justiz, gegen Verräter und Agenten, wie auch gegen den Polizeiapparat. Der nach der Ermordung von Holger Meins spontan durchgeführte Angriff auf die höchste Gerichtsstanz des Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann gehört in diese Linie. Die vielen Genossen, die über ihre Ohnmacht in der jeweiligen Situation verzweifelt waren, ermutigt weiterzukämpfen. Die Polizei besetzte die Stadt über mehrere Wochen, sie sperrte Tag für Tag Straßen und observierte alle Verkehrsknotenpunkte. Es gelang ihr trotz des Belagerungszustandes bis heute nicht, die Genossen zu fassen. Trotz intensivster Propaganda konnte die Westberliner Regierung nur 15.000 „Demonstranten“ zu einer Kundgebung auf die Beine bringen - sie ist mit ihrem Staatsapparat und der Oberschicht weitgehend unter sich geblieben, während die Bewegung 2. Juni in den Arbeitervierteln 10.000 Flugblätter verteilt hat.

Eine revolutionäre Gruppe, die beginnt, den bewaffneten Kampf aufzunehmen, wird sich mit den Erfahrungen der Berliner Bewegung auseinandersetzen müssen.

Für die Verwirklichung der bewaffneten Massenlinie

Die Beschreibung der RAF und der bewaffneten Bewegung in Berlin zeigen, daß im Rahmen der undogmatischen Linken eine echte konzeptionelle Alternative zwischen antiimperialistischem Terrorismus und bewaffneter Massenlinie vorhanden ist. Die Bewegung 2.Juni hat bis heute überlebt und aus dem Niedergang der außerparlamentarischen Linken ihre Schlüsse gezogen: sie beginnt, sich am alltäglichen Widerstand in den Fabriken und Arbeitervierteln zu orientieren. Sie bestärkt dadurch eine Tendenz bei denjenigen, die sagen, daß die Revolte gegen Arbeitshetze, Lohnabbau, Mietsteigerungen, Zwangsräumungen und gegen die Knäste eine klare Massenperspektive besitzt. Wenn das Orwell'sche 1984 nicht heute kapitalistische Wirklichkeit werden soll, muß das den gesamten Lebensbereich umfassende Überwachungs- und Disziplinierungsnetz an seinen wichtigsten Knotenpunkten zerreißen. Die gegenwärtige Rückzugsbewegung wird erst dann zum Stehen kommen, wenn es einer bewaffnet-proletarischen Bewegung gelingt, die soziale Befreiung aller Unterdrückten unabhängig vom wirtschaftspolitischen Diktat der Unternehmer und des Staates zu machen.

Die bewaffnete Massenlinie ist innerhalb der deutschen Arbeiterklasse geschichtlich nachzuweisen. Der roten Ruhrarmee, der mitteldeutschen Partisanenbewegung und den bewaffneten Trupps der mecklenburgischen Bauern gelang es 1920, ganze Landstriche zu befreien. Der mitteldeutsche Aufstand 1921 und der Hamburger Stadtguerilla-Aufstand 1923 sind nicht nur „heroische Kampfgeschichte“, sondern noch heute lebende Erinnerungen einiger alter Arbeiter. Randgruppen der KPD erschossen in der Weimarer Zeit zwei führende Polizeixperten zur Aufstandsbekämpfung.

Der bewaffnete Kampf der multinationalen Zwangsarbeiter und junger deutscher Proleten war selbst durch Straßenhinführungen nicht mehr aufzuhalten, als sich 1943/44 der Widerstand massenhaft und gewaltsam verbreiterte. In Berlin waren es illegale KPD-Gruppen, in Hamburg die Swingjugend, in Köln die Edelweißpiraten, die in den zerbombten Städten und Arbeitervierteln z.T. mit Maschinenpistolen bewaffnet NS-Spitzenfunktionäre vertrieben und erschossen, einige Quartiere befreiten und sich erbitterte Gefechte mit SS und Gestapo-Einheiten lieferten. Für viele Proletarier ist es auch kein Geheimnis, daß diese Art von

Widerstand über das Kriegsende hinaus fort dauerte, daß beispielsweise eine weiterexistierende Untergrundgruppe in Hamburg bis Mitte der fünfziger Jahre mehrere Kriegsschiffe in den Häfen versenkte. Hier ist die geschichtliche Linie lebendig, auf die sich heute bewaffnete Gruppen in ihrem Kampf für die revolutionäre Arbeitermacht und die Zerstörung des kapitalistischen Systems beziehen.

Entweder es gelingt, hier und jetzt, die bewaffnete Massenlinie resistent, d.h. angriffs- und lebensfähig zu machen, oder aber Westdeutschland wird erneut zur Metropole der Repression, die gemeinsam mit den USA das soziale Massaker gegen die internationale Arbeiterbewegung und gegen die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt durchzusetzen hat.

*1 Aktion Winterreise war eine bundesweite Durchsuchungswelle, nach der Erschießung von Drenkmann 1974.



Tunix

Der Tunix-Kongreß fand 1978 kurz nach dem „Deutschen Herbst“ in West-Berlin statt. Völlig überraschend kamen zu dem Kongreß 20000 TeilnehmerInnen aus der linken Szene und der aufkommenden Alternativbewegung.

Zu dem Kongreß schrieb ein Teil der Bewegung 2. Juni aus dem Knast einen Diskussionsbeitrag. Unterschrieben wurde der Beitrag mit „RGO-Revolutionäre-Guerilla-Opposition aus der Konkursmasse der Bewegung 2. Juni“.

Dieser Name war für den Teil draußen der Bewegung 2. Juni die nackte Provokation, und auch so gedacht. Sie sollten zu einer Auseinandersetzung mit der alten Basis und der restlichen Linken gezwungen werden. Dadurch wurde zum ersten Mal in der Öffentlichkeit deutlich, daß sich verschiedene Fraktionen in der Bewegung 2. Juni herausgebildet hatten.

Die tausendfache Angst wird tausendfach, bewacht! Der tausendfache Krampf wird tausendfach belacht! Der tausendfache Brand wird tausendfach entfacht!

Zum Treffen in TUNIX:

Wir finden es gut, daß hier Genossen die Initiative ergriffen haben, um eine längst fällige Auseinandersetzung in Gang zu bringen. Wir fänden es noch besser, wenn über Tunix endlich ein Ansatz geschaffen würde, die totale Zersplitterung der Linken zu überwinden. Es müssen ja nicht gleich alle mit der gleichen Farbe den gleichen Stern an die Wand malen. Es würde schon reichen, gemeinsam nach TUVAS aufzubrechen. Wir bilden uns nicht ein, aus der „Geborgenheit“ des Knastes heraus die in den letzten Jahren für Kampf und Widerstand entstandenen Schwierigkeiten besser beurteilen zu können als die Genossen, die sich im täglichen Kleinkrieg damit herumschlagen müssen. Aber ein paar kritische und selbstkritische Kleinigkeiten hoffen wir doch zur Diskussion beitragen zu können.

Die Zersplitterung überwinden!

Worauf es uns hier und heute ankommen muß, wenn wir uns nicht allesamt ein politisches Massengrab schaufeln wollen, ist unsere Zersplitterung überwinden, endlich wieder über den Horizont unserer Minigruppen hinausschauen. Während sich die Linken in diesem Land die Hirne gegenseitig einreissen, blasen die Rechten zum Sammeln. Die beispiellose Offensive der Reaktion in den letzten Jahren ist nicht zuletzt durch das heillose und widersinnige Gegeneinander der hundert von Gruppen und Grüppchen möglich geworden. Nicht nur die Zugeständnisse des Kampfes der Jugend- und Studentenrebellion sind ersatzlos gestrichen worden, sondern der staatliche Machtapparat konnte widerstandslos in einem

Maße ausgebaut werden und die Kontrolle aller Lebensbereiche herstellen, wie es totaler selbst im Dritten Reich nicht möglich war. Daß die Methoden heute differenzierter sind, die damalige exzessive Brutalität in der direkten Konfrontation noch nicht erreicht ist, soll die Optik nicht trüben, liegt ausschließlich daran, daß sie es bei der Schwäche der Linken nicht nötig haben. Die zersplitterte, resignierte und/oder in Dogmatismus verrannte Linke ist derzeit nicht in der Lage, die kapitalistische Ordnung zu gefährden. Die Aufsplitterung der Linken in aberdutzende Gruppen hat es den Herrschenden verdammt leicht gemacht, sie zu isolieren, die Gefährlichkeit und Anziehungskraft des geballten Aufbegehrens der Straße zu paralisieren. Vor allem auch untereinander isoliert, borniert dem vermeintlich gefundenen „Einzig-Wahren-Weg“ folgend, sich zerschleißend im Konkurrenzkampf gegen die Abweichler um die Ecke, ist die gesamte antikapitalistische Opposition in der Sackgasse gelandet.

Die Alternativen:

Die einen, die sich Freiräume erkämpft zu haben glaubten, machten sich mit Eifer daran, sie mit Alternativprojekten zu füllen. In der Euphorie des scheinbaren Sieges übersahen sie, daß es unmöglich ist, aus dem Zusammenhang und den Bedingungen der Gesellschaft auszuscheren, ohne die Bedingungen selbst zu ändern, statt die Projekte zur Ausgangsbasis für den nächsten Schritt zu machen, zur Grundlage für die Ausweitung des Kampfes eben klarzumachen, daß es gilt, die eigenen Interessen durchzusetzen, wenn man nicht die der Herrschenden erfüllen will, ging es nur noch darum, die Überlegenheit ihrer Arbeit zu beweisen. Dieses Rechtfertigungsbewußtsein führt dazu, daß Kompromiß auf Kompromiß geschlossen wird, um das Projekt nur ja zu retten - bis es nur noch eine Karikatur des ursprünglichen Konzepts war. Was als alternativ



zur Gesellschaft gedacht war, endete als Alternative zum Kampf. Das Widerstandsbewußtsein verkümmerte zur Sozialarbeiterhaltung. Die Kompromisse zur Sache summierten sich zur Kompromittierung des Bewußtseins. So ist es bei den meisten Projekten verlaufen. Und der kleine Rest wurde und wird mit anderen Mitteln diszipliniert oder zerschlagen.

Der Marsch durch die Institutionen:

Und wo sind die Marschierer durch die Institutionen? Sie haben sich angepaßt oder sind geflogen. Verändert haben sich nur die Marschierer, der Apparat dient der Reaktion wie eh und je. Was wahrscheinlich auch das einzig vorausschaubare war. Denn wer von ihnen an die Schaltstellen der Institution gelangen will, muß erstmal die Aufgaben des Apparates erfüllen und er muß sie besser erfüllen als andere. Das heißt, der Funktion des Staatapparates nämlich die Ordnung der Herrschenden zu schützen - besser gerecht werden als andere. Wer die Schaltstellen erreicht, hat diese Funktion erst einmal erfüllt. Diese Genossen sehen im Staat ein technisches Vehikel das sich für jeden und alles funktionalisieren läßt, ein neutrales Gemeinwesen, in dessen Rahmen sich ungestört Klassenkämpfe entfalten und Machtpositionen beliebig ausfüllen lassen, eine Wettlaufstrecke, bei der es nur darum geht, als erster durchs Ziel zu kommen. Die Genossen übersehen, daß der Staat ein Instrument mit ganz bestimmten Funktionen ist. Die Funktion des bürgerlichen Staates ist es nun mal eben, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu schützen und aufrechtzuerhalten. Und für die Erfüllung eben dieser Funktion ist das Instrumentarium geschaffen. Selbst wenn es bisher Machtlosen gelingen sollte, die Macht zu erringen, nutzt ihnen dieses Instrumentarium nichts - es sei denn sie sind lediglich an einem Rollentausch interessiert. Für eine grundlegende Umwälzung der Gesellschaft, für eine herrschaftslose, menschliche Ordnung nutzt uns dieser Staat nicht im geringsten. Er steht uns im Weg.

Die lieben Widersprüche

Natürlich ist das jetzt alles sehr pauschal. Und es ist keineswegs so, daß jeder Genosse, der um ein Alternativprojekt gekämpft hat oder den Kampf in die Institutionen tragen wollte, sich korrumpieren lassen hat. Es gibt genug Beispiele dafür, wo das nicht passiert ist. Aber diese Genossen sind nicht mehr in den Institutionen.

Wir sagen nicht, daß es falsch ist, als Lehrer oder

Sozialarbeiter in Schule oder Jugendheim ein Bewußtsein für die eigenen Interessen zu wecken, Jugendlichen die Zusammenhänge ihrer beschissenen Situation klarzumachen den Widerstand als Alternative zur Anpassung und Selbstaufgabe zu propagieren.

Wir sagen, daß der Widerspruch zwischen aufgetragener Funktion und konsequenter revolutionärer Arbeit zu einem Punkt führt, an dem man sich vor lauter Taktiererei in Reformismus verliert, wenn man nicht bereit ist, auch die persönlichen Konsequenzen zu ziehen. Konsequenz sein heißt in diesem Zusammenhang, die Legalität zu durchbrechen, die aufgetragenen Funktionen nicht mehr zu erfüllen, sondern zu sabotieren. Besonders deutlich wird es am Beispiel des Knasts. Wer etwa meint, revolutionäre Arbeit mit der Funktion als Schließer vereinbaren zu können, macht sich bestenfalls lächerlich. Er schließt die Türen wie jeder andere. Konsequenzen ziehen hieße, die Türen auf und nie wieder zuzuschließen. Alles andere ist nur Verschleierung der Brutalität, reformistische Taktik der Konfliktvermeidung. Revolutionäre Politik hat nichts mit punktueller Konfliktüberwindung zu tun, sondern mit Sabotage gegen die Funktionen von Herrschaft. Und nur so kann der Marsch durch die Institutionen als revolutionäre Politik verstanden werden.



Den Staat abschaffen, nicht reformieren!

Kritisch auseinandersetzen müssen wir uns auch mit den Vertretern einer anderen Position, die besonders bei den militanten und den bewaffneten Gruppen maßgeblich geworden ist, die Fixierung auf den Staat als das scheinbar einzige Grundübel, das nur beseitigt zu werden braucht, und einer sozialen Neuordnung stünde nichts mehr im Wege. Diese Genossen verkennen, daß der bürgerliche Staat nicht die Ursache der gesellschaftli-



chen Verhältnisse ist, sondern deren Wirkung. Und zwar nicht deren alleinige. Denn die Bereitschaft der viel zitierten Massen zur Unterordnung beruht nicht allein auf der Gewalt des staatlichen Machtapparates.

Die geballte Macht der Desinformation durch Massenmedien, Schule und faschistischer Masseliteratur, die Manipulation durch Kontrolle von Vertreterorganisationen, wie Gewerkschaften und sogenannten Massenparteien, die ideologischen Verwirrspiele und das Angebot von Scheinalternativen zur Ab- und Umlenkung von Unmut und Aggressionen, und vor allem die soziale Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, Berufsverbote und die Abschiebung von ausländischen Kollegen sind nicht zu unterschätzende Mittel von Herrschaft. Zum einen macht also das Projekt der Zerschlagung des Staates alleine noch keine soziale Revolution aus, weil damit noch lange nicht das kolonisierte Bewußtsein der besagten Massen zer schlagen ist, zum anderen - oder vielmehr deswegen - ist dieses isolierte Projekt von vornherein

zum Scheitern verurteilt, denn ein paar mehr müssen wir dazu schon sein. Und das werden wir mit Sicherheit nicht, wenn wir die Ansatzpunkte, die die soziale Misere der Menschen und ihre Verunsicherung bietet, ignorant übersehen, anstatt zu intervenieren und die allgemeine Konfrontation voranzutreiben. Wir wollen hier keineswegs dem Massenopportunismus das Wort führen. Wenn 10 Leute sagen, der Himmel ist eine Banane, und einer sagt, der Himmel ist keine Banane, dann heißt daß noch lange nicht, daß die Mehrheit Recht hat. Wir können nicht sagen: das Bewußtsein der Massen ist noch nicht so weit, sondern wir müssen fragen, wie dieses Bewußtsein Stück für Stück aufzubrechen ist.

Unsere Isolation im Volk:

An diesem Punkt haben auch wir aus der Guerilla uns zu fragen, inwieweit wir unsere Isolation nicht selbst mitverschuldet haben. Von den - leider viel zu wenigen Aktionen, z.B. gegen Kaußen, MAN, BVG, § 218 mal abgesehen, sind die Mehrzahl der Genossen von der Politik der bewaffneten Intervention abgekommen und versuchen sich in einer rein militärischen Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat. Wir haben damit das uns zugewiesene Ghetto akzeptiert, anstatt aus ihm auszubrechen. Sicherlich hat auch das Fehlen der öffentlichen Auseinandersetzung mit den anderen Teilen der Linken dazu beigetragen - aus der Furcht heraus, der Staat könnte sie für die psychologische Kriegsführung gegen uns nutzen, wurde Kritik abgetan und als Bullenpropaganda hingestellt. Unsere Optik war verstellt durch die Gleichsetzung der Linken mit Typen wie Cohn-Bendit, SB oder Langer Marsch, die öffentlich zur Denunzierung von Genossen aufgerufen haben, oder - wie in Frankfurt den Bullen gleich die ganze Arbeit abnehmen? Indem sie Sympathisanten-Karteien anlegen. Mit diesen Hilfsbullen kann es auch weiterhin keine Auseinandersetzung auf dieser Ebene geben.

Kritik am RAF-Konzept:

Als eine Form der Resignation betrachten wir die Einwendung von bewaffneten Gruppen zu einem neuen antiimperialistischen Konzept. Die Genossen sagen, daß aufgrund der Korruption der Massen in der Metropole BRD eine breite Entwicklung proletarischer Gegenmacht unmöglich, der Aufbau einer sozialen Widerstandsbewegung sinnlos ist. Aufgrund der Tatsache, daß die Völker der Dritten Welt am stärksten unterjocht und aus-

gebeutet werden, gehen sie davon aus, daß nur diese die Basis für einen weltweiten revolutionären Kampf bilden können. Sie betrachten die BRD nur als militärisches Operationsfeld und richten ihre Politik danach aus. Wir können diese Position nicht übernehmen: Selbstverständlich muß die praktische Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt und deren Befreiungskämpfen ein wesentlicher Bestandteil unseres Kampfes sein. Aber die beste und wirksamste Solidarität mit diesen Völkern ist der Aufbau einer starken revolutionären Widerstandsbewegung hier, die es dem kapitalistischen Staat verunmöglicht, seine imperialistischen Interessen zu verwirklichen. Es ist Fatalismus, die derzeitige Schwäche des revolutionären Lagers als gegeben und unveränderbar hinzunehmen. Die sich verschärfende Krise des Kapitalismus setzt auf allen Ebenen ein immer größer werdendes Potential frei, auf das es sich zu konzentrieren gilt. Die Aussage ist eindeutig, wenn Schmidt sagt, daß den Terroristen heute die Grundlage entzogen werden muß, wenn nicht morgen das Heer der jugendlichen Arbeitslosen zu ihnen abgleiten soll, oder wenn Kohl feststellt, daß sie verloren haben, wenn der Terrorismus in den nächsten fünf Jahren nicht restlos zerschlagen wird. Und die massive Aufrüstung des Staatsapparates erfolgt beileibe nicht wegen der derzeit schwachen - und sowohl ökonomisch als auch militärisch äußerst ineffektiven - Guerilla. Selbst wenn es sogar noch Linke gibt, die diesen Schwachsinn verbreiten. Natürlich werden wir niemanden von der Notwendigkeit revolutionärer Politik überzeugen, wenn sich diese Politik gegen ihn selbst richtet. Wir haben uns alle von den faschistischen Bomben in den Bremer, Hamburger und Kölner Hauptbahnhöfen distanziert. Wir haben alle und immer gesagt, die Aktion und Politik der Guerilla richtet sich niemals gegen das Volk, immer gegen die Herrschenden. Aber; wer sitzt da eigentlich in den Urlauber-Maschinen der Billigst-Route nach Mallorca??

Das Volk und die Guerilla

Der Genosse Werner Sauber hatte im Januar 1975 in einer Analyse zum antiimperialistischen Konzept folgendes geschrieben: „Eine praktische Auseinandersetzung über die Verbindung des bewaffneten Kampfes mit militanten Proleten wird von den Genossen nicht akzeptiert. Statt dessen machen sich die Genossen als revolutionäre Geheimdienst-Truppe stark, die nur in den Befreiungskriegen der drei Kontinente ihre Basis sieht. Ihrem antiimperialistischen Konzept entsprechend wäre es besser gewesen, sich einer Befreiungsbewegung der Dritten Welt anzu-

schließen und von dieser konkreten Basis aus gegen die Metropolen zu kämpfen. So aber sind die Genossen weder Fisch im Wasser, noch Vogel in der Luft. Mit unterdrückten Randgruppen oder den Linken wird nur zusammengearbeitet, um neue Kräfte für den ant imperialistischen Kampf zu gewinnen, nicht aber, um die unterdrückten Klassenkämpfer in den Metropolen selbst stark zu machen. Der Kampf muß aus dem alltäglichen Widerstandsverhalten kommen, mit dessen Hilfe die Arbeiter mehr schlecht als recht unter dem kapitalistischen Belagerungszustand leben. Nur von dieser Alltagssituation aus konkretisiert sich jeglicher Widerstand. Wenn er statt dessen nur den imperialistischen Überbau angreift, ohne in den Fabriken und Stadtteilen verankert zu sein, kann der kapitalistische Staat ihn ohne große Schwierigkeiten mit polizeitaktischen Mitteln eingekreisen und vernichten. Die Folge ist schließlich, daß am Aufbau einer Roten Armee gearbeitet wird, die zunächst als Gerippe für sich steht. Die Bomben, die sie schmeißt, hofft sie ins Bewußtsein der Massen zu werfen(...). Die revolutionäre Gewalt wird so zur Aufklärung reduziert. Sie entsteht nicht aus dem Kampf und der Unterdrückungserfahrung der Klasse und wird folglich auch nicht zum Mittel der Gegenmacht. Daraus ergibt sich eine sympathisierende Zuschauerhaltung, solange die Gejagten nicht gefaßt werden, eine ohnmächtige Passivität bei der Auseinandersetzung zwischen dem Terror des Staates und dem antiimperialistischen Kampf der Genossen.“ In ihrer Gesamtheit ist diese Einschätzung auch heute noch richtig. Sicherlich ist es problematisch, heute pauschal von dem Arbeiter zu sprechen? der da mehr schlecht als recht unter dem kapitalistischen Belagerungszustand lebt. Die Verbürgerlichung eines großen Teils der Arbeiterschaft aufgrund ihres sozialen Aufstiegs bleibt dabei ebenso unberücksichtigt wie andererseits die spezifische Situation von Frauen, Arbeitsimmigranten, Arbeitslosen und Jugendlichen.

Alltägliches Widerstandsverhalten:

Der zentrale Punkt ist, daß sich der Kampf aus dem alltäglichen Widerstandsverhalten herausbilden und entwickeln kann und muß. Die Bereiche, in denen das geschieht, und die in diesen Bereichen gebundenen Menschen lassen sich heute nicht mehr in den Kriterien traditioneller

Klassenbegriffe erfassen. Am deutlichsten wird dies bei den militanten Ansätzen der Anti-AKW-Bewegung, bei denen vom Bauern bis zum Uni-Professor alles zu finden ist.

Den Kampf aus dem alltäglichen Widerstandsverhalten heraus entwickeln heißt beispielsweise auch,

- aus einer Demo heraus ein Bullen-Revier oder Rathaus klein zu machen, wenn ein besetztes Haus wie die Feuerwache geräumt und abgerissen wird.

- Springers Verkaufskästen und Lieferwagen anzuzünden, wenn unsere Drucker verhaftet werden.

- Klau-ins in Kaufhäusern zu machen, wenn die Lebensmittelpreise steigen (die Kasse nicht vergessen!).

- KOBs bis auf die Unterhose ausziehen und an einen Laternenpfahl binden, wenn sie zuviel schnüffeln (ne Tracht Prügel tut's auch!).

- Oder schweinischen Frauenärzten die Praxis renovieren oder mit Schlachterabfall auffüllen.

Ansatzpunkte gibt es mehr als genug, und der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Und praktische internationale Solidarität läßt sich am besten beweisen, wenn Firmen abbrennen, die Waffen in den Iran oder Kernkrawerke nach Südafrika liefern.

Legalität - wessen Legalität?

Und natürlich wird an diesem Punkt von anderer Seite wieder die Frage nach Gewalt, Legalität und Illegalität aufgeworfen werden. Legalität, das ist das, was die Herrschaftsordnung nicht gefährdet. Wer die kapitalistische Ordnung über den Menschen beseitigen will und vor allem danach handelt, ist illegal. Daß auch nicht gleich jeder

Systemveränderer in den Knast gesteckt wird, heißt noch lange nicht, daß es eine legale Möglichkeit gäbe, die Herrschenden von ihrem Sockel zu stoßen. Die Noch-Nicht-Illegalisierung kann bedeuten, daß es für den Staat praktischer ist, weil legale Gruppen leichter zu kontrollieren sind, oder daß deren Praxis nicht relevant ist, oder daß die offene Illegalisierung derzeit mehr Schaden als Nutzen bringen würde, oder alles zusammen: Legalität ist keine feste Größe, Legalität ist eine Machtfrage.

Im Dritten Reich wurden Gesetze für alles geschaffen, was passierte geschah im Rahmen der Legalität. Das ist heute nicht anders. Wer den Rahmen der Legalität immer achtet, achtet irgendwann die Legalität des Faschismus. Wir sind doch nicht diejenigen, die bestimmen, was in diesem Staate illegal ist.

Z.B. Das Info-BUG

Nehmen wir doch einmal das Beispiel Info-BUG. Ein Organ, in dem die Diskussion und die Positionen der Linken publiziert werden, wird kriminalisiert. Für die Info-Macher haben sich daraus zwei Alternativen ergeben: Einmal wird ein sog. Konspi-Info gemacht, das die für uns alle wichtige Funktion weiter erfüllt, die Macher können ihr Risiko klar einschätzen, was wie sich zum Beispiel bei den Druckern gezeigt hat - nicht nennenswert höher liegt als beim alten Konzept. Zum anderen wird ein BUG gemacht, mit presserechtlich Verantwortlichem, die schon aufgrund ihrer eigenen Gefährdung an Selbst-Zensur interessiert sein müssen. Während sich die einen den veränderten Bedingungen angepaßt haben, geben die anderen freiwillig Positionen auf. Das Witzige an der Geschichte ist, daß ausgerechnet die Vertreter der legalistischen Alternative sagen, daß sie es wären, die die Positionen behaupten. Wir sagen nicht, daß die legalen Möglichkeiten des Kampfes nicht genutzt oder nur vernachlässigt werden müssen. Sondern: daß nicht die bestehende Ordnung den Rahmen unseres Kampfes abstecken kann, sondern das Ziel: die Revolution!

Nicht die Legalität bestimmt unsere Aktivität, sondern unsere Taktik im Rahmen der revolutionären Strategie.

Zur Gewaltfrage:

Die Frage der Gewalt ist an sich schon wieder müßig. Die tägliche Lektüre einer x-beliebigen Zeitung macht deutlich, von wem die Gewalt aus-



geht. Wir können niemanden daran hindern, die linke Wange hinzuhalten, wenn er auf die rechte geschlagen worden ist, die Illusion aber, daß er damit ein für allemal sein Pensum hinter sich gebracht hätte, sollte inzwischen jeder aufgegeben haben. Wir, das heißt all diejenigen, die von diesem Staat nicht mehr vereinnahmbar sind, müssen begreifen lernen, daß wir angesichts eines bis an die Zähne bewaffneten Staates in der Durchsetzung unserer Bedürfnisse und Interessen auf bewaffnete revolutionäre Gruppen nicht verzichten können. Wir müssen uns heute darüber im klaren sein, daß wir an einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit diesem Staat nicht vorbeikommen. Das muß als politische Notwendigkeit und allerdings nicht als Fetisch begriffen werden.

Wie kommen wir weiter?

“Die Bewegung als solche, ohne Beziehung auf das Endziel, die Bewegung als Selbstzweck ist uns nichts; das Endziel ist uns alles.“

(Rosa Luxemburg).

Wir kommen alle nicht aneinander vorbei. Und warum sollten wir auch? Wenn wir weiterkommen wollen, werden wir uns gezwungen sehen, endlich einmal zu dem Punkt zu finden, wo Widerstand

nicht mehr von Widerstand zu trennen ist, wo Genossen es nicht mehr nötig haben, verschiedene Formen des Widerstandes auseinander zu dividieren. Wir sollten begreifen, daß wir in der Vielschichtigkeit der Auseinandersetzung nicht nur gegenseitigen Nutzen ziehen, sondern auch aufeinander angewiesen sind. Nur der kompromißlose Kampf auf allen Ebenen führt dorthin, wo wir in der Tat eine „große Familie“ sind, die Distanzierung, wenigstens innerhalb des undogmatischen Lagers, an dem Nagelbrett der Geschichte spießen, linkes Spießertum, Konkurrenzdenken und Anfeindungsversuche überwunden sind.

Und das ist klar: auf dem Weg zum Strand müssen wir auch das Pflaster über unseren Hirnen aufreißen.

Für den offensiven Kampf in allen Lebensbereichen !

Für die Organisation des totalen Widerstandes - hier und heute !!

Für eine revolutionäre Guerilla-Bewegung !!

RGO - Revolutionäre Guerilla-Opposition aus der Konkursmasse der Bewegung 2.Juni

(Januar 1978)



Auflösungspapier

Das Auflösungspapier wurde 1980 während des Prozesses in Berlin wegen Lorenz und Palmer von den drei Frauen aus der Bewegung 2. Juni, Gaby Rollnik, Angelika Goder und Gudrun Stürmer verlesen. Der Mitangeklagte Klaus Viehmann distanzierte sich sofort von diesem Papier. Zeitgleich wurde die Erklärung in der taz veröffentlicht.

Die Auflösungserklärung war der Endpunkt eines schon über Jahre andauernden Entfremdungs- und Spaltungsprozesses der Bewegung 2. Juni. Diese Auseinandersetzung begannen 1976 und hatten ihren Höhepunkt in der kontroversen Debatte und politischen Einschätzung der Flugzeugentführung von palästinensischen Gruppen und Teilen der RZ im Sommer '76. Die Maschine wurde in Entebbe durch ein israelisches Kommando gestürmt und alle an der Entführung Beteiligten wurden erschossen.

Die Fraktion, die die Auflösungserklärung unterschrieb, stand für ein Guerilla-Konzept, was sich als verlängerten Arm der Befreiungsbewegungen des Trikonts verstand. Ein Bezug auf die hiesigen Kämpfe und auf die Bevölkerung hier wurde abgelehnt. Die BRD-Bevölkerung wurde pauschal eher als Nutznießer bzw. Gegner der Befreiungsbewegungen eingestuft.

Nach 10 Jahren bewaffnetem Kampf wollen wir unsere Geschichte kritisch reflektieren und erklären, warum wir heute sagen: Wir lösen die Bewegung 2. Juni als Organisation auf und führen in der RAF - als RAF - den antiimperialistischen Kampf weiter. Die Bewegung 2. Juni hat sich als Widerspruch zur RAF gegründet, mit der unklaren Bestimmung, "spontane proletarische Politik" zu machen. Wir haben die revolutionäre Theorie, die Analyse der Bedingungen - aus der heraus die Strategie und Taktik, die Kontinuität und Perspektive des Kampfes erst entwickelt werden kann - für unwichtig gehalten und "drauflos gekämpft", mit dem Ziel, die Jugendlichen anzutören, und so haben wir auch unsere Praxis nach der Frage - was tört an - bestimmt und nicht nach der Frage, wo sind die wirklichen Widersprüche, die Friktionen in der imperialistischen Strategie, die wir angreifen müssen. Die Bewegung war eine vermeintliche Alternative zur RAF als eine Möglichkeit derjenigen Genossen, denen der kompromißlose Kampf zu weit ging.

Das hat 10 Jahre lang Spaltung, Konkurrenz und Desorientierung unter den Linken und auch in der Guerilla produziert und es hat auch unseren eigenen revolutionären Prozeß behindert. So haben wir mit unseren Aktionen auf der populistischen Linie operiert, ohne die politische Orientierung zu geben, ohne eine Mobilisierung gegen die Strategie der Schweine zu schaffen. Es ist nie die Aufgabe der Guerilla, sich der Bevölkerung gefällig zu zeigen, um ihren Beifall zu bekommen, sondern - in einem Land, in dem der Nazifaschismus und die vom US-Imperialismus eingebundene Sozialdemokratie die Arbeiterklasse um jede proletarische Organisation gebracht haben - die vor-

derste Front zu sein, die zentralen politischen Widersprüche durch den bewaffneten Angriff zu eskalieren, um den Staat in die politische Krise zu treiben.

Was die Guerilla in der Metropole nur sein kann: der politische Sprengstoff im imperialistischen Gefüge, der Angriff, der den Riß zwischen Gesellschaft und Staat zum Bruch - also revolutionäre Politik - entwickelt, indem Mobilisierung proletarische, antiimperialistische Organisation wird und das politische Kräfteverhältnis für uns kippt. Der politische Angriff, materialisiert durch die Waffe, bleibt immer ein Sieg, selbst da, wo die Operation militärisch geschlagen wird, weil er diesen Prozeß antizipiert und einleitet. Die Kontinuität der Guerilla ist in ihrer Strategie zu finden, trotz schwerer militärischer Niederlagen.

Und das ist auch der Unterschied von Schleyer und Lorenz. Wir können heute unsere wichtigste Aktion getrost kritisieren. In ihr sind alle Fehler zu finden, die wir 10 Jahre lang gemacht haben und aus denen wir gelernt haben.

Die Befreiungsaktion '75 in Berlin ist in einer politisch zugespitzten Situation gelaufen. Der Kampf der Stammheimer Genossen hatte eine nationale und internationale Mobilisierung geschaffen, die durch den großen HS auf den Höhepunkt gebracht und von Schmidt kaum noch zu verkraften war. Diese Situation haben wir nicht nur völlig ignoriert, sondern sie über die Auswahl der Gefangenen auch politisch gekippt. Darin und in dem Typen - aus einer Partei, die für die imperialistische Strategie nur noch eine untergeordnete Bedeutung hat, lag statt Strategie das Kalkül. In unserer propagandistischen Arbeit zu und nach PL (Peter Lorenz) war uns der kurzfristig errungene Sieg -

das konsumierbare Ritual - wichtiger, als das politisch-militärische Niveau zu erkämpfen, das die imperialistische Strategie bricht. Darin ist auch die Wurzel der pervertierten Spaßguerilla von Reinders, Teufel etc. zu finden. Die Offensive der RAF '77 und die Reaktion des Staates hat letztlich auch uns neu vor die Frage der politischen Strategie gestellt.

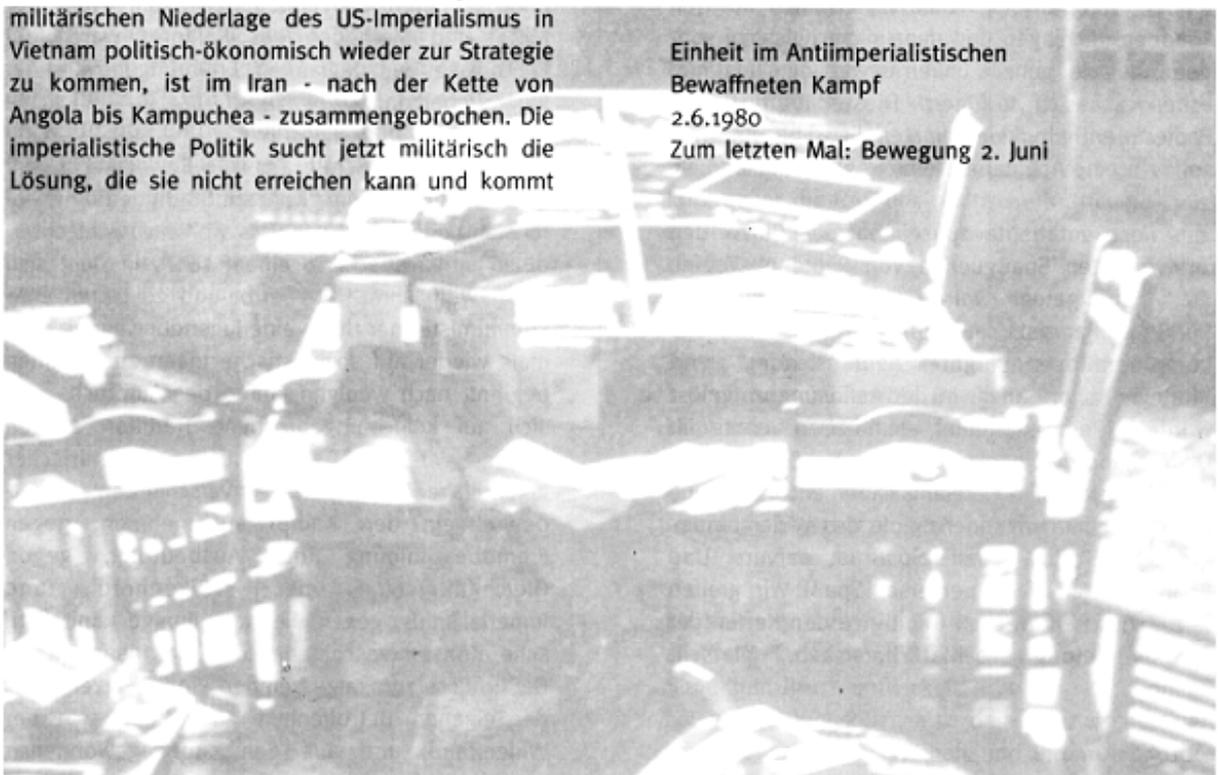
'77 ist ein Einschnitt sowohl in der Entwicklung der imperialistischen Strategien als auch in der Bestimmung der Metropolenguerilla. Seit dem Massaker in Mogadischu und Stammheim hat Schmidt Westeuropa - unter der Führungsrolle der BRD - die politische Bestimmung gegeben: Projekt und Modell des Imperialismus in der Krise gegen die Befreiungskämpfe in der Dritten Welt und in der Metropole Westeuropa. Der bedingungslose Einschluß Westeuropas in die US-Militärstrategie und die Militarisierung der Metropolenstaaten nach innen über einen tendenziell einheitlichen Apparat ist die Reaktion der Imperialisten auf die zunehmende Gleichzeitigkeit der revolutionären Kämpfe weltweit.

Die revolutionäre Strategie internationalisiert sich, indem die antiimperialistischen Gruppen den Hauptfeind USA und das Projekt Westeuropa erkennen. Die USA und ihre Komplizen wissen, daß ihre nächste strategische Niederlage in irgendeiner Region der Welt sie auf das Gleis der endgültigen Niederlage bringt. Die "Nach-Vietnam-Ära", also der Versuch, aus der Defensive nach der politisch-militärischen Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam politisch-ökonomisch wieder zur Strategie zu kommen, ist im Iran - nach der Kette von Angola bis Kampuchea - zusammengebrochen. Die imperialistische Politik sucht jetzt militärisch die Lösung, die sie nicht erreichen kann und kommt

so - in der Vorbereitung totaler Vernichtung - auf den nackten Begriff ihres Inhalts. Die erneute, und dann wohl letzte Entfesselung des Krieges in Europa, der von vornherein als Atomkrieg konzipiert ist, verhindert werden. Das Theorem des "begrenzten Krieges" kommt in dieser Perversion zu einer neuen Variante.

Die Kriegsvorbereitungen zielen nicht auf die Aufteilung der Welt unter imperialistischen Kontrahenten. Ihr Inhalt ist Revolution oder Konterrevolution - und so der Abschnitt der Konfrontation, an dem die Entscheidung laufen wird. Die Entscheidung in der internationalen Konfrontation wird letztlich in den Metropolen laufen, weil sich die siegreichen, zum Staat gewordenen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt notwendigerweise so lange im Ost-West-Widerspruch konsolidieren müssen, solange die imperialistischen Zentren diese militärisch und über die Abhängigkeit vom Weltmarkt erpressen können.

Es ist der Inhalt des ganzen weltrevolutionären Prozesses - Zerschlagung des Staates, Selbstbestimmung, Identität - der in der Metropole im Kampf um Kommunismus in den letzten Jahren der Auseinandersetzung seine besondere Reife und Brisanz bekommen hat, sich jetzt materialisiert - oder gar nicht. Dies ist die Frage an die ganze Linke in Westeuropa, ob sie in dieser eskalierten Situation, in der - so oder so - eine Entscheidung fallen wird, ihre historische Aufgabe wahrnimmt oder sie verraten wird.



Einheit im Antiimperialistischen
Bewaffneten Kampf
2.6.1980
Zum letzten Mal: Bewegung 2. Juni

Antwort auf das Auflösungspapier

In der Antwort auf das Auflösungspapier, was sofort nach der Veröffentlichung der Auflösungserklärung verfaßt wurde, wird das bis zur Lorenzentführung von allen getragene Konzept und Programm der Bewegung 2. Juni und des „Blues„ verteidigt.

Zu der angeblichen Auflösung
der Bewegung 2. Juni

Genossen, Freunde, beifällige Beobachter!

Jawohl, die Fraktion, die seit drei Jahren versuchte, die Bewegung 2. Juni auf RAF-Linie zu bringen, ist zur RAF gegangen. In ihrem Übereifer haben diese Genossen gleich die gesamte Bewegung mit aufgelöst - in einem Meer von Phrasen.

Den Genossen, die uns ansprachen und fragten, wer diesen unpolitischen Quatsch geschrieben habe, müssen wir sagen, daß das nicht ganz richtig ist. Wäre es nur „Quatsch“, bräuchten wir keine Angst zu haben, daß dieser „Quatsch“ sich in Schwachsinnaktionen umsetzt, wie z.B. Flugzeugentführungen etc. Hier nehmen wir die Warnung des Genossen Mao Tse Tung ernst, daß man subjektivistischen Dreck bei der Einschätzung der politischen Situation, den einige Genossen verbreiten, nicht unbeantwortet lassen soll. Denn es gibt immer unerfahrene Genossen, die solchen Theorien nachjagen und dann nicht nur sich, sondern uns - der ganzen linken Bewegung - unglaublichen Schaden zufügen. Dieses „Auflösungspapier“ enthält keine materialistische Analyse, sondern eine Aneinanderreihung von Phrasen.

Eins noch vorab: da nun einmal die Wurzel der „pervertierten Spaßguerilla von Reinders, Teufel, etc.“ offengelegt wurde, erklären wir: die Spaßguerilla ist aufgrund der Kritik der kompromißlosen „fighter“ für „leader“ und Strategie schon längst in der Auflösung aufgelöst worden. „Reinders, Teufel, etc.“ haben bereits mit Daumenabdruck beglaubigt: die Spaßguerilla ist aufgelöst! Jawoll! ! Jahrelang haben wir die eigene Perversität zur tragenden Säule des Widerstandes gemacht. Schluß damit! Spaß ist pervers! Und Spaß am Kampf ist perverser Spaß! Wir greifen jetzt schon seit Wochen freudig zu den Ketten der Selbstgeißelung · Klatsch, aaah, Klatsch, aaahh.....

Allerdings sind nicht alle Punkte in diesem „Auflösungspapier“ so lustig. So auch die Behauptung, die Bewegung 2. Juni hätte sich „als Widerspruch zur RAF gegründet“. Die Bewegung 2. Juni entstand durch den Zusammenschluß von drei Westberliner Gruppen, die den bewaffneten Kampf entwickeln und organisieren wollten. Die größte der drei Gruppen waren die „Tupamaros Westberlin“, die bereits seit 1968 zahlreiche Aktionen in Berlin durchführten. Angegriffen wurden Einrichtungen und Symbole des Imperialismus und Zionismus, Betriebe, die Entlassungen vorgenommen haben, und vor allem im Rahmen der '69 gelaufenen APO-Justizkampagne Gerichtsgebäude und Richter und Staatsanwälte.

Aus dieser Praxis heraus leitete die Bewegung 2. Juni die weiteren Überlegungen ab. Die weiteren umfassenderen Zielvorstellungen, die Wahl der Mittel und Methoden des Kampfes waren die Ergebnisse der damaligen Erfahrungen aus der Jugendrebellion.

Sicherlich ist es richtig, daß die Bewegung 2. Juni nicht wie die RAF ein „Konzept Stadtguerilla“ theoretisch niedergelegt hat. Das war auch schlechterdings unrealistisch. In einem Land, in dem sich nach zwölf Jahren Nazi-Terror und 20 Jahren anti-kommunistischer Hetze eine Jugendbewegung erstmals wieder auf sozialistische Ideen zu besinnen beginnt, nach wenigen Jahren des Aufbruchs, der sich auf keine ungebrochene Tradition stützen kann, beginnt ein Haufen proletarischer Jugendlicher mit einem unverschämten Selbstbewußtsein den Kampf aufzunehmen: gegen Fremdbestimmung und Ausbeutung, gegen Gleichgültigkeit über Völkermord und Imperialismus, gegen die wahnsinnige kapitalistische Konsummaschinerie, die die menschlichen Bedürfnisse zur Fratze fremden Profits verzerrt. Aus der eigenen Betroffenheit entwickelte sich der Widerstand, und aus den dabei gewonnenen

Erfahrungen und der immer weitergehenden Verarbeitung der gesamtgesellschaftlichen Situation entwickelten sich die strategischen und taktischen Überlegungen. Diese dialektische Entwicklung von Theorie und Praxis ist auch der Weg, den Marx als Voraussetzung für den Erfolg revolutionärer Politik erkannt hat.

Es gab damals keine ausreichenden praktischen Erfahrungen, aus denen man in Deutschland ein derart endgültiges "Konzept" hätte entwickeln können. Die Tatsache, daß die RAF ihr damaliges "Konzept Stadtguerilla" nicht in die Praxis umsetzen konnte, beweist das.

Die Widersprüche zwischen RAF und Bewegung 2. Juni ergaben sich damals zum einen aus der unterschiedlichen Entstehungsgeschichte der Gruppen: die Bewegung 2. Juni aus den sozialen Zusammenhängen ihrer Akteure und die RAF aufgrund ihres theoretischen Revolutions-Modells. Zum anderen aus dem zentralistischen Organisations-Prinzip der RAF einerseits und den autonomen, dezentralen Strukturen andererseits. Ein weiterer Konfliktpunkt ergab sich aus der Frage der Illegalisierung der Kader, die die RAF zum Prinzip erhob.

Von daher waren die direkten Vorläufer der Bewegung 2. Juni bereits zu jener Zeit eine praktische - proletarische - Alternative. Eine Alternative, die mit Konkurrenz überhaupt nichts, mit unterschiedlichen Vorstellungen über den revolutionären Kampf dafür umso mehr zu tun hatte. Stattdessen gab es gerade in der Anfangsphase der beiden Gruppen starke gegenseitige Unterstützung und gemeinsame Aktionen, wie z.B. die Enteignungsaktionen in drei Westberliner Bankfilialen im September '70. Damals gingen noch beide Gruppen davon aus, daß schließlich die Zukunft zeigen werde, welche der politischen Vorstellungen sich langfristig durchsetzen werde.



In diesem obskuren „Auflösungs-Papier“ wird die Gefangennahme von Lorenz durch die Bewegung 2. Juni und die Befreiung mehrerer Gefangener heftig angegriffen. Es wird behauptet, bei dieser Aktion seien „alle Fehler zu finden, die wir zehn Jahre lang gemacht haben“. Ganz gewiß sind in den Jahren bis '75 und auch bei der Lorenz-Aktion Fehler gemacht worden - die Niederlage im September '75 beweist dies nur zu deutlich. Aber das, was uns hier als politische „Selbst“-kritik verkauft werden soll, ist an Ignoranz und Lächerlichkeit kaum noch zu überbieten.

Da soll also „der Kampf der Stammheimer Genossen eine nationale und internationale Mobilisierung geschaffen“ haben, „die durch den HS auf den Höchepunkt gebracht und von Schmidt kaum noch zu verkraften war“? (Deshalb ging er wohl '75 auch immer so gebückt?). Und das knapp 4 Wochen nach Abbruch des HS, weil über die erfolgte Zusammenlegung in Stammheim hinaus vorläufig nicht mehr zu erreichen war.

Welche „politisch zugespitzte Situation“ soll denn da gemeint sein? - Etwa der HS? - Oder vielleicht der Berliner Wahlkampf? - Oder gehört zu der politischen Situation nicht auch der Kampf um Wuhl? Massenarbeitslosigkeit? Inflationsrate? und und und Und Schmidt? - Der hat noch einiges mehr verkraftet! (leider).

So wie sich dieses „Auflösungs-Papier“ liest, hatte der HS beinahe den Sturz des Westzonen-Regimes zur Folge, der nur deshalb nicht geschah, weil der 2. Juni - die historischen Schweinehunde - durch „die Auswahl der Gefangenen“ die schon fast hoffnungslose Situation für Schmidt zu dessen Gunsten „politisch gekippt“ hat. Der 2. Juni, der Retter der Nation und Helfer Schmidts (Helmut, wo bleibt das Bundesverdienstkreuz?). Und das alles kurz bevor die RAF das politische Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten kippen konnte. Das darf doch nicht wahr sein.

Mal im Klartext: wer heute die Lorenz-Aktion, den einzig größeren Sieg in 12 Jahren bewaffnetem Kampf, so mit Scheiße bewirft, dem ist echt die Hirnpaste am Auslaufen, aber total!

Auf die Frage, wie da Genossen zu derart weltfremden „Einschätzungen“ kommen können, gibt das Papier die Antwort selbst.

Da soll uns revolutionäre Politik verkauft werden als „Angriff, der den Riß zwischen Gesellschaft und Staat zum Bruch entwickelt“.

Na, sowas! Wir sollen also den Riß zwischen der kapitalistischen Gesellschaft und ihrem Ausdruck:

den bürgerlichen Staat, entwickeln helfen. Klingt wie; Befreit die Leitern von ihren Sprossen, dann haben wir endlich ne freie Leiter. Von der kann zumindest keiner mehr runterfallen.

Dieses Papier ist Ausdruck von Phrasenhaftigkeit, Oberflächlichkeit, Selbstüberschätzung, Arroganz, Massenfeindlichkeit und Resignation. Was unter den widersprüchlichen Phrasen zutage tritt, ist ein Spiegelbild der bürgerlichen Gesellschaft: wo auf der einen Seite Kapitalinteressen die gesellschaftlichen Bedingungen diktieren, verkommt der bewaffnete Kampf auf der anderen Seite zum Selbstzweck. Der Mensch ist in keinem Falle mehr gefragt. Wiedervereinigung in der Entfremdung.

Debray hat in "Kritik der Waffen" diesen Prozeß zutreffend beschrieben:

"Die Frage nach den Organisationsformen des revolutionären Kampfes läßt sich nicht stellen, ohne daß man zuvor die andere Frage gestellt hat: welchen Klasseninteressen dient die Guerilla als Instrument? Die technischen Probleme der Methode außerhalb ihres Zusammenhanges mit den Zielen und Bestrebungen der Massen aufzuwerfen, denen diese Methode dienen soll; die Organisationsprobleme der Avantgarde unabhängig von der Klasse, oder dem Klassenbündnis anzugehen, deren Instrument diese Avantgarde ist, hieße das Mittel mit dem Zweck zu verwechseln und somit den Fuß ins Leere zu setzen. Der schmerzlich reale Niedergang läßt sich theoretisch wie folgt in Etappen zerlegen: zunächst wird das militärische Instrument von der sozialen Klasse, die gewaltsame Methode von ihren ökonomischen und sozialen Anwendungsbedingungen getrennt. Darauf setzt sich logischerweise das Instrument über die Klasse und die Methode über ihre realen Anwendungsbedingungen hinweg, so daß beide zu beherrschenden und bestimmenden Faktoren werden („der Hauptaspekt im dialektisch vereinigten Gegensatzpaar“); schließlich tritt das Instrument - die Armee oder Partei - an die Stelle der Klasse und die Methode - der bewaffnete Kampf an die Stelle ihrer Zweckbestimmtheit, womit dann schließlich das Instrument nur noch tut, was ihm paßt und der revolutionäre bewaffnete Kampf zum "linken Terrorismus" wird."

Was ist das für eine Guerilla, deren Aufgabe es nie sein soll, "sich der Bevölkerung gefällig zu zeigen, um ihren Beifall zu bekommen"? Für was und vor

allem mit wem will diese Guerilla denn kämpfen? Die Konstruktion des Gegensatzes "populistische Linie" - "politische Orientierung" ist unsinnig. Das Problem einer "falschen populistischen Strategie" stellt sich nicht - es sei denn, die Guerilla hinkt noch hinter den Interessen und der Kampfbereitschaft des Volkes hinterher.

Na klar sollten die Aktionen der Bewegung 2. Juni populistisch sein - im wahrsten Sinne des Wortes: volkstümlich. Sie sollten Menschen politisch für uns gewinnen und sie nicht dem Staat in die Arme treiben. Es ist keineswegs besonders revolutionär, auf die Sympathien des Volkes zu scheißen.

Und Beifall, also Zustimmung zu einer Aktion oder Politik der Guerilla zu bekommen, heißt doch, daß das Eis des allgemein herrschenden Bewußtseins gebrochen wird, und ein Ansatz für die Unterstützung revolutionärer Politik entsteht. Der "Beifall" schafft das Wasser, ohne das es keine Verbreiterung, keine Mobilität, keine Logistik, keine Aktionsmöglichkeiten für die Guerilla gibt.

Wir sind vor 10 Jahren alle unter der Parole „Dem Volke Dienen“ angetreten. In Mogadischu wurde sich des Volkes bedient. Unsere ganzen Anstrengungen, der Bullenpropaganda entgegenzuwirken, daß es auch die "Blumenfrau von der Ecke" treffen könne, wurden mit einem Schlag unglaubwürdig gemacht.

Der Unterschied zwischen Terrorismus, der undifferenziert jeden treffen kann, und revolutionärem Kampf ist der, daß eine revolutionäre Aktion sowohl in Stoßrichtung als auch in der Art der Durchführung eindeutig ist, - gezielt gegen den Klassenfeind und seine Handlanger - den Bullen keine billigen Argumente liefert. Anderenfalls sich die Aktionen gegen ihre Urheber richten. Und das ist keine taktische sondern eine prinzipielle Frage!

Revolutionäre Politik kann sich nur aus dem Zusammenhang der potentiell revolutionären Klasse entwickeln - und nicht gegen sie. Wer laufend über die „Entsolidarisierungskampagne“ lamentiert, sollte sich mal überlegen, daß es im wesentlichen die eigenen Fehler waren, die sie ermöglicht haben.

Ein Hauptfehler ist es, den bewaffneten Kampf zum Fetisch zu machen: kämpfen um zu kämpfen: „Der politische Angriff - materialisiert durch die Waffe - bleibt immer ein Sieg, selbst da, wo die Operation militärisch geschlagen wird, weil er die-

sen Prozeß antizipiert und einleitet" - Dieser Satz ist ein Meisterstück im dialektischen Denken! Oder schlichter von Gehirnakrobatik. Der Faustschlag wird immer zum Treffer, weil er diesen Prozeß einleitet und antizipiert (vorwegnimmt), auch wenn er danebengeht...

Wir bestimmen einen politischen Angriff danach, ob er zielgerichtet ist, Vorteile für uns bringt, den Gegner schwächt. Und das bestimmt auch jeweils die Form des Angriffs - bewaffnet/legal/illegal. Der politische Inhalt bestimmt die Kampfform, und nicht umgekehrt!

Überhaupt als Guerilla zwischen politisch und militärisch so trennen zu wollen, das haut allen „Klassikern“ von Clausewitz über Mao und Che bis Giap in's Gesicht! Andauernde militärische Niederlagen beruhen immer auf politischen Fehlern. Sich nicht um seine Basis zu kümmern, die Verbindung zum alltäglichen Kampf des Volkes verlieren, die politischen und konkreten nationalen /regionalen Bedingungen des Kampfes falsch zu analysieren - das sind die Kardinalfehler.

Mit der vielzitierten „Kontinuität der Guerilla in ihrer Strategie“ ist es bei realistischer Betrachtung auch nicht weit her. Es wäre auch kein besonderes Ruhmesblatt für politisches Handeln, wenn man über 10 Jahre immer die gleiche Strategie, ungeachtet aller ablaufenden Prozesse und Veränderungen, beibehielte.

Sich mit den globalen Einschätzungen in diesem „Auflösungs-Papier“ auseinandersetzen zu wollen, ist großteils nicht möglich. So hat z.B. „Schmidt Westeuropa - unter Führungsrolle der BRD - die politische Bestimmung gegeben: Projekt und Modell des Imperialismus in der Krise gegen die Befreiungsbewegungen in der 3. Welt und in der Metropole Westeuropa.“ Diesem Satz einen politischen Sinn geben zu wollen, würde dem Versuch ähneln, die Nordsee mit einem Sieb auszuschöpfen.

Daß der „bedingungslose Einschluß Westeuropas in die US-Militärstrategie“ eine schlichte Erfindung ist, sollte jeder z.B. seit dem faktischen Austritt Frankreichs aus der NATO erkennen. Die NATO ist Ausdruck des gemeinsamen Interesses ihrer Mitglieder, den „freien Westen“ gegenüber der Sowjetunion zu halten und auszuweiten. Innerhalb dieses gemeinsamen strategischen Interesses herrscht Konkurrenz zwischen den Metropolen: vom Stahlkrieg EG - USA bis zum Autokrieg Japan -

USA/EG. Von dem Iran-Boycott der EG, der keiner ist, bis hin zum ökonomischen Vormarsch Japans in China gegen die USA/EG. Die imperialistischen Staaten sind mal treffend als „feindliche Brüder“ bezeichnet worden, geeint durch den gemeinsamen Feind: die Sowjetunion.

Daß die Metropolen nach wie vor nach innen aufzurüsten, gehört zum Wesen eines jeden kapitalistischen Staates, der dies zur Niederhaltung seiner „Bürger“ in Krisenzeiten tun muß und nicht deshalb, weil es eine „zunehmende Gleichzeitigkeit der Kämpfe weltweit“ gäbe. Diesen Eindruck kann nur ein Sammler haben, der ungeachtet aller spezifischen Bedingungen der jeweiligen Kämpfe, ihrer Gründe, ihrer tragenden Klassen usw. einen Aufstand in Hinterindien mit dem letzten Tarifabkommen der ÖTV in einen „objektiven“ Zusammenhang bringt.

Die Massen, die die Geschichte machen, machen sie aber eben nur da, wo sie sich befinden. Wer hier seine Uhr nach Teheran oder Hanoi stellt, der macht sich Illusionen, die in die Irre führen und nichts mit proletarischem Internationalismus zu tun haben. Wer sich in nahezu teutonischer Katastrophenlaune immer wieder einzureden versucht, daß der Imperialismus kurz vor seiner Niederlage in der 3. Welt stünde und mit Donner und Getöse von der Weltbühne abtreten würde, der streut sich und anderen Sand in die Augen! Die zitierte „Kette der Niederlagen von Angola bis Kampuchea“ glänzt durch die Nicht-Erwähnung der Siege des Imperialismus: Ägypten, Somalia, China, Irak anscheinend und Süd-Korea immer noch. Ständig wird der Alltag des Imperialismus, seine Bewegungen, schon als sein Todeskampf mißverstanden. Der aber wird in den Metropolen stattfinden, hier, wo der Reichtum von den arbeitenden Menschen produziert wird, aus dem er die Macht zieht, andere Länder zu beherrschen. Von daher ist es eben nicht so, daß eine nationale Befreiung eines Landes in der 3. Welt den Imperialismus vor unlösbare Probleme stellt.

„Die imperialistische Politik sucht jetzt die militärische Lösung, die sie nicht erreichen kann und kommt so - in der Vorbereitung totaler Vernichtung - auf den nackten Begriff ihres Inhalts.“ - Der Satz ist reif für'n Hohlspiegel. Sucht, findet nicht, vernichtet den nackten Begriff. Des Inhalts? Vielleicht auch den inhaltlichen Begriff des Nackten? Wer weiß, was da nun wieder gemeint ist.

Die Schreiber gehen davon aus, daß in Europa -

um einer "endgültigen strategischen Niederlage in der 3. Welt" aus dem Wege zu gehen - ein atomarer Krieg vorbereitet wird. Die Imperialisten wären verdammt dumm, wenn sie ihre Anlagen in der 3. Welt durch die Vernichtung Europas, wo ein vielfaches investiert ist, erhalten wollten. Wenn schon ein "begrenzter atomarer Krieg" in Europa führbar gemacht werden soll, dann aus dem Interesse der USA heraus, die Sowjetunion strategisch weiter einzubinden. Sollte es tatsächlich zu einem "begrenzten atomaren Krieg" in Europa kommen - was unwahrscheinlich ist -, dann würde das im Kalkül der US-Imperialisten bedeuten, daß ein lästiger Konkurrent - die EG - und ein strategischer Gegner - die Sowjetunion - entscheidend geschwächt werden, ohne selbst direkt angegriffen zu werden.

Wo die „Auflöser“ sich mit derartig globalen Problemen wie „begrenzten atomaren Kriegen“, US-Militär-Strategie, „weltweiten Kämpfen“ und ähnlichem beschäftigen, sollte man meinen, daß sie die Lösungen für die Probleme hier nur so aus den Ärmeln schütteln. Aber dazu kommt nix! Und das, obwohl in dem Papier an einer Stelle richtig bemerkt wird, daß die „Entscheidung letztendlich in den Metropolen fallen wird“.

Wer im "Herzen der Bestie" - wie Che es nannte - kämpfen will, der muß mit den Problemen des Kampfes hier vertraut sein und sich selbst in diesen Kampf einordnen können. Insofern ist das "Auflösungs-Papier" auch der papierene Ausdruck dessen, was die Guerilla in eine politische Krise getrieben hat. Es wird kiloweise Papier über internationale Zusammenhänge, NATO-Komitees, usw. produziert, aber die meisten Aktionen hatten in den letzten Jahren nichts mehr mit dem Kampf der Linken und noch weniger mit dem alltäglichen Widerstand des Volkes überhaupt zu tun. Auch die Ausnahmen - autonome und RZ-Aktionen - konnten die folgende Isolation der Guerilla nicht verhindern. Allerdings haben einige Genoss/inn/en diese Krise erkannt und daraus gelernt, daß sie einer totalen Niederlage gegen die Konterrevolution nur entgehen können, wenn sie ihre Politik nicht mehr länger getrennt von den alltäglichen Kämpfen

führen. Aus der Isolation ausbrechen heißt, Zustimmung nicht nur bei denen zu bekommen, die ohnehin unsere Politik vertreten, sondern auch die Menschen zu überzeugen, die noch nicht auf unserer Seite sind. In dieser Phase des Kampfes bedeutet das, daß wir eine Menge zu lernen und zu vergessen haben. Alte Schubladen, in die wir zu lange unhinterfragt Genossen oder Gruppen gesteckt haben - „der will keine Guerilla“, „der ist gewaltfrei“, der 'nen „Revi“ der 'n „Grüner“, usw. müssen wir ausräumen und versuchen, die Sachen, die uns tatsächlich trennen, denen gegenüberzustellen, die uns verbinden. Niemand wird - angesichts der Situation der gesamten Linken in der BRD - die Notwendigkeit von Bündnispolitik bestreiten können. Bündnispolitik heißt nicht, die eigene Position zu verraten, sondern die Gemeinsamkeiten in der jeweiligen Etappe des Kampfes herauszuarbeiten. Nur so können wir unserem Ziel, die reale Mehrheit des Volkes für die soziale Revolution zu gewinnen, näherkommen.

Es geht uns um die Entwicklung sozialrevolutionärer Politik - eine sozialistische Alternative gegen das sozialdemokratische Krisenmanagement. In den achtziger Jahren werden Arbeitslosigkeit und Inflation in Westeuropa Ausmaße annehmen die kaum noch jemand für möglich hielt. Durch den Einsatz neuer Techniken wie z.B. Mikroprozessoren werden die Rationalisierungen rapide zunehmen und die Arbeitshetze für all die verschärfen, die noch nicht auf der Straße sitzen. Die härtere Konkurrenz auf einem relativ erschöpften Weltmarkt wird in den imperialistischen Staaten die Geldentwertung vorantreiben und die Reallöhne weiter sinken lassen. Weil der Staat immer mehr vom gesellschaftlichen Reichtum für Subventionen und Rüstungsausgaben zur Durchsetzung der Kapitalinteressen ausgeben muß, wird das „soziale Netz“ - ohnehin aus den Taschen derjenigen finanziert, die es dann tragen soll - immer löchriger werden. Breite Schichten der Bevölkerung werden deklassiert/verproletarisiert werden und noch unter die offizielle Armutsgrenze rutschen.

Da die Herrschenden genau wissen, daß all das eine Verschärfung der Widersprüche zwischen ihnen und dem Volk mit sich bringt, bereiten sie sich auf die kommenden Auseinandersetzungen vor. Einmal in der altbekannten Manier, indem sie ihren Repressionapparat weiter verfeinern und aufrüsten, zum ändern versuchen die Sozialdemokraten und Technokraten das Bewußtsein der Menschen zu verkleistern mit ihren reformistischen

Sprüchen und „Dialogen“, wie sie Baum¹ anbietet. Sie wollen verhindern, daß sich die Unzufriedenen, Beleidigten und Unterdrückten mit der linken Opposition zusammenschließen und sich gemeinsam radikalisieren. Deshalb wollen sie auch vorher die Linke neutralisieren, einkaufen, um jeder Bewegung, die diesen Staat insgesamt in Frage stellen könnte, vorzugreifen. Inwieweit sie damit Erfolg haben, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es uns gelingt, in bereits ablaufende Konflikte gerade an den Punkten einzugreifen, wo sie nicht mehr reformistisch vom Staat zu lösen oder zu entschärfen sind und er seine Gewalt direkt einsetzen muß. Jeder Kampf in Teilbereichen des kapitalistischen Alltags wird dieses Stadium erreichen - ob Anti-AKW-Bewegung, Häuserkampf, Frauenbewegung, Anti-Militarismus, Kampf der Arbeitslosen oder im Betrieb. Die grundsätzlichen Probleme, die hinter der Fassade des „Sozialstaates“ liegen, lassen sich letztendlich nur gewaltsam lösen. So bleibt z.B. ein kapitalistischer Betrieb immer eine Stätte der Ausbeutung und unmenschlicher Arbeitsbedingungen - trotz Mitbestimmung, Tarifabkommen und Betriebsrat. Denn der Profit ist in diesem Staat immer noch das Maß der Dinge. Für den werden auch bei entsprechendem Anlaß ein paartausend Bullen aufgeboten. Wie auch Gorleben gewaltsam geräumt wurde, da eine weitere Behinderung der Bohrarbeiten das gesamte Atomprogramm noch weiter verzögert hätte, was sich die BRD-Monopole nicht leisten können, wollen sie weiter auf dem Weltmarkt durch ihr hier erworbenes Know-how konkurrenzfähig und profitabel bleiben.

Überall da, wo die ökonomischen oder politischen Interessen der Herrschenden massiv angegriffen werden, reagiert der Staat mit Gewalt - von Grohnde bis Brokdorf², vom Westend bis zum Dreisameck³, von der Rekrutenvereidigung in Bremen⁴ bis zur Amerika-Haus Besteigung in Westberlin, von der gesetzlichen Abseignung der Aussperrung bis zum Verprügeln streikender Drucker.

In all diesen Kämpfen versucht der Staat auch sein Gewaltmonopol zu verteidigen, was eine Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der Ausbeutung und Kapitalverwertung ist. Deshalb versucht er auch, jeden Zweifel an der Legitimität dieses Gewaltmonopols zu unterdrücken.

Wenn wir das Gewaltmonopol des Staates - sowohl praktisch als auch im Bewußtsein des Volkes - durchbrechen wollen, dann müssen wir

durch militante Aktionen in die Kämpfe des Volkes eingreifen. Wir müssen beispielhafte Aktionen machen, die von vielen verstanden und nachvollzogen werden können, und gleichzeitig klarmachen, daß illegale Aktionen notwendig und sinnvoll sind.

*ein AKW, was trotz Bauplatzbesetzungen und Demos nicht zu verhindern war, bleibt ein taubes Ei, wenn die Hochspannungsmasten umgelegt werden.

*ein Baukran arbeitet nur so lange für einen Bauspekulanten, solange er nicht ausgebrannt ist.

*ein Wohnungshai, der Wohnraum zerstören läßt, bekommt davon 'nen sinnlichen Eindruck, wenn seine eigene Bude „renoviert“ wird.

*ein Stadtbauamt hat gewisse Schwierigkeiten mit weiterem Kahlschlag, wenn es ausgebrannt ist;

*ein Knastdirektor bekommt weniger durch Petitionen und Bittelbriefe 'nen Eindruck vom Knastalltag, als durch ein paar Kugeln in die Beine,

*all die kleinen und großen Volksfeinde können sich nicht mehr in ihrem Glanz sonnen, wenn sie befürchten müssen, für ihre Schweinereien zur Verantwortung gezogen zu werden!

All die Eingriffe in die alltäglichen Kämpfe selbst dürfen das längerfristige Ziel - die Vereinheitlichung aller Widerstandsherde - nicht außer acht lassen. Erst dann kann eine breite militante, revolutionäre Bewegung entstehen, um in einem langanhaltenden Zersetzungsprozeß aller herrschenden Strukturen - ökonomischer, politischer, militärischer - die soziale Revolution in den Metropolen zu erkämpfen. Dieses Ziel - die soziale Revolution -, erscheint sie auch heute noch so utopisch, dürfen wir nie aus den Augen verlieren, sonst verlieren wir uns in Sekten, abgehobenen Theorien und politischer Bedeutungslosigkeit.

Noch ein letztes zu dem „Auflösungs-Papier“ Sozialrevolutionäre Politik für die u.a. auch die Bewegung 2. Juni steht -läßt sich nicht „auflösen“ wie ein kleinbürgerlicher Schrebergärtnerverein!

Berlin-Moabit, im Juni 1980

Reinders/Viehmann/Fritzsch

*1 gemeint war der damalige FDP-Innenminister Baum

*2 In Grohnde 1977 und in Brokdorf 1977 und 1980 kam es zu den militantesten Kämpfen vor den AKW-Bauplätzen

*3 Im Frankfurter Westend begann 1972 die Ära des militanten Häuserkampfes, der 1979 das Freiburger Dreisameck erreichte.

*4 Die militante Störung des Bremer Rekrutengelöbnisses am 6.5.80 gilt in den Medien als der Beginn der autonomen Bewegung

Zum Komplex Schmücker

Verrat

Am 4. Juni 1974 wurde der damals 22-jährige Ulrich Schmücker im westberliner Grunewald erschossen. Das „Kommando schwarzer Juni“ bekennt sich mit der Erklärung „Kommuniqué über Verrat“.

Das „Kommando schwarzer Juni“ war eine Gruppe, die auf Grundlage des Konzeptes der „Bewegung 2. Juni“ als eine von mehreren eigenständig operierenden Gruppen zu verstehen ist, aber kein integrierter Bestandteil war.

Wer war Ulrich Schmücker?

Ulrich Schmücker wurde am 7. Mai 1972 in Bad Neuenahr gemeinsam mit Inge Vielt, Harald Sommerfeld und Wolfgang Knupe verhaftet. Er saß zunächst in Koblenz, dann in Diez an der Lahn ein knappes Jahr in Untersuchungshaft. Während dieser Zeit besuchte ihn mehr als ein Dutzend Mal Peter Rühl, er ist in Wirklichkeit Michael Grünhagen und als Beamter für den Verfassungsschutz in Berlin tätig. Er führt mit ihm lange theoretische Diskussionen über die Stadtguerilla in West-Berlin und den bewaffneten Kampf. Nachdem Grünhagen eine allgemeine Gesprächsbereitschaft bei Ulrich Schmücker geschaffen hat, kommt er dann auch auf konkrete Einzelheiten zu sprechen. Fünf Wochen nach seiner Festnahme ist Ulrich Schmücker zu Aussagen bereit und schreibt ein „umfassendes Geständnis“. Anfang 1973 wird Schmücker in einer Blitzaktion von Diez an der Lahn nach Berlin gebracht. Schon wenige Wochen später, am 7. Februar 1973 wird gegen ihn vor dem Landgericht Berlin verhandelt, das ihn zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Ulrich Schmücker bleibt jedoch nicht in Haft, sondern erhält nach der Urteilsverkündung Haftverschonung - wegen seines angegriffenen Gesundheitszustandes, wie die Mutter Irmgard Schmücker in einem Brief an den Westberliner „Extra Dienst“ erklärte, zum Lohn für seine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, wie der „Spiegel“ später andeutete.

Was Ulrich Schmücker nach seiner Haftentlassung unternahm, bleibt zumindest teilweise unklar. Fest steht, daß er sich im Herbst 1973 und Mai 1974 mit Mitarbeitern des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz getroffen hat und das er im Frühjahr 1974 und im Mai 1974 wiederholt von Beamten des Verfassungsschutzes observiert

wurde. Und auch noch am 4. Juni 1974 gab es zwei telefonische Kontakte mit Schmücker, bei denen dieser zwar nicht Grünhagen erreichen konnte, wohl aber für ihn eine Nachricht hinterließ.

Schmücker versuchte auch nach seiner Haftentlassung wieder Kontakte zu linken Gruppen aufzunehmen, auch zur Bewegung 2. Juni. Besonders jedoch zu solchen Gruppen, die nichts über seine Geschichte wußten. Nach und nach erhärtete sich der Verdacht, daß er im Knast nicht nur Aussagen gemacht hatte, sondern weiterhin mit dem VS in Kontakt stand und sich selbst als Agent-Provokateur andiente und als solcher tätig war. Einige Gruppen wurden von Aktivisten der „Bewegung 2. Juni“ gewarnt und brachen daraufhin den Kontakt zu Ulrich Schmücker ab.

Bei der Frage des Umgangs mit dem Verräter Ulrich Schmücker, wurde damals innerhalb der „Bewegung 2. Juni“ und bei weiten Teilen der linken Szene, eine Liquidierung als legitimes Mittel diskutiert. Schmücker hatte nicht nur Aussagen vor Staatschutzbehörden gemacht, sondern darüberhinaus nach seiner Haftentlassung vor allem junge GenossInnen zu Aktionen angestiftet, die sich der möglichen Folgen ihres Tuns nicht bewußt waren, d.h. er versuchte die weitere Entwicklung mitzubestimmen und verriet sie gleichzeitig.

In den Ermittlungsakten ist ein umfangreiches Gedächtnisprotokoll von Schmücker zu finden, in dem er ausführlich seine Begegnungen und Gespräche mit Grünhagen darstellt. Darin schreibt Schmücker, von dem Verfassungsschützer Peter Rühl/ Grünhagen als Agent angeworben worden zu sein. Er habe sich zum Schein darauf eingelassen, um einerseits eine geringere Strafe zu erhalten und andererseits eher aus der Haft entlassen zu werden.

Dieses Dokument zeigt: Schmücker hat tatsächlich geglaubt, er könne seinerseits den VS-Mann ausspionieren und zugleich ausnutzen. Später, „im Kommuniqué“ gibt er zu, daß er sich getäuscht hat: der VS-Mann hätte seinerseits ihn durch eine Taktik von Zuckerbrot und Peitsche, Schmeicheleien und Zurücksetzungen von sich abhängig gemacht und höchstwahrscheinlich die Informationen aus ihm herausgeholt, um die es dem VS ging.

Die Aufzeichnungen Schmückers lesen sich als eine Warnung an jede/n GenossIn, der/die in den Mühlen von Polizei und Justiz gefangen, meint er/sie könne Verhörspezialisten ohne weiteres auf's

Kreuz legen.

Im folgenden wollen wir versuchen, die Positionen in den veröffentlichten Papieren zusammenfassend darzustellen:

Auf das „Kommuniqué über Verrat“ hin, in dem das „Kommando schwarzer Juni“ die Tötung begründet und ein Verhör Schmückers protokollierte, erschien im Westberliner „Langen Marsch“ eine Kritik der Redaktion, sowie ein „Offener Brief“ an die „Bewegung 2. Juni“ von „Westberliner Genossen“. „2. Juni“ antwortete auf den „Offenen Brief“ mit dem „Flugblatt“. „Rote“ und „Schwarze Hilfe“, sowie das „Schwarzkreuz“ schreiben ebenfalls einen Brief, als Antwort auf den „offenen Brief“.

„Kommuniqué über Verrat“

„in den frühen morgenstunden des heutigen Tages wurde der Konterrevolutionär und Verräter Ulrich Schmücker von einem unserer Kommandos hingerichtet. Schmücker war von einem Tribunal der Bewegung 2. Juni wegen seiner Aussagen vor Staatsschutzbehörden der BRD und Westberlin zum Tode verurteilt worden.“

„Genossen,

das vor euch liegende Papier ist das Ergebnis der Auseinandersetzung mit dem Verrat. Jede revolutionäre Bewegung muß sich mit der Problematik der Bespitzelung und des Verrates befassen, will sie nicht schon in den Ansätzen ihrer Arbeit erstickt und liquidiert werden.(...)zu lange hat die gesamte linke Bewegung dem Verrat ohnmächtig gegenübergestanden; immer unbewußt beladen mit dem Schuldgefühl: arme Schweine, vom System geformt und geprägt. (...) mit dieser falschen Rücksichtnahme - wir sind nicht verantwortlich für die Verbrechen des Kapitals!- wurden dem Verrat Tür und Tor geöffnet (...) von Genossen, die sich mit dem Konzept Stadtguerilla befasst haben, sich einer Gruppe anzuschließen und die Waffen gegen das System erheben, kann erwartet werden, daß sie konsequent jeden Tauschwert negieren, daß sie wenn sie in die Bastionen des Systems einfahren, trotz Isolierung, Psychoterror und Tauschangeboten (hier Aussagen, dort eine Rate weniger Mord) die Schnauze halten, daß sie trotz aller Repression und Folter mit den Knechten des Kapitals keinen Kuhhandel betreiben. (...) das weinerliche opportunistische Gesabber der westdeutschen und Westberliner Linken hat bis heute weder Verrat verhindert, noch den potentiellen Verrätern die Lust am produzieren von unsolidarischem Verhalten genommen. (...) Antiimperialistischer Kampf ist kein Kinderspiel, Straßentheater oder Tummeln auf dem Abenteuerspielplatz, bei

dem beliebig Figuren verschoben werden, sondern der Gebrauchswert zur Befreiung des Subjekts und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. (...) Verrat hemmt die Produktivkraft des Einzelnen und das Produktionsverhältnis im allgemeinen, um die Bedingungen von Produktivität und Produktionsverhältnis innerhalb der revolutionären Bewegung wieder ins Gleichgewicht zu bringen, wird hier im speziellen Fall an Ulrich Schmücker die notwendige Konsequenz gezogen.(...)nimmt die Bewegung 2. Juni eine Exekution vor, die sie und andere Befreiungsbewegungen vor Verrat in Zukunft schützen soll.(...)Toleranz gegenüber Verrätern produziert neuen Verrat.(...)Verräter in den eigenen Reihen der Revolution richten mehr Schaden an, als die Polizei ohne sie anrichten kann (...) von der Drohung, sie würden noch mehr verraten, darf man sich dabei nicht bestimmen lassen, von der Tatsache, daß sie arme Schweine sind, darf man sich nicht erpressen lassen.“

Darüberhinaus legen sie dem „Kommuniqué“ die Antworten bei, die Ulrich Schmücker „Delegierten eines Volkstribunals“ gab, und kommentieren diese. Wir können im Folgenden aus Platzgründen einige Fragen, Antworten und Kommentare nur in Auszügen darstellen:

Frage 1. Welches waren Deine Beweggründe, den Strafverfolgungsbehörden Auskunft über die Organisation Bewegung 2. Juni zu geben?

Antwort: „Zur Zeit meiner Aussagen zur Bewegung 2.Juni wurde mir bekannt, daß H.Sommerfeld bereits umfassend ausgesagt hatte. Ich ging davon aus, durch meine Aussagen den Behörden keine neuen Informationen zu geben und einige durch Sommerfeld belastete Genossen (...) in ihr entlasten zu können.“

Kommentar: „Abstrahierend der Tatsache, daß ein inhaftierter Revolutionär nicht davon auszugehen hat, ob ein anderes Gruppenmitglied Aussagen macht oder nicht, hat er vor Institutionen des Feindes keinerlei Angaben zu machen. Es entspricht nicht der Tatsache, daß Schmücker Genossen entlastet, im Gegenteil. Er hat H. Sommerfelds Aussagen bestätigt, erweitert und detaillierte Angaben gemacht über verschiedene Genossen.“...

Frage 6. Welche Möglichkeiten siehst Du für nationale und internationale revolutionäre Organisationen, sich nachhaltig vor Konterrevolutionären und Verrätern zu schützen?

Antwort: Schmücker nennt eine ganze Reihe von Punkten, z.B.: Sorgfältigere und bessere Planung von Aktionen. Intensivere Vorbereitung der

Genossen auf den Fall der Gefangennahme. Ein besseres System der Abschattung innerhalb der Organisation, das jedem einzelnen nur so viel an konkreten Daten, Namen etc. wissen läßt, wie er unbedingt braucht. Gestalten einer menschlichen, bedürfnisgerechten Lebenssituation in den Kommandogruppen. Lebenszusammenhänge die Existenzängste beseitigen können und dadurch dem Verrat die ökonomische und psychische Grundlage entziehen können. Lernen mit dem revolutionären Kampf zu leben.

Seine eigene Situation beschreibt er wie folgt:

„Ich fühle mich weder als Konterrevolutionär - da ich, wenn mein Verhalten der Konterrevolution diente, mich ihrer Verfügung entzogen habe - noch als Verräter - weil ich niemanden verraten habe, durch mein falsches Verhalten Verrat eindämmen wollte. Ich habe schwere Fehler gemacht, Fehler die zurückzuführen werden können auf meine damalige psychische Konstitution (Resultat mangelnder Über-Ich-Bewältigung in meiner damaligen Lebenssituation als Student), aber auch Fehler meiner Gruppe in der Bewegung 2. Juni. Diese Fehler haben mich schwer belastet und drängen - wo das noch nicht geschehen ist - nach Aufarbeitung, die nur im revolutionären Kontext möglich sei.

Kommentar: „Schwarzer Juni“ verweist auf Schmückers Aussagen vor dem VS. (Zitat): „In diesem Zusammenhang kamen wir auch kurz auf die Sicherheit der Gruppen zu sprechen. Verräter und enttarnte Spitzel seien unter allen Umständen zu liquidieren.“

Zu der Erschießung der 5 Jordanier bei Köln bemerkte er, daß jede Organisation für die Sauberkeit ihrer Reihen selbst verantwortlich sei; wie sie dies mache, sei ihre eigene Sache. „Ich glaube, daß die PFLP an der Erschießung der Jordanier nicht beteiligt war, daß die aber solche Säuberungsaktionen für angebracht hält. Dies erklärt wohl auch, warum ich mit meinen Aussagen so lange zögerte und jetzt nur im streng vertraulichen Rahmen machen will.“

Redaktion „Langer Marsch“

Zur Ermordung von Ulrich Schmücker

Die Redaktion „Langer Marsch“ erklärt „Die Aktion stößt auf Unverständnis und gelinde gesagt Ekel bei vielen Genossen. Dabei ist doch die Abscheu gegen Verräter allgemein und niemand wird einer revolutionären Gruppe bestreiten, sich gegen Verräter schützen zu müssen. Dennoch bleibt einiges zu bedenken.“

Sie beschreiben in Ihrer Erklärung die Verantwortlichkeit der Bewegung/Gruppe aus der heraus Verrat begangen wird: „Wenn also Leute vor der Polizei auspacken, dann wirft das erstmal

ein bezeichnendes Licht auf die Rekrutierungsmethoden der Gruppe. Viele Leute, die „in den Untergrund abtauchen“...„scheinen sich über die geschickten und mit allen Mitteln der wissenschaftlich erarbeiteten Polizeimethoden gefährlich getäuscht zu haben“. Sie sieht damit eine Verantwortung der Gruppe, die Leuten „eine Knarre in die Hand geben“ sowie das Problem der Atmosphäre innerhalb eines Teils der Linken, die leicht Leute auf „den für sie falschen Trip befördern“.

Die Redaktion sieht im weiteren die Grenze der Verantwortlichkeit des Einzelnen in der gesellschaftlichen Zurichtung. „Da wird ein Mensch haftbar gemacht, abgesehen von seiner gesellschaftlichen Zurichtung.“ Somit machen sie deutlich, daß sie die „Ermordung Schmückers“ als Vorgehensweise, im Unterschied zu Repräsentanten des Staats/Kapitals „die als besondere Kristallisationspunkte der reaktionären Kräfte erscheinen, von deren Verschwinden also eine desorganisierende Wirkung zu erwarten ist“ (Blanco, Hitler usw.) für nicht gerechtfertigt halten.

Auf die Fragestellung „Was aber mit den kleinen Schweinen?“ schreiben sie: „Ein einfaches in den Wald bringen und umlegen unterstellt diesen Leuten eine moralische Ur-Substanz, die ihnen hätte gebieten müssen, nicht der Polizei sich anzupassen. Sie unterstellt ein intaktes bürgerliches Individuum, das man für seine Taten strafrechtlich verfolgen kann. Dies ist eine idealistische Fiktion.“ Dagegen propagiert sie die Notwendigkeit zwischen „Mensch und gesellschaftlicher Rolle“ zu unterscheiden, diese zwar in ihrer Rolle jedoch nur so weit als dafür notwendig in ihrer Person zu attackieren. Was den Umgang mit Schmücker betrifft, sehen sie eine Möglichkeit darin: „Gerade an diesem Schmücker, hätte man viel über die Vorgehensweise der Bullen vorführen können“. „Warum also wurde er umgelegt?“ Dazu erklärt der „Lange Marsch“ abschließend:

„Der die Gruppe verlassende Verräter ist eine größere Bedrohung als die Polizei. Er kehrt in die Gesellschaft zurück, aus der sich die Gruppenmitglieder gelöst zu haben glauben. Der in jedem Mitglied prozessierende Widerspruch wird so in einer Person greifbar. Und indem man diese Person aus der Welt schafft, versucht man den Widerspruch abzuschaffen. Den eigenen Zweifel und Widerspruch kann man nicht erschießen.“ Darüberhinaus erklärt der „Lange Marsch“, daß eine „Exekution die vor Verrat schützen soll“: „diese Aktion schützt niemanden vor Verrat und bewahrt niemanden davor, Verräter zu werden.“



Vielmehr: „Erst ein Anerkennen unserer Widersprüchlichkeit kann uns den Weg zu phantasiereichen, emanzipatorischen und lehrstückhaften Aktionen freimachen“.

Offener Brief an „Die Bewegung 2. Juni“

Westberliner Genossen

Diesen Brief unterschrieben eine Reihe Genossen aus Westberliner Betrieben sowie Genossen, die in der Chile-Solidaritäts-Bewegung arbeiteten. „Aus eurem ›Kommuniqué über Verrat‹ erfuhren wir: Schmücker war ein Verräter, war ein Doppelagent: Und durch eine Kugel in den Kopf wollt ihr „potentiellen Verrätern die Lust am Produzieren von unsolidarischem Verhalten nehmen.“

Dazu schreiben sie „Wie man Verräter auslöscht, das habt ihr gezeigt, aber wißt ihr auch, wie Genossen Verräter werden?“.

Eine ganze Menge Typen und Genossen waren und sind noch immer von eurer Aktion begeistert: „endlich - Tot den Verrätern“ Unter diesen sind auch einige Stalinisten, die auf eure Aktion neidisch sind, weil sie nach ihrem Geschmack ist. Aber auch viele Typen die mal hier und da mitmachen, schnell frustriert sind, in keinem festen politischen Zusammenhang stehen (...) riesengroße Ansprüche haben die sich nicht erfüllen lassen“. Verräter seien „nirgends so leichtfertig mitproduziert worden“ wie innerhalb der „Bewegung 2.Juni“. Die Tötung Ulrich Schmückers sei der Versuch, das Problem des Verrats einfach nur technisch zu lösen. Desweiteren glauben sie nicht an eine „abschreckende Wirkung einer solchen Hinrichtung“. Dagegen meinen sie die Ursachen für Verrat lägen „in der Illusion, bewaffneter Kampf sei, wenn man sich bewaffnet? In dem Glauben, es brauchen nur ein paar anzufangen, der Funke wird dann schon überspringen.“ Sie werfen dem „Kommando schwarzer Juni“ darin eine Arroganz vor, „sich nicht mit dem alltäglichen Kleinkram abgeben zu wollen?“. Nicht Schmücker, sondern diese Ursachen müßten beseitigt werden. Sich Delegierte eines „Volkstribunals“ zu nennen bezeichnen sie als Überheblichkeit: „Wer hat euch delegiert? (...) Sitzen im Tribunal Delegierte des Volkes?“ und dazu weiter: „Merkt ihr denn nicht, daß das Volk seinen Feind anders erlebt als ihr, und daß das Volk ihn in dem verzerrten Bild, das ihr vom Feind malt, nicht wiedererkennt“. Sie stellen die Frage: „Wie soll das jemals ein gemeinsamer Kampf werden, wenn wir nicht von dem ausgehen, was dem Volk bewußt ist, wie es selbst kämpft und wie diese Kämpfe unterstützt werden müssen? Sprengstoff und Knarre sind zwei Mittel unter Hundert“. Und sie fordern auf, sich aus der

Sackgasse zu begeben und an den alltäglichen Kämpfen des Volkes teilzunehmen.

„Ihr sagt, organisiert die Demos usw. wir machen was anderes. Unsere Frage: Wie lange könnt ihr diese Arbeitsteilung aushalten ohne auszutrocknen, ohne zu Technikern zu verkommen. All das, was ihr als unsere Arbeitsbereiche bezeichnet, stärkt doch gerade uns genauso wie euch für die Kämpfe der nächsten 25 Jahre.

Auf dem Hintergrund des Vorwurfes der „Arbeitsteilung“, schreiben sie abschließend: „Wenn ihr an dieser täglichen Arbeit nicht teilnehmt, werdet ihr weiterhin Verräter produzieren.“

Flugblatt der „Bewegung 2.Juni“

Es bezieht sich auf den „Offenen Brief“ westberliner Genossen und bezeichnet ihn als von einigen „Altavantgardisten“ verfassten Brief, indem er als: „weinerlich, moralisch, pazifistisch und spalterisch“ bezeichnet wird. Es wird behauptet, daß „jeder klassenbewußte Proletarier sagt: ein Verräter, ein Spitzel, ein Agent wird hingerichtet.“ und die SchreiberInnen des offenen Briefes als „linke Bourgeoisie“ bezeichnet. Zu denen im Gegensatz die/der SchreiberIn der Bewegung 2.Juni, den Klassenwiderspruch nicht als Privilegierte erlebe und gefragt: „Dann wollen wir euch doch mal fragen, ob IHR das „Volk“ in euren Sitzungen, Komitees, Ausschüssen, Rockfeten etc. gefunden habt. Oder etwa an der Uni, oder gar neben dem Schreibtisch? Es wird kritisiert, daß in dem Papier „die Liquidierung eines Instruments des Klassenfeindes auf ein subjektives, moralisches ›Problem‹ reduziert wird - als würde eine revolutionäre Bewegung den Verräter, Spitzel, Agent produzieren und nicht der Klassenfeind mit seinen tausendfachen Möglichkeiten und Mitteln.“ Im weiteren heißt es abschließend, sei „Solidarität kein Karitas.“ und den VerfasserInnen vorgeworfen: „Ihr macht Euch immer erst stark für die Opfer, das heißt wenn der Kämpfer im Knast ist, wenn er ermordet wurde, wenn er gejagt ist - aber wenn er offensiv kämpft, fällt ihr ihm in den Rücken!“.

Brief der „Roten“ und „Schwarzen Hilfen“ und des „Schwarzkreuz“.

Er bezieht sich auch als Antwort auf den „offenen Brief“ der Berliner Genossen und wurde auf dem nationalen Treffen von Roten und Schwarzen Hilfen und Schwarzkreuz am 29./30.6.1974 in Hamburg beschlossen. Sie halten den „offenen Brief“ der Berliner Genossen für eine unsolidarische und elitäre Stellungnahme.

Sie kritisieren, daß sich die „außerordentliche Intensität“, die sie zur Problematik der „Bewegung 2.Juni“ entfaltet hätten, sich schon daran zeige,

daß „ihr über den Verrat Schmückers erst durch das „Kommuniqué“ erfahren habt. Obwohl Schmücker schon 1972 gesungen hat, und sich ab April 1973 wieder in der Scene rumtrieb“. Sie schreiben weiterhin, daß sie - um zu verhindern, daß sich jemand mit der Aktion solidarisiere - sich eines hinterhältigen Tricks bedienen: „ihr schreibt, solidarisieren können sich nur Flipper oder Stalinisten. Was sind denn für Euch Typen, die in „festen politischen Zusammenhängen“ stehen? Sind das nur die, die unverdrossen von einer Betriebsgruppe in die nächste gehen? Ist der 2.Juni vielleicht kein fester Zusammenhang? Sie fragen die Genossen des „Offenen Briefes“, ob sie nicht sehen, daß legale Arbeit zunehmend eingeschränkt wird, durch Berufsverbote, Schwarze Listen, Demoverbote?“ und somit die Grenzen der legalen Arbeit immer noch durch die Herrschenden bestimmt würden. Sie kritisieren weiterhin den Satz: „Daß jemand riesengroße Ansprüche hat, die sich nicht erfüllen lassen“ und fragen, ob dies die sozialdemokratische Basis sei und Politik nur im Rahmen „des Machbaren“ möglich ist. „...oder haben nicht alle Genossen einen Kopf, der sich gerade durch Ansprüche auszeichnet, Revolution-Emanzipation-Freiheit- oder so- die sich jetzt hier und heute noch nicht erfüllen lassen?“ Zur Frage der Berliner Genossen „Wißt IHR aber, wie aus Genossen Verrätern werden“, sagen sie: „Ihr seid da schnell bei der Hand. Der 2.Juni hat leichtfertig wie nirgendwo sonst, Verräter mitproduziert. Woher wißt ihr das eigentlich?“ Es sei eine Notwendigkeit, wenn sie die Forderung nach „Selbstkritik“ auch nur ein bisschen ernst nehmen würden, sich damit auseinanderzusetzen, daß gerade in legalen Organisationen das Problem des Verrats „immer liberal naiv, sie eigentlich nicht betreffend, auf der Ebene von Gerüchten oder am liebsten gar nicht behandelt wird“ (...) „oder welche legale Organisation weiß, wie sie Verräter mitproduziert?“. Im weiteren schreiben sie, könne in den legalen Gruppen „das partielle Ausflippen von Genossen - stillschweigend oder nicht - immer locker toleriert werde.“. Weiterhin sei es so, daß „die legalen Gruppen sich dem Problem nicht stellen“ und die „illegalen Genossen haben Schwierigkeiten das Problem zu lösen“.

„Die Aktion gegen Schmücker ist »nur eine technische Lösung«. Die Arroganz, so einen Mist zu behaupten, bringt die RH's und SH's nicht auf.“ Die in diesem Zusammenhang genannten Fragen seien Unterstellungen, die nur dazu dienten, die eigentliche Problematik zu verdrehen und beiseite zu schieben.

Zum Abschnitt über das „Feindbild des Volkes“ im offenen Brief schreiben sie, daß darin deutlich wird „wie die Basis Eurer Politik aussieht: Das unterstützen, was das Volk selbst schon macht (...) Habt ihr Euch schon mal überlegt, wovon das Bewußtsein der Massen bestimmt ist? Wißt ihr nicht, daß man mehr tun muß, als das zu unterstützen, was heute und jetzt schon in den Köpfen des Volkes ist?“.

Zur Kritik der Arbeitsteilung schreiben sie:

„Wie ist das mit der Arbeitsteilung, die Ihr dem 2.Juni vorwerft - die die Technik, ihr die Massen?“ Diese Kritik sei formal, „weil ihr keine Bohne daran denkt, mal klarzumachen, wie überhaupt militantes Eingreifen und Massenarbeit ineinander wirken können.“

Sie werfen den Berliner Genossen vor, sie kritisierten lediglich die Politik der Bewegung 2.Juni, aber nicht die Politik der legalen Gruppen: „Klappts in einem Betrieb nicht, gehts in den nächsten. Klappts in einem Stadtteil nicht, gehts in den anderen (...) Unsere Frage ist wieder an Euch selbst: Wie lange könnt ihr diese Arbeitsteilung aushalten, ohne auszutrocknen, ohne zu Reformisten und Revis zu verkommen?“ Sie erhoffen sich abschließend für den weiteren Verlauf der Diskussion: „solidarisch die Fehler der Guerilla zu diskutieren, genauso wie die Fehler der legalen Gruppen diskutiert werden müssen“.





Eigentumsvorbehalt

Diese Broschüre bleibt bis zur Aushändigung Eigentum der AbsenderIn. Zur-Habe-Nahme ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Nicht ausgehändigte Broschüren sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an den/die AbsenderIn zurückzusenden.

BLITZLICHT
Monats-Knastblatt



Nr.75
ab DM - 50
BRD - 60 DM



INFO **BLUES** 191
UNDER-
GROUND
1-DM
ERSCHEINT: TROTZDEM 4. Mai 78 WESTBERLIN

Das **SJSZ** ist kein Einzelfall sondern Ausdruck der Jugendpolitik des Berliner Senats.

Anfang 1972 hatte die SPD selbstverwaltete Jugendzentren noch als Reform gefeiert. Es gibt aber mittlerweile nicht nur 1 oder 2 selbstverwaltete Jugendzentren, sondern daraus ist eine breite Bewegung entstanden. Überall werden die gleichen Forderungen nach Selbstverwaltung gestellt.

